

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 14. Februar 1979

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte (S. 1)
2. Mitteilung des Einlaufes (S. 1)
3. Mandatsrücklegung der GRe. Dr. Müller, Pfleger und Suttner; Angelobung der GRe. Pfoch, Rosa Heinz und Leopoldine Pfauser (S. 1)
4. Erklärung des Bürgermeisters betreffend die neue Geschäftseinteilung und das neue Team der amtsführenden Stadträte (S. 2)
5. Pr.Z. 461, P. 1: Niederlegung der Stadtratsmandate der amtsf. StRe. Böck, Heller und Pfoch; Wahl des Abgeordneten zum Nationalrat a. D. Johann Hatzl, des Bezirksvorstehers a. D. Josef Veleta und von Prof. Dr. Helmut Zilk zu Stadträten (S. 14)
6. Pr.Z. 462, P. 2: Bestimmung von zehn Verwaltungsgruppen (S. 14)
7. Pr.Z. 463, P. 3: Wahl von zehn amtsführenden Stadträten (S. 15)
8. Besprechung der Erklärung des Bürgermeisters Redner: GR. Dr. Hirnschall (S. 15), StR. Dr. Mauthner (S. 18), GR. Johanna Dohnal (S. 21), VBgm. Dr. Busek (S. 23), amtsf. StR. Prof. Dr. Zilk (S. 31), GR. Edlinger (S. 33), GR. Dkfm. Bauer (S. 36), GR. Hahn (S. 40), amtsf. StR. Hans Mayr (S. 46), GR. Mayrhofer (S. 48) und GR. Dkfm. Ammann (S. 50)
9. Pr.Z. 47 GAt/79: Antrag der GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz betreffend Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs. 6 der Stadtverfassung, eine Kontrolle der Vergabe und Durchführung des Planungsauftrages für die Betriebsorganisation des neuen AKH vorzunehmen
Begründung des Antrages auf dringliche Behandlung durch GR. Dr. Hirnschall (S. 52), Kontrarede des GR. Dinhof (S. 53), Abstimmung (S. 53)

Vorsitzende: Die GRe. Mayrhofer, Dkfm.
Dr. Ebert, Ing. Hofstetter und Pöder.

(Beginn um 10 Uhr.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Gemeinderatsmitglieder StR. Dr. Goller, Sallaberger und Vejtisek.

Schriftliche Anfragen wurden eingebracht: von den Gemeinderatsmitgliedern der Österreichischen Volkspartei eine.

Die GRe. Gertrude Härtel und Lehner haben einen Antrag, betreffend Einrichtung eines Raumes in den Pensionistenheimen der Stadt Wien für Gottesdienste, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales zu.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Antrag, betreffend Ersuchen an das Kontrollamt, gemäß § 73 Abs. 6 der Stadtverfassung eine Kontrolle der Vergabe und Durchführung des Planungsauftrages für die Betriebsorganisation des neuen Allgemeinen Krankenhauses vorzunehmen, eingebracht und gemäß § 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dring-

liche Behandlung dieses Antrages verlangt. Die Abstimmung über dieses Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung nach der Begründung durch den Antragsteller erfolgen.

Die Mitglieder des Gemeinderates Dr. Rudolf Müller, Robert Pfleger und Reinhold Suttner haben ihre Mandate als Gemeinderatsmitglieder mit Wirksamkeit vom 13. dieses Monats zurückgelegt. Durch diese Mandatsverzichte ist je eine Stelle in den Vorschlägen der Sozialistischen Partei Österreichs für die Wahlkreise Ottakring, Hernals und Liesing freigeworden.

Gemäß § 92 Abs. 2 der Wiener Gemeindewahlordnung hat der Herr Bürgermeister die jeweils in Betracht kommenden Ersatzmänner, das sind Herr amtsführender Stadtrat a. D. Hubert Pfoch vom Wahlkreis Ottakring, Frau Bundesrat a. D. Rosa Heinz vom Wahlkreis Hernals und Frau Leopoldine Pfauser vom Wahlkreis Liesing, in den Gemeinderat berufen.

Gemäß § 16 der Wiener Stadtverfassung ist nun deren Angelobung als Gemeinderatsmitglieder vorzunehmen. Ich ersuche daher den Schriftführer,

Herrn GR. Ascherl, die Gelöbnisformel zu verlesen, und die drei neu berufenen Gemeinderatsmitglieder, nach der Verlesung der Gelöbnisformel auf meinen Aufruf das Gelöbniß mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Schriftführer GR. Ascherl: „Ich gelobe, der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und meine Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen.“

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr GR. Pfoch.

GR. Pfoch: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Frau GR. Heinz.

GR. Rosa Heinz: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Frau GR. Pfauser.

GR. Leopoldine Pfauser: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Das Gelöbniß ist geleistet. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich darf die neu angelobten Mitglieder des Gemeinderates in unserer Mitte recht herzlich begrüßen und ihnen für ihre Arbeit in diesem Hause recht viel Erfolg wünschen. (Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der ÖVP.)

Es obliegt mir, meine Damen und Herren, den ausgeschiedenen Gemeinderatsmitgliedern, die auf Vorschläge der Sozialistischen Partei entsendet worden waren, zu danken.

Herr GR. Dr. Rudolf Müller hat dem Gemeinderat der Stadt Wien seit 1970 angehört. Er war in dieser Zeit in verschiedenen Gemeinderatsausschüssen und anderen Körperschaften, in die er vom Gemeinderat entsendet worden ist, tätig. Ich möchte hinweisen auf seine verdienstvolle Arbeit im Wohlfahrtsausschuß, im Gemeinderatsausschuß für Liegenschafts- und Zivilrechtswesen, im Personalausschuß und im Kulturausschuß.

Herr GR. Robert Pfleger hat dem Gemeinderat seit März 1977 angehört und war während dieser Zeit im Gemeinderatsausschuß für Wohnen mit großem Einsatz tätig.

Herr GR. Reinhold Suttner hat nach sechsjähriger Tätigkeit als Bezirksvorsteher für den 23. Bezirk in den Jahren 1968 bis 1973 mit großer Umsicht die Funktion eines amtsführenden Stadtrates für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen bzw. Wohnungswesen ausgeübt, war Mitglied des Gemeinderates seit 1969 und war zuletzt tätig im Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaft.

Ich möchte allen drei ausgeschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Arbeit in unserer Körperschaft und in den Ausschüssen, in denen sie tätig gewesen sind, recht herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Der Herr Bürgermeister hat sich zu einer Erklärung zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Vor fast genau drei Monaten, nämlich am 13. November 1978, habe ich anlässlich meiner Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt Wien in diesem Saal hier folgendes erklärt:

„Gerade in der Kommunalpolitik, wo der hautnahe Kontakt des Bürgers mit der ihn persönlich betreffenden Politik stattfindet, gibt es für Politik und Parteien die große Chance, die Menschen für die politischen Vorgänge — seien sie jetzt im Bezirk, seien sie in der Stadt — zu gewinnen und diese Menschen in diese Vorgänge noch stärker als bisher einzubeziehen. Wir Sozialisten beginnen deshalb“ — so sagte ich — „auch eine große Diskussion innerhalb unserer Partei und unserer Mitglieder, aber auch darüber hinaus mit allen Bürgern dieser Stadt. Diese breite Diskussion wird uns die Möglichkeit geben, noch mehr als bisher die Sorgen und Wünsche, die Ideen und Vorschläge der Menschen dieser Stadt in unsere Politik einzubeziehen.“

Meine Damen und Herren! Diese Diskussion, die ich vor drei Monaten mit einem persönlichen Aufruf eingeleitet habe, ist nunmehr abgeschlossen. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, die schriftliche Unterlage, die Ihnen vorliegt, als Teil meines Berichtes zu betrachten, den ich Ihnen über das Ergebnis der Diskussion und über die daraus abgeleiteten Konsequenzen erstatten werde.

Dieser Bericht, den ich erstatte, enthält aber im ersten Teil zugleich auch die Antwort auf die dringliche Anfrage, die von Gemeinderäten der Österreichischen Volkspartei am 29. Jänner dieses Jahres an mich gerichtet wurde, wobei ich festhalten möchte, daß diese Antwort nicht nur termingerecht, sondern bereits nach knapp mehr als zwei Wochen erteilt wird. Die Antwort muß naturgemäß etwas ausführlicher sein, weil in der schlichten Formulierung der dringlichen Anfrage vom 29. Jänner in Wirklichkeit die Frage nach der Tätigkeit der amtsführenden Stadträte während der letzten fünf Jahre gestellt wurde.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Versuch einer solchen Zusammenfassung.

Es bedeutet keineswegs eine Unterschätzung oder Zurückstellung anderer Fragen, wenn ich aus der Vielfalt der kommunalen Arbeit in den vergangenen ebenso wie in den kommenden Jahren einige Schwerpunkte besonders hervorhebe.

Die Arbeit für eine Stadt besteht aus vielen tausenden, ja zehntausenden Details, die sich zu einem Mosaik zusammenfügen müssen. Aber wie sich in jedem Mosaik Linien und Konturen im Gesamtbild abzeichnen, so ergeben sich auch im Mosaikbild der kommunalen Arbeit einige Faktoren, die besonders hervortreten, weil sie für die Entwicklung der Stadt und für die Menschen, die in unserer Stadt leben, von besonderer Bedeutung sind.

Schwerpunkte in diesem Sinne waren und sind vor allem fünf Bereiche unserer Arbeit: es sind dies die Wirtschaft, die Wohnungsfragen, die Gesundheit und das Sozialwesen, der Verkehr und

die große Gruppe der Kultur- und Freizeitaktivitäten.

Meine Damen und Herren! Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung bildet die Basis für alle anderen Leistungen der Stadt. Unsere Arbeit auf diesem Gebiet mußte in den vergangenen Jahren, genauer gesagt seit dem Jahre 1974, der Tatsache Rechnung tragen, daß es zu einem Einbruch der internationalen Konjunkturentwicklung gekommen ist.

Seit dem Jahre 1974 gibt es in der Weltwirtschaft ernste Krisenfaktoren, die bisher noch nicht beseitigt werden konnten und die bisher noch nicht verschwunden sind. Das deutlichste und am schwersten wiegende Kennzeichen dafür ist, daß es in den Industriestaaten der Welt seit dem Jahre 1975 permanent zwischen 15 und 20 Millionen Arbeitslose gibt, im Durchschnitt der Jahre etwa 17 Millionen.

Diese internationale Krisensituation bedeutet natürlich für Österreich und für Wien auch eine Belastung. Unsere Wirtschaft ist naturgemäß entsprechend unseren Ressourcen und Möglichkeiten aufs engste mit der Weltwirtschaft verknüpft. Jede Veränderung in der internationalen Wirtschaftslage wirkt sich unmittelbar auf unsere Wirtschaft aus. Es ergab sich daher beim ersten Anzeichen einer negativen Entwicklung in der Weltwirtschaft die vorrangige Aufgabe, die Auswirkungen dieser Krisenerscheinungen auf unsere Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Dabei wurde von der Bundesregierung, und in voller Übereinstimmung damit auch von der Stadt Wien, die Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus zum wichtigsten Ziel der Wirtschaftspolitik erklärt. Diese Richtlinie wurde festgelegt, weil ein hohes Beschäftigungsniveau zweifellos das wesentliche Kennzeichen einer gesunden Wirtschaft und die entscheidende Grundlage für eine positive Weiterentwicklung ist. Denn nur auf der Basis hoher Beschäftigung können sich Produktion und Produktivität entfalten.

Aber es ging uns, meine Damen und Herren, bei dieser Prioritätenentscheidung noch um weit mehr. Es ging uns vor allem um die humanistische Verpflichtung, nämlich alles zu tun, damit jedem Menschen ein Arbeitsplatz gesichert wird, den er selbst als angemessenen Platz in unserem Sozialgefüge empfindet. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß diese Vorstellung beträchtlich über den Begriff der numerischen Vollbeschäftigung hinausgeht und wir von der Verwirklichung dieser Zielsetzung noch entfernt sind. Wir müssen sie jedoch konsequent und zielstrebig verfolgen, und die Voraussetzung dafür, wie ich sagte, ist ein hohes Beschäftigungsniveau, aus dem allein sich Wettbewerbschancen für den einzelnen ergeben können und aus dem allein zum Beispiel auch der Ausbau unseres Bildungssystems auf dem Sektor der Allgemeinbildung, besonders des berufsbildenden Schulwesens und der universitären Bildung zu vertreten ist.

Meine Damen und Herren! Ob wir in Österreich, und ganz besonders in Wien, dieses Ziel, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten, die Zahl der Beschäftigten zu vermehren, erreicht haben oder nicht, das kann nicht Gegenstand von Diskussionen

sein. Die Tatsachen sind klar. Während es in den meisten anderen Industriestaaten eine anhaltend hohe Zahl von Arbeitslosen gibt, wurden in Wien und in Österreich in der Beschäftigungsstatistik Rekordzahlen erreicht. Im vergangenen Jahr lag die Arbeitslosenrate in Wien bei durchschnittlich 1,4 Prozent. International bezeichnet man eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 2 Prozent, die sich aus natürlichen Fluktuationen und Schwankungen ergibt, als Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenrate in Wien lag etwa noch um ein Drittel unter diesem Wert.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Diese erfreuliche Tatsache ist kein Zufall. Unsere Wirtschaftspolitik, damit meine ich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien, hatte daran einen entscheidenden Anteil. Ich möchte aber auch mit allem Nachdruck feststellen, daß sich in diesen Jahren der internationalen Krise die Wiener Wirtschaft als gesund und kräftig erwiesen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

In den Zeiten der Hochkonjunktur wurde diese Wiener Wirtschaft oft kritisiert, weil die Zuwachsraten etwas niedriger waren als anderswo. Die besondere Struktur der Wiener Wirtschaft, des Wiener Arbeitsmarktes und der örtlichen Gegebenheiten, haben dazu geführt, daß der allgemeine stürmische Aufschwung in Wien etwas langsamer war als anderswo, aber ein wesentlicher Teil dieser Faktoren hat umgekehrt dazu geführt, daß die Auswirkungen der internationalen Krise auch besser abgefangen werden konnten. Die Wiener Wirtschaft hat sich als ebenso stabil wie flexibel erwiesen, aber eine ganz entscheidende Voraussetzung zur Entfaltung dieser Qualitäten bot ihr die Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits kurze Zeit nach meiner Wahl zum Wiener Bürgermeister im Jahre 1973 einen Wiener Wirtschaftsbeirat gebildet. Dieser Wirtschaftsbeirat mit seinen Ausschüssen ist ein Forum, in dem die Wiener Stadtverwaltung mit den Vertretern der Wirtschaftspartner und mit den Wirtschaftswissenschaftlern zusammenarbeitet, um Gedanken und Hinweise für die Wiener Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Man kann heute feststellen, daß sich dieser Wiener Wirtschaftsbeirat als ein wertvolles Instrument erwiesen hat. Er hat vor allem auch dazu beigetragen, daß in Wien ein sehr gutes Klima der Zusammenarbeit in wesentlichen Wirtschaftsfragen besteht.

So konnten wir in der vergangenen Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates seitens der Stadtverwaltung wesentliche Impulse zu einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geben. An erster Stelle steht dabei die Budgetpolitik der Stadt Wien. Wir haben nicht auf jene Ratgeber gehört, die uns angesichts der internationalen Krisenerscheinungen eine restriktive Budgetpolitik vorgeschlagen haben, die von uns Sparbudgets wollten. Wir haben konsequent eine offensive Budgetpolitik betrieben, wir haben Abgänge in den Voranschlägen auf uns genommen, und nur

damit war es möglich, daß wir als großer Auftraggeber in Wien und darüber hinaus auch in anderen Bundesländern zur Belebung der Wirtschaft und zum hohen Beschäftigungsniveau beitragen konnten. Nur dadurch war es auch möglich, auch in bestimmten schwierigen Situationen branchenorientiert und zielstrebig einzugreifen, um Engpässe zu überwinden.

Die Ausgaben der Stadt Wien für Investitionen und für den Erhaltungs- und Sachaufwand erwiesen sich als wichtiger Konjunkturfaktor. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir unser Instrumentarium der Wirtschaftsförderung wesentlich ausgebaut. Unsere Bemühungen um Betriebsansiedlungen fanden in mehr als 17.000 neuen Arbeitsplätzen ihren Niederschlag. Die direkte finanzielle Förderung wurde mit deutlichem Erfolg von Zinsenzuschüssen auf ein Prämiensystem umgestellt und außerdem wesentlich erweitert, namentlich in den Bereichen der Nahversorgung gewisser Dienstleistungen, wie der privaten Kindergärten und der Privatbäder sowie des Fremdenverkehrs.

Besonders gefördert wurde die Umstellung auf umweltfreundliche Betriebsarten und die Übersiedlung umweltstörender Betriebe in Industriezonen.

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Arbeit in den letzten Wochen sehr energisch weiterentwickelt, also gerade in jener Zeit, von der manche Kommentatoren und auch manche Politiker der Opposition meinten, es geschehe jetzt nichts, weil nur diskutiert werde. Gerade in dieser Zeit wurde ein zusätzliches Wirtschaftsförderungsprogramm nicht nur ausgearbeitet, sondern mit seiner Verwirklichung bereits tatkräftig begonnen. Wir wissen nämlich eines: So wirksam unsere Maßnahmen in den vergangenen Jahren waren, so notwendig ist es, im gleichen Sinne weiterzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Alle unsere Maßnahmen auf dem Wirtschaftssektor erfolgen in voller Übereinstimmung mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, also auch insbesondere mit dem zweiten Strukturprogramm der Bundesregierung, das im Jänner vorgelegt wurde. Die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre wären durch die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Stadtverwaltung allein nicht zu erreichen gewesen. Der parallel dazu laufenden Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kommt deswegen allergrößte Bedeutung zu.

Wir können mit voller Berechtigung feststellen, daß die heuer eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung und der Stadt Wien alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß trotz der anhaltenden internationalen Krisenerscheinungen die wirtschaftliche Entwicklung bei uns weiterhin positiv verlaufen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Das zweite Schwerpunktthema ist das Gebiet des Wohnens. In der letzten Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates konnten wir entsprechend dem Arbeitsprogramm einige wichtige Neuerungen und Akzentverschiebungen vornehmen, von denen ich folgende hervorheben möchte:

Erstens haben wir den Schwerpunkt von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung verlegt. Damit es kein Mißverständnis gibt: Diese Schwerpunktverlagerung konnte und kann nicht bedeuten, daß die Schaffung neuer Wohngebiete am Stadtrand gänzlich aufgegeben wird. Wir werden diese Bautätigkeit auch in Zukunft brauchen, weil die Erneuerung der alten Wohngebiete vielfach bedeutet, daß es infolge der Auflockerung der Bebauungsdichte, vor allem mit Grünanlagen, und infolge der wesentlichen Erhöhung der Durchschnittsgröße der Wohnungen auf dem gleichen Raum weniger Wohnungen gibt. Für diese ziffernmäßig wegfallenden Wohnungen muß Ersatz geschaffen werden — und das kann eben nur dort geschehen, wo genügend Baugebiete zur Verfügung stehen. Die Frage kann also nicht lauten: Stadterneuerung oder Stadterweiterung, denn — wie ich bereits sagte — beides ist in sinnvollem Maß notwendig. Es kann nur darum gehen, welche der beiden Aufgaben im Vordergrund steht — und in dieser Hinsicht wurde eindeutig der Stadterneuerung der Vorrang gegeben. Dabei umfassen unsere Arbeiten zur Erneuerung der veralteten Wohngebiete teilweise ganze Zonen, wie etwa den Spittelberg oder das Assanierungsgebiet Ottakring, seit neuestem zum Beispiel auch den sogenannten Storchengrund, teilweise aber auch einzelne Häuser oder Häuserblöcke; allein im 15. Bezirk, der eine besonders ungünstige Struktur besitzt, mehr als tausend Wohnungen.

Zweitens haben wir im Einvernehmen mit den Maßnahmen der Bundesregierung die Wohnungsverbesserung auf eine neue Basis gestellt und damit einen durchschlagenden Erfolg errungen. In der vergangenen Arbeitsperiode wurden mit dieser Aktion rund 50.000 Altwohnungen verbessert. In diesem Zusammenhang nur eines: Die Wohnungsverbesserung ist ein eklatantes Beispiel für die besondere Bedeutung einer aktiven Presse- und Informationstätigkeit. Die Aktion der Wohnungsverbesserung ist recht zäh und langsam angelaufen, es gab im Jahre 1974 knapp mehr als 2.000 Anträge mit einer Gesamtsumme von 186 Millionen Schilling. Wir haben uns daraufhin zu einer umfassenden Informationskampagne mit Pressekonferenzen, Zeitungsinseraten, Rundfunkinformationen und Broschüren entschlossen, wobei uns auch die an der Aktion beteiligten Sparkassen wirksam geholfen haben. Das Ergebnis war überzeugend: Noch im Jahre 1975 wurden mehr als 7.000 Anträge mit einer Gesamtsumme von 532 Millionen Schilling registriert, 1976 waren es mehr als 10.000 mit einer Gesamtsumme von 752 Millionen Schilling. Wir konnten also durch diese Informationskampagne die Zahl der Anträge auf das Fünffache erhöhen. Wir haben ähnliche Erfahrungen auch in anderen Bereichen gemacht, zum Beispiel bei den Sozialdiensten. Ich bin überzeugt davon, daß noch immer in vielen Fällen unsere Einrichtungen der praktischen Hilfe von Menschen, die sie benötigen würden, nur deshalb nicht in Anspruch genommen werden, weil diese Menschen über die Existenz dieser Einrichtungen nicht informiert sind. Jede noch so gute Einrichtung ist wertlos, wenn sie nicht

bekannt ist. Hier liegen auf dem Sektor der Informationstätigkeit noch große Aufgaben vor uns.

Zurück zur Wohnungsverbesserung. Die Entwicklung zeigt, daß sich nun die Zahl der Anträge auf etwa 9.000 im Jahr einpendelt. Wir haben uns jetzt zu einer Erweiterung entschlossen — auch innerhalb der Diskussionsphase, in der angeblich nichts geschehen ist —, nämlich zur verstärkten Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen im Sinne der Bestrebungen, mit Energie sparsamer umzugehen.

Drittens haben wir im Jahre 1974 als verstärkte Subjektförderung das neue System der Wohnbeihilfen geschaffen, das es auch sozial Schwächeren erlaubt, modernen Wohnkomfort in Anspruch zu nehmen.

Viertens haben wir eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen gesetzt, die eine Verbesserung der Situation bedeuten. Ich möchte hier nur die neue Bauordnung erwähnen, die vor allem im Bereich des Wärme- und Schallschutzes wesentliche Verbesserungen brachte, außerdem die Erprobung neuer Wohnformen, wie Terrassenwohnungen, Maisonetten, Wohnungen auf verschiedenen Ebenen sowie Alten- und Behindertenwohnungen; ferner die verstärkten Bemühungen um eine zeitgemäße architektonische Gestaltung unserer Bauten und schließlich die Forcierung der Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen verschiedenster Art.

Fünftens. Die Basis für Stadterneuerung und Stadterweiterung, aber auch für die gesamte übrige Bautätigkeit, für die Errichtung von Schulen und Kindergärten, von Pensionistenheimen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, von Häusern der Begegnung und von Sportplätzen ist die Sicherung der dafür nötigen Grundstücke. Die Stadt Wien hat zur Bewältigung dieser Aufgabe eine offensive Grundstücks politik betrieben. In der vergangenen Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates wurden mehr als 9 Millionen Quadratmeter Grund erworben. In insgesamt 688 Transaktionen wurden im Stadtgebiet mehr als 3 Millionen Quadratmeter Grund um rund 1,3 Milliarden Schilling gekauft. Außerhalb Wiens, vor allem im Wienerwald und in den Quellschutzgebieten, wurden weitere 6 Millionen Quadratmeter Grund um rund 160 Millionen Schilling gekauft. Von den in Wien erworbenen Flächen sind rund 24 Prozent für den Wohnbau, 18 Prozent für Bauten der Infrastruktur, 16 Prozent für die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels, 7 Prozent für den Straßenbau verwendet worden; der Rest entfällt auf Betriebsbaugelände, Bauerwartungsland und Grundreserven.

Wir haben, und das möchte ich mit allem Nachdruck betonen, diese offensive Grundstücks politik unter äußerst schwierigen Voraussetzungen durchgeführt. Dabei spielt eine ausschlaggebende Rolle, daß keine ausreichenden Möglichkeiten bestehen, um der Grundstücksspekulation entgegenzutreten.

Ich habe einige Male bereits im Gemeinderat erklärt, daß eine Gemeindeverwaltung — sei sie jetzt in Wien oder in irgendeiner anderen Stadt — mit ihren eigenen rechtlichen Mitteln nicht in der

Lage ist, den Widerspruch zwischen der Forderung nach Planungstransparenz und der Forderung nach Verhinderung von spekulativen Privatinitiativen zu lösen. (GR. Fürst: Andere Städte können das auch!) Meine Herren, ich komme jetzt sofort zu Ihnen. Sie haben es geradezu erraten, daß ich im nächsten Satz über die ÖVP reden werde. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich habe deshalb, wie ich dem Gemeinderat bereits berichtet habe, ... (GR. Alram: Endlich etwas Brauchbares!) Soviel ich informiert bin, ist eine ganze Reihe Ihrer Redner zu Wort gemeldet. Ich werde Ihnen interessiert, wenn auch wahrscheinlich nicht zustimmend, zuhören. Ich bitte Sie um dasselbe. (GR. Fürst: Es ist immer dasselbe, das hören wir schon zum x-ten Mal!)

Meine Damen und Herren! Manchmal heißt es, man wiederholt einiges immer. Das stimmt, denn wenn eine Wahrheit nicht zur Kenntnis genommen wird, dann muß man sie in der Öffentlichkeit immer und immer wieder wiederholen; vielleicht geht sie Ihnen dann doch einmal ein. (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt komme ich zu einem Widerspruch, der mir nicht auflösbar erscheint. Auf der einen Seite fordert die Österreichische Volkspartei, zwar unkonkret, eher nach dem Motto: „Es muß was g'scheh'n“, hier im Gemeinderat energische Maßnahmen gegen die Bodenspekulation, zur gleichen Zeit verhindert sie aber im Nationalrat das Zustandekommen des Gesetzes. (Beifall bei der SPÖ. — Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.) Sie geben mir mit Ihren Zwiesgesprächen die notwendige Pause zur Erholung meiner Stimme. (Zwischenruf bei der ÖVP: So anstrengend ist es aber noch nicht! Lernen Sie lesen!)

Vorsitzender GR. Mayrhofer (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Herr Bürgermeister.

Bürgermeister (fortsetzend): Für den Zwischenruf, ich sollte lesen lernen, bin ich Ihnen dankbar, denn wissen Sie: Mir ist nämlich lieber, meine eigenen Ausführungen vorzulesen, als ich wäre als ÖVP-Mann gezwungen, den Unsinn, den der ÖVP-Pressedienst ausgibt, vorzulesen. (Beifall bei der SPÖ.) Und auf diesen haarsträubenden Unsinn werde ich später noch zurückkommen.

Wenn man die Österreichische Volkspartei hier im Haus über die Grundstücksspekulationen reden gehört hat, dann konnte man meinen, die ÖVP sei eine Linkspartei geworden, die sich weit von der Bewahrung des Privateigentums entfernt hat. Als wir uns das, was Ihre Redner gesagt haben, angehört haben, konnten wir zu der Meinung kommen, hier sei aus dem Saulus ein Paulus geworden.

Wenn jedoch im Nationalrat ein Gesetz eingebracht wird, das es den österreichischen Gemeinden erlaubt, gegen die Grundstücksspekulation vorzugehen, dann hört man es auf einmal anders. Dann ist das ein Anschlag auf die Demokratie, auf die Gesellschaftsordnung, auf das Eigentum und alles mögliche. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Bitte, meine Herren, vielleicht könnten

Sie sich einmal mit Ihrer Nationalratsfraktion auf ein gemeinsames ideologisches Programm einigen. Dann wäre es angenehmer für Sie, zu argumentieren. (Beifall bei der SPÖ. — Amtsführender Stadtrat Mayr: Der Fürst soll mehr das Datenschutzgesetz beachten! Er soll nicht ständig rechtsbrechen und andere beschuldigen! Und die ganze Presse hat ihn gedeckt! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Vizebürgermeister Busek: Was ich zu tun habe, werden Sie mir nicht befehlen! — Gegenrufe bei der SPÖ. — GR. Hahn: Sie dürfen gar keinen Zwischenruf machen, Herr Stadtrat Mayr! — Amtsführender Stadtrat Mayr: Den Mund verbieten, das können Sie!)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer** (unterbrechend): Ich möchte darauf hinweisen, daß den Stadträten, die nicht dem Gemeinderat angehören, das Rede-recht nach der Geschäftsordnung genauso zusteht wie den Mitgliedern des Gemeinderates. Natürlich ist in dieses Recht auch die Möglichkeit von Zwischenrufen eingeschlossen.

Im Sinne der Würde dieses Hauses bitte ich jedoch, mit Zwischenrufen zurückhaltender zu sein.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister fortzusetzen.

Bürgermeister (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Um auf meine Frage noch einmal zurückzukommen. Ich möchte nur in aller Freundlichkeit um die Auskunft bitten, ob das gilt, was Sie hier im Gemeinderat über die Bodenspekulation sagen, oder ob das gilt, was Sie im Nationalrat sagen. Denn hier gibt es Widersprüche. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Hören Sie sich wenigstens meine Frage an, sonst wissen Sie ja nicht, worauf Sie antworten sollen. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie geben mir keine Antwort, vielleicht wird sie mir später ein Debatterer geben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum dritten Schwerpunkt, Gesundheit und Soziales, kommen. In der vergangenen Arbeitsperiode wurde nach einer umfassenden Analyse der bestehenden Situation ein Spitalsplan und dann ein Gesundheitsplan für Wien vorgelegt. Diese Konzepte für die weitere Arbeit fanden Zustimmung und bilden seither die Richtlinien für die Tätigkeit auf dem Sozial- und Gesundheitssektor.

Ich will hier nicht auf die vielen Details der Arbeit eingehen — vom Ausbau der Gesundheitsuntersuchungsstellen bis zur Schaffung des Ärztenachtdienstes, von den Aktionen in den Kindergärten und Schulen bis zur Ausstattung der Krankenhäuser mit Notstromaggregaten. Ich möchte nur einige wichtige Dinge im Gesundheitswesen besonders hervorheben.

Im Spitalwesen wurde eine neue Organisationsstruktur geschaffen, die eine besondere Effizienz sichert. Einer der letzten Schritte in diesem Rahmen war der Start der Bettenvermittlung auf EDV-Basis, die nun schrittweise aufgebaut wird. Damit wird es möglich, eines der organisatorisch schwierigsten Probleme in den Griff zu bekommen.

Ein Markstein in der Geschichte des Wiener Spitalwesens war die Eröffnung der neugebauten

Krankenanstalt Rudolfstiftung. Ein modernes Großspital mit rund 900 Betten. Dieses nunmehr abgeschlossene Projekt wird in den Dimensionen nur noch von dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit den Universitätskliniken übertroffen. Gemeinsam mit der Bundesregierung ist es gelungen, diesen Großbau auf eine neue organisatorische Basis zu stellen, um nun eine raschere Fertigstellung unter optimaler Anpassung an die sich ständig weiter entwickelnden Anforderungen zu sichern.

Als zweites möchte ich hier besonders hervorheben, daß wir das in früheren Jahren besonders drückende Problem des Mangels an Pflegepersonal zwar noch nicht völlig überwunden haben, aber weitgehend entschärft konnten. Die Voraussetzungen dafür waren die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und neben anderen Faktoren auch die Bereitstellung von mehr Personalwohnungen.

Als drittes auf diesem Sektor will ich hervorheben, daß wir uns gerade in den letzten Jahren verstärkt um die Versorgung der Bevölkerung mit praktischen Ärzten bemüht haben. Wir haben einerseits eine Entlastung der praktischen Ärzte eingeleitet, nämlich durch den Einsatz der mobilen Schwestern und durch den bereits erwähnten Funk-Nachtdienst; andererseits haben wir verschiedene Aktionen zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten eingeleitet. Es ist ein beachtlicher Erfolg, daß es innerhalb der beiden letzten Jahre gelungen ist, die Niederlassung von 62 jungen praktischen Ärzten zu erreichen.

Als viertes möchte ich schließlich hervorheben, daß wir uns auch verstärkt um die Förderung der medizinischen Forschung bemühen. Das kommt nicht nur in der Unterstützung der verschiedensten Aktivitäten zum Ausdruck, sondern vor allem auch in der Schaffung eines speziellen Fonds. Dieser Fonds hat zwar die Kritik der Opposition ausgelöst, ebenso aber auch die Zustimmung der medizinischen Fachwelt.

Was den weiten Bereich der sozialen Einrichtungen und Aktivitäten betrifft, möchte ich nicht über die Vielfalt der Details berichten — ob das nun den Bau spezieller Wohnungen für Senioren und Behinderte oder die Einrichtung und Öffnung der Jugendzentren betrifft, die Schaffung von mehr als 50 neuen Kinderspielplätzen oder die vielen Aktionen für die Zeit der Schulferien, die nicht nur in Wien Anerkennung gefunden haben.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Sozialdienste weitestgehend ausgebaut und zahlreiche neue Dienste geschaffen, wie etwa den Kontaktbesuchsdienst, den Wäschedienst, den Reinigungsdienst und den Reparaturdienst.

Heute haben wir ein so umfassendes System sozialer Dienstleistungen, daß wir sagen können, für Tausende Menschen wurde eine große humanistische Tat gesetzt. Diesen Menschen kann der Wunsch erfüllt werden, länger in ihrer gewohnten Umgebung, nämlich in ihrer eigenen Wohnung zu bleiben.

Meine Damen und Herren! Ebenso sorgen wir natürlich für jene, die lieber in ein Pensionistenheim übersiedeln wollen. Zwar sind wir noch nicht in der Lage, alle Wünsche in dieser Richtung kurzfristig zu erfüllen, aber es wird daran gearbeitet. Der Beweis dafür sind fünf neue Pensionistenheime, die in den letzten Jahren fertiggestellt wurden. In Zukunft wird diese Tätigkeit sogar verstärkt werden.

Meine Damen und Herren! Der vierte Schwerpunkt, auf den ich hingewiesen habe, ist wohl das schwierigste Problem aller modernen Großstädte, nämlich das Verkehrswesen. Das Problem ist in einer alten, in Jahrhunderten gewachsenen Stadt wie in Wien natürlich besonders groß, weil die Straßen und die ganze Konzeption der Stadt nicht für den Autoverkehr angelegt sind. Am Beispiel der viel jüngeren amerikanischen Großstädte sehen wir aber, daß auch diese Städte dem Autoverkehr nicht gewachsen sind, weil es eine wirklich autogerechte Stadt nicht geben kann. Je älter jedoch eine Stadt ist, desto weniger entspricht sie naturgemäß den Anforderungen des modernen Verkehrs.

Es gibt keine grundsätzlichen und umfassenden echten Gesamtlösungen für dieses Problem. Wir haben uns deshalb bemüht, mit Hunderten Einzelmaßnahmen die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs zu erhöhen.

Bei der Beurteilung aller Maßnahmen muß man sich allerdings eines vor Augen halten: Die Zahl der Autos ist auch seit 1973 ständig gestiegen. 1973 waren in Wien 385.000 Personenkraftwagen angemeldet, jetzt sind es 450.000. Während die Zahl der Personenkraftwagen um 20 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der jährlichen Unfälle mit Personenschaden mit etwa 7.000 gleich geblieben. Die Zahl der Verkehrsunfälle und der Unfallopfer — das möchte ich betonen — ist aber noch immer bestürzend hoch, und allein das muß ein Motiv sein, sich verstärkt diesen Problemen zu widmen.

Meine Damen und Herren! Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs möchte ich sagen, daß dem Bau der U-Bahn dabei natürlich besondere Bedeutung zukommt. In erster Linie, weil die U-Bahn für die Fahrgäste bedeutet, daß sie schneller und pünktlicher ans Ziel gelangen als mit einem anderen Verkehrsmittel, das inmitten des Autoverkehrs fahren muß; in zweiter Linie, weil diese Entflechtung natürlich auch dem Autoverkehr zugute kommt.

Wir konnten den ersten Abschnitt des U-Bahn-Grundnetzes, die Strecke zwischen Reumannplatz und Karlsplatz, am 25. Februar vorigen Jahres vorfristig in Betrieb nehmen. Die Verlängerung dieser Linie bis zum Stephansplatz wurde wesentlich früher in Betrieb genommen als ursprünglich geplant, nämlich am 18. November vorigen Jahres, anstatt erst im heurigen Jahr.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Da ich gerade von der U-Bahn spreche, erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine weitere Bemerkung. Es wird nämlich bereits wieder von vielen, die den Rechnungshofbericht nicht ken-

nen, der U-Bahn-Bau als nächster großer Skandal betrachtet. Erlauben Sie mir, dazu Stellung zu nehmen.

Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie Rechnungshofberichte an manche Zeitungen gelangen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur sagen ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ich bin überzeugt, daß ich etwas ankündige, mit dem sogar Sie einverstanden sein werden.

Ich möchte jedoch vorher sagen, daß ich den Schwachsinn des ÖVP-Pressedienstes von gestern, nämlich daß ein SPÖ-Politiker Unterlagen, die gegen einen anderen SPÖ-Politiker sprechen, den Zeitungen weitergegeben hat, nicht einmal dementiere, sondern nur eindeutig als solchen bezeichne. (Beifall bei der SPÖ.) Wobei immer, wenn etwas ein so grober Unsinn ist, nicht ein Mandatar der ÖVP bereit ist, seinen Namen dafür herzugeben und das jener Mann macht, der seine Objektivität in gewissen Funktionen wahrscheinlich beim ORF gelernt hat. (GR. Hahn: Jetzt haben wir einen Stadtrat, der vom ORF kommt!) Beim ORF schnappt eben jeder etwas anderes auf. Was der Herr Bergmann dort aufgeschnappt hat, zeigt sich aus seinen Äußerungen. (Vizebürgermeister Dr. Busek: Der Herr Stadtrat Zilk ist aus der schrecklichen Bacher-Ära!) Es hängt eben von der Person ab, was einer aufnimmt und lernt. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich wollte das nur einmal auch hier sagen. Das, was an Meldungen aus der Zentrale der ÖVP herauskommt, kann man manchmal wirklich nur — wie soll ich es nur bezeichnen? — ... (Zwischenruf bei der ÖVP: Das müssen Sie wissen, sonst hätten Sie es nicht so herausgestellt! — Vizebürgermeister Dr. Busek: Wenn wir uns immer mit der „SK“ beschäftigen würden, kämen wir nie zu einer vernünftigen Arbeit!) Ich beschäftige mich aus einem Grund damit — ich wollte das erst später sagen, tue es aber bereits jetzt —: Wenn schon jetzt, so lange vor dem 6. Mai, die ÖVP auf diese Ebene der Auseinandersetzung geht, dann frage ich mich wirklich, wer am 7. Mai noch miteinander reden soll. Das möchte ich Ihnen zeitgerecht gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ. — Stadtrat Neusser: Das Hören ist uns noch nicht vergangen!) Ich weiß nicht, ob Ihnen das Hören vergangen ist. Ich hoffe nicht. Letzten Endes möchte ich meine Worte zu jemandem sprechen, und nicht zu den Säulen, die hier im Saale sind. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich sehe, was hier vor sich geht, wenn ich drei Worte sage, dann glaube ich, daß einige von Ihnen vom Zuhören ganz schön heiser werden. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Nun zum Bericht des Rechnungshofes. Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie er an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich möchte auch sagen, daß ich persönlich hundertprozentig davon überzeugt bin, daß der Präsident des Rechnungshofes, den ich persönlich sowohl als Oppositionspolitiker, wie als Minister, wie als Klubobmann,

wie als Landeshauptmann noch aus seiner Abgeordnetenzeit her kenne, von dieser Weitergabe der Informationen weder gewußt, noch sie angeordnet hat, und daß er sie auch nicht gebilligt hätte, wenn er das gewußt hätte. Das sei einmal klargestellt. Das ist kein Kampf gegen den Präsidenten des Rechnungshofes.

Um nach der Logik vorzugehen: Wahrscheinlich werden jene fünf Kritisierten, die das bekommen haben, damit nicht als erste zu der Zeitung laufen, die grundsätzlich alles skandalisiert. Das müßte Ihnen die Logik sagen. Also müssen die Informationen von woanders herkommen. (Stadtrat Neusser: Vielleicht stimmt doch die schwachsinnige Aussendung! — Amtsführender Stadtrat Mayr: Wie der Neusser denkt, so redet er!) Ich würde es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen, daß die Beamten der U-Bahn-Bauabteilung der Stadt Wien das weitergegeben haben, was den Rechnungshofbericht über den U-Bahn-Bau betrifft. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Jedenfalls ist hier etwas geschehen: Es ist der Entwurf für einen Bericht des Rechnungshofes ... (GR. Dkfm. Bauer: Es ist kein Entwurf! — Amtsführender Stadtrat Mayr: Wieso wissen Sie das?) Wieso steht dann „Entwurf des Berichtes“ drauf? Ich habe ihn nämlich. (Zwischenruf bei der SPÖ: Jetzt wissen wir, wer den Bericht weitergegeben hat! — GR. Hahn: Der Bauer war es! — Allgemeine Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Zur Semantik vielleicht noch eine Aufklärung. Es ist vielleicht kein Entwurf, aber der Beamte des Rechnungshofes hat jedenfalls „Entwurf“ auf sein Dokument darauf geschrieben. Es mag falsch sein, aber darüber müssen Sie sich beim Rechnungshof beschweren. Hier steht darauf „Rechnungshof — Entwurf des Berichtes des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadt Wien, Teilgebiet Konzeption“ — eigentlich müßte es „Konzept“ heißen — „der Wiener U-Bahn“. (GR. Dr. Hirschall: Solange es noch nicht unterschrieben ist, ist es ein Entwurf!) Meine Damen und Herren! Was das ist, ist mir vollkommen egal. Mir geht es darum, daß etwas, was ein Entwurf für einen Prüfungsbericht und ohne Gegenstellungnahme ist, in einer Zeitung so dargestellt wird, als sei es bereits das Urteil des jüngsten Gerichtes über die Beamten der Stadt Wien, und dagegen muß ich mich wehren! (Beifall bei der SPÖ.)

Da ich der Meinung bin, daß Waffengleichheit herrschen soll, und da ich der Meinung bin, daß nicht auf dem Wege über eine Zeitung die einen die anonymen Ankläger sein sollen und die anderen bereits die bösen Verbrecher, bevor der, der das Urteil zu sprechen hat, sich damit befaßt hat, nämlich der Landtag und der Gemeinderat, werde ich, wenn es schon nicht mehr vertraulich ist, dafür sorgen, daß es für alle nicht mehr vertraulich ist, und werde in vierzehn Tagen eine Enquete einberufen, in der sich sämtliche Beamte der Stadt Wien, die seinerzeit geplant haben und die dazu nicht einmal befragt wurden, auch in aller Öffentlichkeit

zu den anonym vorgebrachten Vorwürfen äußern können. Dann haben wir die Waffengleichheit. (GR. Hahn: Man muß jedenfalls rechtzeitig darüber reden!) Ich lasse mich, Herr Präsident Hahn, nicht auf allgemeine Formulierungen ein, daß man rechtzeitig darüber redet. Sie würden am liebsten bis zum 6. Mai möglichst allgemein darüber reden, nach dem Motto: Wenn man lange genug darüber redet, wird schon etwas hängenbleiben. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich werde selbstverständlich, wie es im Artikel 127 b der Bundesverfassung steht, dem Gemeinderat den Bericht des Rechnungshofes mit den Gegendarstellungen der Verwaltungsdienststellen vorlegen, aber ich werde den Verwaltungsdienststellen Gelegenheit geben, ihre Gegendarstellung in Form einer öffentlichen Enquete in Konfrontation mit jenen, die das kritisieren, zu äußern. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte in allem Ernst noch eines dazu sagen. So sehr ich, wie gesagt, diese öffentliche Konfrontation im Interesse der Beamten, die sich ja irgendwie wehren müssen, herstellen muß, damit nicht nur die Anklage öffentlich ist und man sich jetzt aussucht, was man herausklaubt, während die Verteidigung vertraulich bleiben muß, weil man das den Beamten nicht antun kann, die sich redlich bemüht haben, etwas Großartiges zu schaffen, so sehr möchte ich aber auch sagen, daß ich an sich von der Vorgangsweise nicht begeistert bin, sondern sie als eine Notwehrmaßnahme auffasse, weil ich nämlich glaube, daß bei diesen ganzen öffentlichen Diskussionen, die jedesmal sofort stattfinden, daß aus der Tatsache, daß jeder sofort mit ungeheurer politischer Motivation aus etwas Großartigem, nämlich aus der Verwaltungskontrolle, eine Art Kriminalität macht, dann etwas passiert: daß diese Funktion des Rechnungshofes in Vergessenheit gerät, die, wie ich deutlich sagen möchte, im Interesse der politisch Verantwortlichen liegt, nämlich daß eine dauernde Gebarungskontrolle existiert.

Ich bin überzeugt, im U-Bahn-Bericht sind wie in jedem Verwaltungskontrollbericht, bei einer so gigantischen Bau- und Planungssache, die über ein- einhalb Jahrzehnte gegangen ist, natürlich Unzukömmlichkeiten enthalten, die aufgedeckt werden, was für die Verwaltungsspitzen notwendig ist. Nur, meine Damen und Herren, wenn das ganze beim ersten Anzeichen kriminalisiert wird, kann ich nicht mehr objektiv sagen: Und jetzt gehen wir brav auf die Einzelheiten ein!, während in der Öffentlichkeit die Hälfte der planenden Beamten als Verbrecher hingestellt wird. Das geht dann nicht mehr, und davor habe ich Angst! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Herr Gemeinderat, helfen Sie doch mit, daß wir den Rechnungshof wieder zu seiner Funktion bringen. Wir brauchen ihn mit seinen ganzen Prüfungsberichten bitter notwendig! (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Warum ist er dann nicht bei der Gesiba eingeschaltet worden, wie wir es verlangt haben?) Herr Präsident! Ich weiß nicht, ob es Ihnen möglich ist, eine Sekunde die Vorstellung zu haben, daß nach dem 6. Mai die Welt weitergeht und wir dann

weiter einen Rechnungshof, eine Gebarungskontrolle brauchen. (Vizebürgermeister Dr. Busek: Das stellt ja niemand in Frage!) Dann soll man aufhören mit solchen Schwachsinnigkeiten! (GR. Hahn: Sie haben jetzt 20 Minuten über die Schwachsinnigkeit geredet!) Herr Präsident, 20 Minuten habe ich nur über den Rechnungshofbericht gesprochen! (GR. Hahn: Den keiner kennt!) Sehen Sie, deshalb stelle ich ja die Waffengleichheit her! Warum sollen nur eine oder zwei Zeitungen den Bericht kennen.

Ich werde aber noch einmal versuchen, Ihnen darzulegen, wozu es mir über den Wahltermin hinaus geht. Es geht mir darum, daß wir ein Organ der Gebarungskontrolle haben, von dem jeder weiß, daß es sich durch keine Indiskretionen, durch keine Art von Parteinahme als Instrument der politischen Polemik mißbrauchen läßt. (Beifall bei der SPÖ.)

Darf ich Ihnen, unabhängig von allen Tagesfragen, sagen, daß die Tatsache, daß Österreich schon zur Zeit der Monarchie, schon zur Zeit der Staatsgrundgesetze einen Staatsrechnungshof hatte, der in der Staatsrechtsgeschichte zu einem der großen Vorbilder in Europa gehört, daß die Tatsache, daß dieser Rechnungshof nicht Organ der Regierung ist, weder ein Organ der Landesregierung, wenn er ein Land prüft, noch gar der Bundesregierung, sondern daß er bei Prüfung von Bundesbehörden dem Nationalrat verantwortlich ist und bei Prüfung eines Landes oder einer Gemeinde dem Landtag bzw. dem Gemeinderat, daß diese Tatsache etwas ganz Großartiges ist. (GR. Dr. Hirschall: So großartig, daß man es in Wien für das Kontrollamt einführen könnte!) Überlegen wir uns auch das nachher bei der Bundesgesetzgebung. Sie kennen die juristische Argumentation, daß ein Gemeindeorgan nicht außerhalb der Hierarchie stehen kann. So sagt es der Verfassungsdienst.

Aber diese Rechnungshofkontrolle ist an sich etwas so Notwendiges im Interesse aller Verwalter, daß man sie nicht dadurch, daß man sagt: Jetzt klaben wir uns etwas heraus, und das ist eine politische Waffe!, aufs Spiel setzen sollte. Wenn der Bericht dann fertiggestellt und im Landtag ist, ist er natürlich in dem Sinn eine politische Waffe, als jeder, der an der Spitze steht, für das verantwortlich ist, was in seinem Verwaltungsbereich geschieht. Das ist das Prinzip der politischen Verantwortung. Aber vorher so zu tun, als ob hier ein inappellabler Richter käme, der bereits den Stab gebrochen hat, das könnte eine Einrichtung entwerfen, auf die wir alle gemeinsam stolz sein sollten. Ich bitte noch einmal, diesen Appell in aller Ernsthaftigkeit zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte jetzt auf die Einzelmaßnahmen nicht mehr im Detail eingehen.

Zum öffentlichen Verkehrswesen möchte ich sagen: Eine Reihe von Straßenbahn- und Autobuslinien wurden verlängert bzw. neu geschaffen. Es gab eine Fülle von Einzelmaßnahmen. (GR. Dkfm. Ammann: Kein Konzept! Nur Einzelmaßnahmen beim Verkehr!)

Vorher, als Sie wegen des Redens nicht zuhören konnten, habe ich gesagt, daß sich das Gesamtbild einer Stadtpolitik notwendigerweise aus einer Fülle von Details zusammensetzen muß. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Aber ein Konzept gehört her wie in jeder Firma! Das Detail kann nie stimmen, wenn ich kein Gesamtkonzept habe!)

Ich muß mich jetzt zurückhalten. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie wollen mich etwas herlocken, um dann zu sagen: Jetzt hat der Bürgermeister zwei Stunden geredet. (Vizebürgermeister Dr. Busek: Nein!) Das fällt mir leicht, meine Damen und Herren. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Das glauben wir!) Aber ich will es nicht tun. Es sind ja so viele Debattenredner gemeldet, die ich nicht zu einer Zeit hören möchte, wo ich auch durch eine lange Sitzungsdauer nicht mehr aufnahmefähig bin.

Über die Verkehrsfragen werden wir ja im einzelnen diskutieren.

Ich möchte jetzt noch als Fünftes die Einrichtungen der Freizeit und der Kultur erwähnen. Meine Damen und Herren! Auch hier eine Fülle von Einzelmaßnahmen.

Ich weiß schon, das liegt im Wesen einer Opposition, daß es leichter ist, aufzustehen und nur zu sagen: Es muß etwas geschehen. Aber der, der verwaltet, muß halt das Ganze dann in eine Fülle von Einzelmaßnahmen zerlegen. Und das geht eben in Wien von neuen Theatern bis zum Hallenstadion, von der Neuordnung der Festwochen bis zu den Häusern der Begegnung, von neuen Sportplätzen und Rundturnhallen bis zu neuen Bädern. Und gerade hier wurde auch bewiesen, daß wir entschlossen sind, neue Wege zu gehen, ob es nun die Frage der neuen Hallenbäder war, ob es aber ganz besonders auch der Bereich der Kultur ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt über diesen riesengroßen Bereich, über dessen Definition man schon zu diskutieren beginnen könnte, weil wir eben der Meinung sind, daß zum Beispiel Kultur weit über den Freizeitbereich hinausgehen soll und hinausgegangen ist, nur eines sagen: Wenn Sie nur die Wochenendbeilage irgendeiner Wiener Zeitung, ob „Presse“, „Kurier“, „Arbeiter-Zeitung“ oder „Kronen-Zeitung“, zur Hand nehmen und lesen, was es jetzt an kulturellen Aktivitäten gibt, ob es die kleinen Theater unter dem Strich sind, ob es Galerien sind, ob es Ausstellungen sind, und wenn Sie vergleichen, wie viele es vor zehn Jahren gegeben hat, dann werden Sie sehen, daß sich hier in Wien eine ganze Menge ereignet hat. Es ist ein großer Schritt nach vor gemacht worden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, wie gesagt, jetzt über die Anzahl der gepflanzten Bäume und Sträucher, über den großen Block im E-Werk Simmering bezüglich der Stromversorgung, über die kommende Fertigstellung der Großkläranlage und der Wasserleitung aus der Mitterndorfer Senke keine Details sagen und auch nicht einmal darüber im Detail sprechen, daß in den vergangenen fünf Jahren, die Ihre dringliche Anfrage betroffen haben, von der Südosttangente über das Kurzentrum Oberlaa bis zum Neubau der

Floridsdorfer Brücke eine große Palette von Leistungen vorzuweisen ist.

Meine Damen und Herren! Man kann feststellen, daß die großen Leistungen in unserer Stadt, die ja gemeinsame Leistungen der Wienerinnen und Wiener sind, niemand ableugnen kann, weil sie erfreulicherweise, wie alles in einer Stadt, nicht theoretische Überlegungen sind, sondern sichtbar und spürbar sind.

Meine Damen und Herren! Es ist auch, glaube ich, darauf hinzuweisen, gerade im Zusammenhang mit der Eröffnung des Donauparkzentrums für die Vereinten Nationen, daß allen gemeinsam doch etwas gelungen ist, wenn man zurückblickt: daß dieses Wien, ohne seine Position auf der Landkarte zu verändern, von einer Endstation, ich möchte sagen, in der Sackgasse des freien Europas wieder zu einem Begegnungsplatz Mitteleuropas geworden ist, und zwar nicht nur durch Appelle an die traditionelle Brückenrolle in der Vergangenheit, sondern auch durch eine sehr bewußte Politik sowohl der geistigen wie auch der materiellen Investitionen in diese Rolle Wiens als Begegnungszentrum — eine Rolle, zu der sich alle, die in dieser Stadt wirtschaftlich und politisch tätig sind, bekannt haben.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Leistungen, die ich aufgezählt habe, die gemeinsam von allen Wienerinnen und Wienern, von der Stadtverwaltung, von unseren Mitarbeitern vollbracht wurden, will ich — und damit komme ich zur Diskussion — die bestehenden Probleme und Schwierigkeiten weder leugnen noch verwischen. Natürlich bestehen in einer großen Stadt mit mehr als 1,6 Millionen Menschen Probleme und Schwierigkeiten, und oft ist es so: Wenn eine Aufgabe gelöst wird, ergeben sich daraus sofort neue. Wenn ein neues Spital, ein Kindergarten oder ein Pensionistenheim fertig wird, existiert bereits die Frage, ob das Personal vorhanden ist. Wenn wir für eine wichtige Straße die Verkehrsbedingungen verbessern, muß man fragen, wie sich das auf die Verkehrsverhältnisse rundherum auswirkt.

Und noch eines: Wir sind stolz auf die großen Projekte, die wir realisieren. Aber dabei muß man sofort darauf achten, daß diese großen Leistungen nicht für viele Menschen Ärger mit Kleinigkeiten bedeuten, wie zum Beispiel die Frage des Lärmschutzes entlang von neugeschaffenen Tangenten.

Meine Damen und Herren! Als Ergebnis möchte ich daher sagen: Das Wesentliche ist, daß wir wegen unserer Konzentration auf große, faszinierende Aufgaben, die das Bild der Stadt prägen, nicht vergessen, wie wichtig die sogenannten Kleinigkeiten für das tägliche Leben der Menschen in unserer Stadt sind, weil sie eben oft darüber entscheiden, ob sich ein Mensch in seiner Heimatstadt wohlfühlt oder nicht.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon am 13. November hier über diese und andere Faktoren gesprochen, die mich veranlaßt haben, zu einer großen Diskussion aufzurufen. Drei Monate sind seither vergangen, und ich kann feststellen: Diese Diskussion wurde durchgeführt, und ich bin auch

persönlich stolz darauf, wie sie verlaufen ist, weil Tausende Menschen mit großem, ernstem und durchaus auch kritischem Engagement an dieser Diskussion teilgenommen haben. Das war ein eindrucksvolles Bekenntnis zur politischen Mitarbeit, das heißt zur Demokratie in unserer Stadt Wien.

Aber, meine Damen und Herren, bevor ich über das Ergebnis der Diskussion spreche, möchte ich auf eine Sorge der Opposition und mancher Kommentatoren zu sprechen kommen, die auch in der mündlichen Begründung zur dringlichen Anfrage zum Ausdruck gekommen ist.

Es haben sich nämlich viele den Kopf zerbrochen, ob diese sogenannte Nachdenkphase, die eine Nachdenk- und Diskussionsphase war ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, beim letzten Mal: Nachdenken muß für manche etwas so Furchtbares sein, daß sie sich darüber nicht fassen können. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Die Pause! — GR. Dkfm. Dr. Wöber: Die lange Pause!)

Jetzt hätte ich Ihnen gern ein paar Seiten erspart. Ich war gerade im Begriff, zu sagen: Es ist ja augenscheinlich, daß in diesen drei Monaten keine Pause war, sondern daß gearbeitet wurde. Da es für Sie nicht offenkundig ist, werde ich Ihnen jetzt die Beweise dafür vorlesen, was in diesen drei Monaten der Nachdenkphase geleistet und gearbeitet wurde. (GR. Zörner: Der Gipfel der Nachdenkphase war der Parteitag in der Stadthalle! Dort ist es aber nicht so friedlich zugegangen! — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Schauen Sie: Sie haben doch schon eine ganze Reihe von Jahren die Politische Akademie der ÖVP mit den Schulungskursen über Demokratie; jetzt müssen Sie doch schon langsam gelernt haben, daß Demokratie Diskussion ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! In dieser Sitzung am 13. November habe ich gesagt, daß die Richtlinie der Arbeit das „Programm der Wiener“ ist. Es wurde in dieser Diskussionszeit das Budget geschaffen, das die Basis ist, um dieses Programm in diesem Arbeitsjahr in die Tat umzusetzen. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Wenn es eine Pause gewesen wäre, dann hätten wir keine Zeit gehabt, dieses Budget mit einem Umfang von 300 Seiten sowie die mittelfristige Finanzplanung für die kommenden fünf Jahre auszuarbeiten. Ich kann feststellen, daß es ein Budget ist, das der wirtschaftlichen Situation angemessen und realistisch ist und daß auch die Schwerpunktpolitik zum Ausdruck kommt. Hätten Sie nicht die Frage gestellt, was in diesen drei Monaten geschehen ist, dann hätte ich Ihnen diese Ausführungen erspart. Ich bitte um fünf Minuten Geduld.

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Sozialbudget seit dem Jahre 1974 von 367 auf 1.020 Millionen Schilling erhöht wurde und für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten heuer 1,3 Milliarden und für den Wohnungsbau 2.300 Millionen Schilling aufgewendet werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dieser Nachdenkphase aktiv an Verbesse-

rungen der wirtschaftspolitischen und budgetpolitischen Vorstellungen gearbeitet wurde.

Im „Programm der Wiener“ wurde der Bau von 30.000 Wohnungen für die Arbeitsperiode angekündigt. Inzwischen wurden neue Möglichkeiten der Wohnbaufinanzierung überlegt und konnte das ursprüngliche Programm erweitert werden, so daß 36.300 neue Wohnungen finanziert und 40.000 Altwohnungen verbessert werden konnten.

In der letzten Sitzung hat die Österreichische Volkspartei ... (Zwischenruf bei der ÖVP: Im Widerspruch zum Konzept!) Entschuldigen Sie, vielleicht könnte mir das nachher ein Diskussionsredner erklären. Ich verstehe es momentan nicht. (Zwischenruf bei der ÖVP: Das war ein Quartalbericht, aber kein politischer Bericht!) Das war kein Quartalbericht, denn dann müßte ich noch eine Stunde lang reden. Wir können dieses Problem vielleicht in einzelne Diskussionen aufteilen.

Meine Damen und Herren! Man kann nicht nur lang reden, sondern man kann den Propagandakeller der ÖVP verlassen und mit offenen Augen durch die Stadt gehen und sehen, was überall geleistet wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Aus diesen kurzen und knappen zusammenfassenden Darstellungen, die ich Ihnen vortragen konnte, kann ich daher Ihre Frage aus der dringlichen Anfrage, ob die amtsführenden Stadträte ihre ressortmäßigen Aufgaben zufriedenstellend erfüllt haben, mit Ja beantworten. (GR. Hahn: Warum müssen zwei gehen?) Zur ergänzenden Frage, warum eine Umbildung des Stadtsenates vorgenommen wird, erkläre ich Ihnen nochmals, daß sich eben, wie immer im Leben, Veränderungen ergeben, Veränderungen, die die Österreichische Volkspartei auch vorgenommen hat.

Zu Ihrem Zwischenruf bezüglich dieser Veränderungen möchte ich sagen: Diejenigen, die nach einer langen Tätigkeit für die Stadt Wien aus diesen aktiven Funktionen ausscheiden, sitzen in unserem Freundeskreis und bestimmen weiterhin unsere Politik. Was man von allen Veränderungen, die in Ihrer Partei vorgenommen wurden, wahrlich nicht behaupten kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die Frage, ob ich bereit bin, ressortmäßige Agenden zu übernehmen, erledigt sich ... (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Nein!) Diese Frage hat eine Zeitlang eines Ihrer Mitglieder des Bundesrates gestellt. Ich habe mir gedacht: Gut, ein Mitglied des Bundesrates ist nicht verpflichtet, die Wiener Stadtverfassung zu kennen. Es wäre schön, aber es muß es nicht. Aber nun wird diese Frage, deren Beantwortung sich aus der Stadtverfassung ergibt, nicht nur von einem Mitglied des Bundesrates, das inzwischen Mitglied des Gemeinderates geworden ist und die Stadtverfassung nunmehr kennen mußte, neuerlich gestellt, sondern auch von mehreren Gemeinderäten Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren! Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Wiener Stadtverfassung. Da ich nicht die Absicht habe, als Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien zurückzutreten,

was ich müßte, wenn ich mich um die Funktion eines amtsführenden Stadtrates bewerben wollte, kann ich also die Frage der Übernahme von Ressortagenden nur damit beantworten, daß ich Sie bitte, die Wiener Stadtverfassung in einer ruhigen halben Stunde einmal durchzulesen. (GR. Hahn: Sie haben es voriges Jahr nicht gewollt, und ich darf das in Erinnerung rufen!) Lesen Sie eine halbe Stunde lang die Stadtverfassung, wenn ich bitten darf. Sie finden dann die Antwort auf alle Fragen. Sie können es in Erinnerung rufen, aber wir kommen zu keinem Ergebnis, weil ich mir offenbar erlauben muß, Ihnen vielleicht demnächst mit einer Begleitkarte ein Exemplar der Stadtverfassung zu überreichen. Daraus ergibt sich die Beantwortung Ihrer Frage.

Ich möchte nur sagen, die Aufgaben des Bürgermeisters sind in der Stadtverfassung eindeutig geregelt, sie sind in der Stadtverfassung auch nachzulesen. Wenn Sie in der Geschäftseinteilung, dort, wo die Koordinations-Agenden aufgeführt sind, nachlesen, werden Sie ebenfalls die Aufgaben des Bürgermeisters erkennen können.

Meine Damen und Herren! Was die Frage betrifft, ob ich bereit bin, dem Gemeinderat eine langfristige Ressort- und Geschäftseinteilung vorzulegen, die unabhängig von der personellen politischen Besetzung ist, möchte ich dazu folgendes sagen:

Es ist meine feste Absicht, daß die Geschäftseinteilung in der von mir dem Gemeinderat zur Zustimmung vorgeschlagenen Form jedenfalls für diese Arbeitsperiode des Gemeinderates in Kraft bleiben soll und daß die amtsführenden Stadträte daher diese Ressortfunktionen auch für diese Arbeitsperiode eindeutig beibehalten sollen.

Meine Damen und Herren! Da es aber auch, und das möchte ich eindeutig sagen, keine Politik gibt, die unabhängig von den Menschen ist, die diese Politik durchführen, kann es keine Ressortaufteilung geben und keine Gemeindeverwaltung, die unabhängig von Personen im luftleeren Raum konzipiert wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß für uns weiterhin das „Programm der Wiener“, das schriftlich in Erinnerung zu rufen ich mir erlaubt habe, die Grundlage für unsere Arbeit ist und daß darüber hinaus die großangelegte Diskussion der letzten Monate zusätzliche Gedanken und besondere Akzente für unsere Arbeit gebracht hat.

Ich habe Ihnen die Ergebnisse dieser Diskussion und nochmals, wie ich sagte, das „Programm der Wiener“ vorgelegt, und ich ersuche Sie, diese schriftlichen Unterlagen als Bestandteil meines Berichtes zu betrachten, damit ich mich in meinen Ausführungen auf einige wesentliche Dinge konzentrieren kann.

Meine Damen und Herren! Durch alle Diskussionen zogen sich, bei Anerkennung der großen Leistungen, einige Hauptpunkte der Kritik, und man soll auch diese hier sofort und offen darlegen. Näm-

lich, daß für viele Menschen noch immer, trotz aller Bemühungen, der Verwaltungsapparat dieser großen Stadt, der dazu da ist, um den Menschen zu dienen, als ein anonym, oft unverständlicher Apparat empfunden wird. Mit anderen Worten: Die Menschen haben manchmal das Gefühl, als gäbe es eine Verwaltung, deren Ziele so gesteckt sind, daß sie dabei die naheliegenden und kleineren Probleme des einzelnen übersieht. Hier möchte ich zu Beginn und mit aller Eindeutigkeit einen Grundsatz feststellen, nach dem wir, insbesondere die Verwaltung, zu handeln haben: Es darf keine Verwaltung geben, deren Ziele nicht aus den Bedürfnissen der Menschen unserer Stadt abzuleiten sind!

Allerdings, meine Damen und Herren, muß man feststellen, daß hier nicht etwa eine böswillige Verwaltung die Menschen vergessen hat, sondern daß folgendes geschehen ist:

In den letzten 25 Jahren mußte im Bereich der Stadt Wien — abgesehen von den Wiederaufbauleistungen — das geschehen, was bei einer friedlichen Entwicklung, sagen wir etwa ab dem Jahre 1930 bis zum Jahr 1978 hätte geschehen müssen, wobei ich das Jahr 1930 für jenes Jahr halte, in dem eine echte finanzielle Beweglichkeit der Stadt Wien in Wirklichkeit verschwunden war.

In diesen 25 Jahren geschah noch etwas: Die Wiener haben eine in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Wohlstandssteigerung erlebt. Das reale Einkommen des Wieners hat sich in den letzten 25 Jahren vervierfacht, während im Vergleich dazu das Realeinkommen des Wieners im Jahre 1948 genauso hoch war wie jenes des Jahres 1913. Diese Wohlstandssteigerung hat aber auch bewirkt, daß die Ansprüche der Menschen an die Öffentlichkeit nicht gesunken sind — wie man oberflächlich meinen könnte —, sondern daß die Ansprüche an die Verwaltung in Wirklichkeit in fast allen Lebensbereichen gewachsen sind. Am deutlichsten ist dieses Ansteigen im Bereich des Wohnens und des Verkehrs sichtbar, und es sind zu keiner Zeit im 20. Jahrhundert auf diesen beiden Sektoren solche Großinvestitionen erbracht worden wie in den letzten Jahren. Daß dies eine Konzentration der Kräfte und Mittel erfordert hat, ist selbstverständlich.

Ich möchte jetzt, in Abkürzung der Argumentation, die Sie auch schriftlich zur Verfügung haben, nur sagen, es wird jetzt notwendig sein, den neuen Aufgabenschwerpunkt, auch mit Hilfe der Verwaltung, zu erkennen, nämlich ein Großprogramm der kleinen Dinge durchzuführen, damit neben der quantitativen auch die qualitative Bedürfnisbefriedigung bei den kleinen Dingen gewährleistet werden kann.

Meine Damen und Herren! Allerdings möchte ich auch eines sagen: Es kann und darf nicht — wie es oft bei Forderungen geschieht — von der öffentlichen Hand verlangt werden, daß sie den Bürger in allen Lebensbereichen administriert. Das hohe Wohlstandsniveau hat — wie ich meine — neue Möglichkeiten für eine Selbstbetätigung, Selbstvorsorge und Selbstentscheidung des Bürgers eröffnet, die innerhalb der durch das Zusammen-

leben in einer Gemeinschaft gebotenen Grenzen genützt werden sollten.

In dem Arbeitspapier, das Ihnen vorliegt, sind eine Fülle von Einzelvorschlägen unter dem Titel „Volksnahe Verwaltung“ zusammengefaßt, die sehr detailliert aussehen mögen. Aber das Prinzip der Diskussion war ja, nicht allgemeine Grundsätze aufzustellen, sondern ein Bündel von verwirklichtbaren Einzelmaßnahmen zu beschließen.

Herausheben möchte ich einen Grundsatz aus den vielen Details, gerade weil in solchen Bereichen der persönlichen Wünsche es sehr viele mehr oder weniger wohlorganisierte Pressuregroups gibt. Wir haben uns jedenfalls nicht um jene zuerst zu kümmern, die am wohlorganisiertesten und lautesten schreien, sondern um jene, die unsere Hilfe auch am dringendsten benötigen. Dabei geht es nicht nur um materielle Hilfe — wir haben ein Sozialhilfswesen, das für jeden Notfall die Hilfe garantiert. Unsere Aufgabe besteht viel weitergehend heute schon darin, den Menschen zu helfen, sich in dieser komplizierter gewordenen Umwelt zurechtzufinden. Denn unser Ziel ist es nicht — wie das mancher Romantiker —, die Entwicklung zurückzudrehen und die Technik abzuschaffen, sondern den Menschen die Möglichkeit zu geben, die Chancen des Fortschrittes für sich zu nützen.

Meine Damen und Herren! Einen bedeutenden Bereich nimmt in dem Papier die Dezentralisierung ein, wobei bei den Dezentralisierungsmaßnahmen besonders hervorzuheben ist, daß sie zweigeteilt sind. Es geht hier um eine Reihe von Maßnahmen, die in allen Bezirken sofort verwirklichtbar sind, und es geht dann darum, daß viel weitergehende Vorschläge gemacht wurden, bei denen man allerdings sagen muß, hier bestünde die Gefahr, wenn man sie generell für ganz Wien sofort einführt, daß man eine bestehende Verwaltung durcheinanderbringt, bevor noch die neuen Verwaltungseinheiten erprobt sind.

Deswegen wird hier vorgesehen, in einem überschaubaren und abgerundeten Teilgebiet Wiens, nämlich den beiden Bezirken links der Donau, dieses weitergehende Dezentralisierungsmodell gerade auch verwaltungsmäßig zu erproben, damit man dann auf Grund der Erfahrungen sehen kann, wie aus der Praxis heraus das Ganze für ganz Wien aussehen könnte.

Ich möchte hierzu nur eines sagen: Gerade weil hier durch den Übergang von der Anhörung und Mitsprache zur Selbstentscheidung ja auch verwaltungsmäßig sehr wesentliche Vorgänge miteingeschlossen sind, appelliere ich sehr an alle, die an diesem Praxisversuch teilnehmen, alles daranzusetzen, um zu beweisen, daß es machbar ist. Es gilt zu beweisen, daß die Dezentralisierung funktionieren kann. Es geht nicht darum, zu beweisen, welche Schwierigkeiten unüberwindlich sind. Das möchte ich aus diesem Anlaß hier sehr deutlich sagen.

Meine Damen und Herren! Einen großen Raum in der Diskussion haben Verkehrsfragen eingenommen. Hier gibt es ebenfalls eine Fülle von Einzelmaßnahmen. Ich möchte nur noch einmal darauf

hinweisen, man soll jede Illusion rauben, daß esverkehrsorganisatorische Verbesserungen geben kann, die überhaupt niemandem weh tun. Denn wenn man vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr spricht, dann lernt man schon in der Fahrschule, daß bei einer Kreuzung der Vorrang für eine Richtung notwendigerweise Nachrang für eine andere bedeuten muß, weil eine Kreuzung mit der Einmündung von vier Vorrangstraßen nicht nur ein Unsinn ist, sondern auch eine Quelle der fürchterlichsten Unfälle darstellt. Daher muß man einmal deutlich aussprechen, daß es keine Maßnahmen geben kann, die nicht auch im Interesse der Allgemeinheit oder der Mehrzahl für einzelne Einschränkungen mit sich bringen werden.

Auch über Stadterneuerung möchte ich hier nicht mehr im Detail sprechen, weil in dem Arbeitspapier die Einzelheiten sehr detailliert enthalten sind.

Meine Damen und Herren! Mein persönlicher Dank und mein Dank im Namen der Stadt Wien gilt jenen drei Persönlichkeiten, die aus ihren bisherigen Funktionen im Wiener Stadtsenat ausscheiden.

Stadtrat Hans Böck kam aus der Gewerkschaftsbewegung, in der er seit seiner Jugend tätig war. Zuletzt war er Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Ich bin Stadtrat Böck persönlich zu großem Dank dafür verpflichtet, daß er sich im Sommer 1976 — auf meine Frage — kurzfristig bereit erklärt hat, die Funktion eines amtsführenden Stadtrates für Bauten zu übernehmen. Er hat seine Amtszeit selbst mit der Gemeinderatswahl vom vergangenen Oktober befristet, und er hat die jetzt abgeschlossene Diskussion damit erleichtert, daß er sich bereit erklärt hat, doch noch bis zum Februar, bis zu seinem 65. Geburtstag, weiter im Amt zu bleiben, weiter zu arbeiten.

In seiner relativ kurzen Amtszeit hat er — und das möchte ich ganz besonders hervorheben — eine Fülle von Problemen gemeistert und viele Arbeit geleistet. Er hat sich vom ersten Tag an die Sympathie und den Respekt seiner Mitarbeiter gesichert, er hat sich als hervorragender Kenner der Bauwirtschaft und als Organisator bewährt. Aus seiner Tätigkeit möchte ich nur eines hervorheben, nämlich den Neubau der Floridsdorfer Brücke in Rekordzeit, die Aufsehen erregt hat. Daß wir sie sperren mußten, war sicher nicht die Schuld von Stadtrat Böck, aber daß sie so rasch gebaut wurde, das hat er erreicht, und dafür möchte ich ihm danken. (Beifall bei der SPÖ.)

In unser aller Namen, Herr Stadtrat, für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und viel Freude. (Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der ÖVP.)

Stadtrat Kurt Heller ist seit dem Jahre 1945 im Wiener Rathaus tätig. Zuerst war er Beamter, dann Sekretär und Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Seit mehr als 20 Jahren ist er amtsführender Stadtrat. 15 Jahre lang war er mit dem

Bauwesen befaßt. Und diese Agenden, so schwierig sie sind, haben etwas Positives: Herr Stadtrat Heller! Sie brauchen keine Broschüren zu lesen, sondern nur durch die Stadt zu gehen, um die eigenen Leistungen zu sehen. Ein gutes Viertel von unserem Wien wurde in der Zeit erbaut, in der Stadtrat Heller für Bauangelegenheiten verantwortlich war: Zehntausende Wohnungen, Spitals- und Sozialbauten, Schulen und Kulturstätten. Der Bau der U-Bahn wurde ebenso unter seiner Verantwortung begonnen wie der Neubau des AKH und die Umgestaltung des Donauraumes.

Seit 1973 bewies er seine große Erfahrung, seine Menschlichkeit und sein Verhandlungsgeschick in der Verantwortung für die Personalangelegenheiten der Stadtverwaltung.

In Zukunft wird er sich noch mehr als bisher jenem Aufgabengebiet widmen, dem seit jeher sein Herz gehört, nämlich dem Sport. Ich danke Herrn Stadtrat Heller dafür, daß er sich bereit erklärt hat, weiterhin die Landessportorganisation zu leiten. Darüber hinaus stehen ihm in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Olympischen Comité gerade in der nächsten Zukunft große Aufgaben bevor.

Ich danke Herrn Stadtrat Kurt Heller für seine langjährige Arbeit und wünsche ihm für die künftigen Aufgaben vollen Erfolg. (Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der ÖVP.)

Ebenfalls seit dem Jahre 1945 ist Stadtrat Hubert Pfoch im Wiener Rathaus tätig: seit dem Jahre 1964 als amtsführender Stadtrat, von 1970 bis 1978 als Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter. Für ihn gilt das gleiche, was ich schon von Stadtrat Heller sagte: Überall in der Stadt sind jene Bauten zu sehen, die unter seiner Verantwortung gebaut wurden, ob das die Bäder sind, die Wohnhäuser, die Spitäler, die Schulen oder Kindergärten.

Wenn ich Stadtrat Pfoch heute für seine bisherige Arbeit danke, so schließe ich gleich die besten Wünsche für seine künftige Tätigkeit ein, da er weiterhin in unserem Kreis tätig sein wird. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe in einer, zugegebenermaßen, nicht sehr kurzen Rede versucht, auf einige Aspekte unserer Arbeit einzugehen und die Arbeit in den nächsten Jahren zu skizzieren, und ich habe besonders dafür auch die schriftlichen Unterlagen vorgelegt.

Es sind sicher große Aufgaben, die vor uns stehen, und ich bin überzeugt, wir werden sie wie in der Vergangenheit bewältigen. (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer:** Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Erklärung.

Die Gemeinderatsmitglieder Ing. Hofmann, Hahn und Dr. Hirnschall haben die Besprechung dieser Erklärung beantragt. Ich bitte jene Damen und Herren, die für eine Besprechung der Erklärung des Herrn Bürgermeisters sind, die Hand zu er-

heben. — Ich danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Besprechung der Erklärung wird vor Schluß der Sitzung des Gemeinderates stattfinden.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 der Tagesordnung. Das ist die Wahl von drei Stadträten. Die Herren amtsführenden Stadträte Hans Böck, Kurt Heller und Hubert Pfoch haben ihre Stadtratsmandate mit Beginn dieser Gemeinderatssitzung zurückgelegt. Auf Grund dieser Mandatszurücklegungen hat die Sozialistische Partei Österreichs Herrn Abgeordneten zum Nationalrat a. D. Johann Hatzl, Herrn Bezirksvorsteher a. D. Josef Veleta und Herrn Professor Dr. Helmut Zilk für die nun vorzunehmende Wahl von Stadträten vorgeschlagen.

Bevor wir über diesen Wahlvorschlag abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden, wobei ich der Einfachheit halber vorschlage, bereits jetzt auch über die Art der Abstimmung bei der Wahl der amtsführenden Stadträte zu beschließen.

Gemäß § 26 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Ich schlage vor, beide auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung vorgesehenen Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den bereits bekanntgegebenen Vorschlag für die Wahl der Stadträte. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die Herrn Abgeordneten zum Nationalrat a. D. Johann Hatzl, Herrn Bezirksvorsteher a. D. Josef Veleta und Herrn Professor Dr. Helmut Zilk zu Stadträten wählen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich habe nun an die soeben gewählten Herren Stadträte die Frage zu richten, ob sie die Wahl in den Stadtsenat annehmen.

Ich bitte daher die neugewählten Stadträte, nach Aufruf, den ich in alphabetischer Reihenfolge vornehmen werde, mit Ja oder mit Nein zu antworten.

Herr Stadtrat Hatzl?

Stadtrat Hatzl: Ja!

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat Veleta?

Stadtrat Veleta: Ja!

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat Professor Dr. Zilk?

Stadtrat Professor Dr. Zilk: Ja!

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke.

§ 35 der Wiener Stadtverfassung bestimmt, daß die Stadträte vor dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis im Sinne des § 32 der Wiener Stadtverfassung abzulegen haben.

Ich bitte daher den Schriftführer, Herrn GR. Rosenberger, die Gelöbnisformel zu verlesen, und an die Stadträte richte ich die Bitte, nach der Verlesung der Formel auf meinen Aufruf das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel. (Die Anwesenden erheben sich.)

Schriftführer GR. Rosenberger: „Ich gelobe, daß ich die Gesetze getreulich beobachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat Hatzl.

Stadtrat Hatzl: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat Veleta.

Stadtrat Veleta: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat Professor Dr. Zilk.

Stadtrat Professor Dr. Zilk: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Das Gelöbnis ist geleistet. (Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Ich darf den neugewählten Stadträten von dieser Stelle aus die besten Glückwünsche entbieten und ihnen viel Erfolg für die Bewältigung der Aufgaben wünschen, die vor ihnen liegen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wie der Herr Bürgermeister bereits erklärt hat, wurde in den letzten Wochen ein Entwurf für eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit zehn Geschäfts- beziehungsweise Verwaltungsgruppen ausgearbeitet. Die Voraussetzung für die Beschlußfassung über diese Geschäftseinteilung ist die Bestimmung dieser zehn Verwaltungsgruppen durch den Gemeinderat.

Da die neue Geschäftseinteilung nach der verfassungsmäßig notwendigen Vorberatung erst in der nächsten Gemeinderatssitzung, das ist am 26. Februar, zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann, erscheint es zweckmäßig, die Bestimmung der neuen Verwaltungsgruppen gleichzeitig mit der neuen Geschäftseinteilung, und zwar mit Wirkung vom 27. Februar 1979, in Kraft treten zu lassen.

Der Vorschlag des Herrn Bürgermeisters für diese zehn Verwaltungsgruppen lautet:

Personal- und Rechtsangelegenheiten,
Finanzen und Wirtschaftspolitik,
Bildung, Jugend, Familie,
Kultur und Bürgerdienst,
Gesundheit und Soziales,
Stadtplanung,
Umwelt und Freizeit,
Wohnen und Stadterneuerung,
Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz,
Straße, Verkehr und Energie.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die mit der Bestimmung dieser zehn Verwal-

tungsgruppen mit Wirksamkeit vom 27. Februar 1979 einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für die Erledigung des nächsten Tagesordnungspunktes, das ist die unter der Postnummer 3 vorgesehene Wahl der amtsführenden Stadträte, ist eine Sitzung des Stadtsenates erforderlich.

Der Herr Bürgermeister hat mich ersucht, in seinem Namen an die Mitglieder des Stadtsenates die Einladung zu richten, sich im Beratungszimmer I zu einer Sitzung des Stadtsenates zu versammeln.

Ich unterbreche die Sitzung des Gemeinderates, bitte aber im Saal zu verbleiben. (Unterbrechung der Sitzung um 11.40 Uhr und Wiederaufnahme um 11.47 Uhr.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wieder auf, und ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Der Stadtsenat hat in seiner soeben abgehaltenen Sitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, ebenfalls mit Wirksamkeit vom 27. Februar 1979 dem Gemeinderat die Wahl folgender amtsführender Stadträte vorzuschlagen:

Für die Verwaltungsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten Herrn Stadtrat Franz Nekula,

für die Verwaltungsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik Herrn Stadtrat Hans Mayr,

für die Verwaltungsgruppe Bildung, Jugend, Familie Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner,

für die Verwaltungsgruppe Kultur und Bürgerdienst Herrn Stadtrat Professor Dr. Helmut Zilk,

für die Verwaltungsgruppe Gesundheit und Soziales Herrn Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher,

für die Verwaltungsgruppe Stadtplanung Herrn Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer,

für die Verwaltungsgruppe Umwelt und Freizeit Herrn Stadtrat Peter Schieder,

für die Verwaltungsgruppe Wohnen und Stadterneuerung Herrn Stadtrat Johann Hatzl,

für die Verwaltungsgruppe Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz Herrn Stadtrat Josef Veleta,

für die Verwaltungsgruppe Straße, Verkehr und Energie Herrn Stadtrat Heinz Nittel.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag des Stadtsenates für die Wahl der amtsführenden Stadträte zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen. Somit sind die amtsführenden Stadträte mit Wirksamkeit vom 27. Februar 1979 gewählt, und ich darf auch ihnen die herzlichsten Glückwünsche entbieten. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kommen nun zur Besprechung der Erklärung des Herrn Bürgermeisters. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. **Hirnschall**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates im November Kritik daran geübt, daß die Wiener SPÖ die nach den Wahlen fälligen Personal- und Sachentscheidungen bis Februar vertagt und sich stattdessen eine dreimonatige Denkpause verordnet hat. Wir sind an sich nicht dagegen, daß Grundsatzfragen gründlich überlegt und ausdiskutiert werden, nur waren wir halt der Auffassung, daß eine Partei, die die Führungsposition innehat, eigentlich mit klaren personellen und sachlichen Vorstellungen in eine Wahlentscheidung hineingehen müßte. Wenn man sich darüber erst nach der Wahl monatelang den Kopf zerbrechen muß, bedeutet das zusätzlich verlorene Zeit.

Der Herr Bürgermeister hat vor allem am Landesparteitag am 1. Februar in der Stadthalle vehement bestritten, daß dieser Stadtsenat seit November in seiner Arbeit blockiert gewesen sei, und er hat dann eine Reihe von Beispielen angeführt, was diese Stadtverwaltung in der Zeit seit November alles geleistet habe. Er hat das in der Stadthalle getan, und er hat es auch heute wieder getan. Allerdings, muß ich sagen, war die Liste, die er damals in der Stadthalle aufgezählt hat, etwas länger. Er hat also einige Stellen gekürzt. Es ist auffallend, was er gekürzt hat. Er hat unter anderem damals am 1. Februar berichtet, daß im Spätherbst eine Großaktion des Magistrats zur Verbesserung des Brandschutzes in den Kaufhäusern erfolgt und erfolgreich abgeschlossen worden sei. Das ist am 1. Februar in der Stadthalle verkündet worden. Nun, seither wissen wir es besser, und ich hoffe, daß die anderen Punkte, die der Herr Bürgermeister erwähnt hat, von diesem Stadtsenat wirkungsvoller erledigt worden sind.

Nun liegen also die Ergebnisse der innerparteilichen Auseinandersetzungen erstmals einem offiziellen Gremium der betroffenen Stadt zur Beurteilung vor. Wir möchten auf die Personalvorschläge, über die vorhin abgestimmt wurde, bewußt nicht näher eingehen. Wir wollen niemandem von vornherein die Qualifikation absprechen, bevor er Gelegenheit gehabt hat, zu zeigen, daß er befähigt und vor allem auch gewillt ist, positive Arbeit für Wien zu leisten. In diesem Punkt sind wir vielleicht sogar etwas nobler als Ihr eigener Parteitag in der Wiener Stadthalle.

Diese Haltung steht durchaus nicht in Widerspruch zu unserem Abstimmungsverhalten vorhin, das die logische Konsequenz der parlamentarischen Funktion ist, die wir in diesem Hause als Oppositionspartei auszuüben haben.

Eine Feststellung zur Personalpolitik der Mehrheit muß man dessen ungeachtet heute aber schon aussprechen. Was Sie in den letzten Monaten mit der Funktion des ersten Landtagspräsidenten von Wien für ein Spiel getrieben haben, ist beispiellos in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus. Zuerst zwingen Sie gegen den Widerstand der Oppositionsparteien und der breiten öffentlichen Meinung diesem Landtag einen Präsidenten auf, den außerhalb seiner Partei niemand will und

den dann offensichtlich auch die eigene Partei nicht mehr will. Nicht einmal drei Monate später führen Sie eine politische Degradierung dieses Funktionärs durch, wobei Sie als Trostpflaster den Job eines Flughafendirektors sozusagen als Parteilehen vergeben. Das ist ein Stil, der dem Ansehen und der Funktion eines Landtagspräsidenten als oberstem Repräsentanten der Volksvertretung, aber auch dem Ansehen Wiens in ganz Österreich ungemein geschadet hat. Wenn derartige grobe Mißgriffe passieren können, dann wäre es fast ein Wunder, wenn die anderen getroffenen Entscheidungen wohl durchdacht wären.

Im Zusammenhang mit der Umbildung des Stadtsenates stellt sich auch eine prinzipielle Frage an den Herrn Bürgermeister, die ich schon in der letzten Gemeinderatssitzung aufgeworfen, auf die ich damals aber keine Antwort bekommen habe. Vielleicht ist es möglich, daß man dem Herrn Bürgermeister diese Frage neuerlich unterbreitet und daß es im Laufe dieser Diskussion noch zu einer Klärung kommt.

Nachdem es schon eine ganze Reihe von Äußerungen von Bürgermeister Gratz und auch Finanzstadtrat Mayr in bezug auf eine große Koalition in Wien gegeben hat, hat vorige Woche wieder ein ausführliches „Presse“-Interview mit dem Herrn Bürgermeister stattgefunden, das der Redakteur Paul Yvon mit den Worten zusammengefaßt hat: Gratz für Mitarbeit der ÖVP, Entscheidung erst nach der Wahl — wobei natürlich der 6. Mai gemeint war. Ich glaube nicht, daß sich der Herr Yvon verhöhrt oder geirrt hat, weil es ja, wie gesagt, mittlerweile eine ganze Serie derartiger Koalitionsanspielungen des Herrn Bürgermeisters Gratz gibt.

Für den Gemeinderat ist aber diese Frage deshalb interessant, weil wir ja heute doch wissen wollen, ob das nun der Stadtsenat ist, mit dem Bürgermeister Gratz in den nächsten Jahren wirklich arbeiten will, oder ob wir weiterhin einen Stadtsenat auf Abruf haben und womöglich in drei Monaten die nächste Umbildung, wieder verbunden mit einer neuen Geschäftseinteilung, erleben können. Diese Klarstellung ist nach der Serie mißverständlicher „Presse“-Interviews von Bürgermeister Gratz, die es immerhin gegeben hat — erst am Donnerstag voriger Woche das letzte —, meiner Meinung nach heute endlich einmal zutreffend.

Nun zu den Sachproblemen, zu den Aussagen und zu den wenigen Lösungsvorschlägen, die geboten worden sind. Vieles von dem, wozu sich die Wiener SPÖ durchgerungen hat, mögen für sie wirklich neue Erkenntnisse sein, meist handelt es sich aber doch um Überlegungen, die von uns in den letzten Jahren in diesem Haus schon wiederholt zur Diskussion gestellt worden sind. So zum Beispiel, wenn jetzt gefordert wird, statt der Großinvestitionen — wir haben oft in unseren Diskussionsbeiträgen von Prestigebauten gesprochen — lieber ein Großprogramm der kleinen Dinge, wie es geheißen hat, die die Menschen echt berühren, zu verwirklichen. Oder plötzlich die liberale Forderung nach Selbstbetätigung, Selbstvorsorge und

Selbstentscheidung des Bürgers statt seiner totalen Administrierung, die man bisher angeboten hat; nun werden plötzlich diese liberalen Forderungen auch von Ihrer Seite unterstrichen.

Dann die Übertragung überschaubarer Kompetenzen an die Bezirke und die Dezentralisierung der Verwaltung. Das sind doch Vorschläge, die seit vielen Jahren hier im Haus immer wieder zur Diskussion gestellt und von der Mehrheit immer wieder abgeblockt worden sind. Trotzdem freut es uns, wenn nun mit diesen Dingen ernstgemacht wird, und ich möchte sagen, daß wir die Idee, in den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt im nächsten Jahr einen konkreten Versuch zu unternehmen, daß wir diese Idee einer Übertragung größerer Kompetenzen auf die Bezirke voll und ganz unterstützen werden, diesen Probelauf gewissermaßen, der in den Bezirken jenseits der Donau ab 1. Jänner 1980 stattfinden soll. Trotzdem werden aber auch die anderen 21 Bezirke, die es gibt, möglichst rasch jene Mitsprachemöglichkeiten bekommen müssen, die den Ankündigungen bei der letzten Verfassungsnovelle entsprechen.

Meine Damen und Herren! In der letzten Fernscheidungsdiskussion vor den Wiener Gemeinderatswahlen habe ich die Frage gestellt, warum eigentlich der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien im Gegensatz zu anderen Spitzenfunktionären dieser Republik, angefangen mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler, aber auch den Landeshauptleuten in den Ländern, keine allgemeinen Sprechstunden im Wiener Rathaus abhält.

Der Herr Bürgermeister hat damals in dieser Diskussion — wie gesagt vor knappen vier Monaten — zum Ausdruck gebracht, daß das doch eine ziemlich naive Vorstellung von mir sei, daß sich das in einer Großstadt wie Wien technisch überhaupt nicht abwickeln läßt und daß es deshalb wesentlich vernünftiger ist, mit den Bürgern brieflich zu verkehren, wie er damals gesagt hat. Er hat es dann noch näher erläutert und hat es wörtlich damit begründet, daß er ja Briefe schließlich und endlich auch um 2 Uhr nachts lesen könne, Sprechstunden um diese Zeit allerdings schwerlich abhalten könnte.

Vorgestern habe ich nun eine Aussendung der „Rathaus-Korrespondenz“ vom Wochenende auf den Tisch bekommen, in der mitgeteilt wird, daß Bürgermeister Gratz künftig in allen 23 Bezirksvorstellungen regelmäßig Sprechstunden abhalten wird.

Nun, ich muß sagen: Diese Strapaze, die dem Herrn Bürgermeister jetzt offensichtlich von seiner Parteiorganisation auferlegt worden ist als Ergebnis der dreimonatigen Diskussion (GR. Gawlik: Nein!), wollte ich dem Herrn Bürgermeister eigentlich gar nicht zumuten. Uns hätte es genügt, wenn das rechtzeitig passiert wäre, was es fünf Jahre nicht gegeben hat, was man fünf Jahre lang als undurchführbar bezeichnet hat, nämlich einmal in der Woche eine Sprechstunde in diesem Haus durchzuführen, wie das andere Spitzenfunktionäre ja auch tun. (GR. Pfoch: Reine Propagandamasche!) Von Ihnen jetzt!

Weshalb wir so mißtrauisch sind, daß im Zuge dieser Reformdiskussion der Wiener SPÖ tatsächlich ein echtes Umdenken begonnen hat, dafür gibt es einige konkrete Anlässe gerade aus den allerletzten Tagen.

Wir haben schon oft hier im Haus die Verpolitisierung des Schulwesens, die Auswüchse des Schulproporz in Wien aufgezeigt, die Unmöglichkeit für einen Lehrer, der kein SPÖ- und kein ÖVP-Parteibuch besitzt, auch wenn er noch so qualifiziert ist, beruflich in dieser Stadt vorwärtszukommen.

Ich selbst habe den Herrn Bürgermeister, der ja auch Präsident des Stadtschulrates ist, bei allen denkbaren Gelegenheiten schon mit diesem Unrecht konfrontiert — ohne jeden Erfolg, wie wir registrieren müssen.

Der Herr Bürgermeister hat vorhin einen sehr schönen Satz gesagt. Er hat nämlich gesagt, auf Zwischenrufe hin: Wenn eine Wahrheit nicht zur Kenntnis genommen wird, muß man diese Wahrheit immer und immer wieder wiederholen. Das möchte ich jetzt bei dieser Gelegenheit auch für mich in Anspruch nehmen. (GR. Gawlik: Wenn es eine Wahrheit ist!)

Mittlerweile hat nämlich diese Unduldsamkeit und der Gesinnungsdruck auf die kleinen Minderheiten im Schulbereich weiter zugenommen. Wir sehen das im Stadtschulrat selbst, wo die SPÖ-ÖVP-Koalition, die dort besteht, die Opposition von jeder Mitwirkung ausgeschaltet hat. In den Sektionen und Untersektionen des Stadtschulrates gibt es keine Opposition mehr.

Der politische Druck hat aber auch an den Schulen selbst, an den Arbeitsplätzen der Lehrer zugenommen. Vor wenigen Tagen haben zahlreiche Direktoren von Wiener Pflichtschulen, Leiterinnen von Wiener Kindergärten begonnen, Fragebögen auszuteilen, in denen neben den persönlichen und beruflichen Daten von den Lehrern und Kindergärtnerinnen verlangt wird, anzugeben, welcher politischen Partei sie seit wann angehören und welche Funktion sie dort bekleiden.

Diese Formulare, die in Form von Karteikarten erstellt sind, die in Faksimile ja auch schon in Zeitungen abgedruckt worden sind und daher nicht bestritten werden können, diese Formulare waren binnen drei Tagen ausgefüllt den Direktoren und Leitern der Kindergärten abzuliefern.

Man kann sich vorstellen, unter welchem Druck sich eine junge Kindergärtnerin, ein junger Lehrer befindet, wenn er keiner der großen Parteien angehört, wenn er sich vielleicht sogar in Österreich den Luxus leistet, keiner politischen Partei zuzugehören und trotzdem existieren will und dieser Lehrer nunmehr in drei Tagen gezwungen ist, einen derartigen Fragebogen ausgefüllt seinem Chef zu überreichen. (GR. Gawlik: Das stimmt nicht!) Ich komme gleich darauf zurück. Die Auseinandersetzung ist ja noch nicht beendet. Sie geht ja letzten Endes auch noch in der Fragestunde des heutigen Landtages weiter. (GR. Mayrhofer: Da werden Sie die Antwort bekommen!)

Der Herr Magistratsdirektor hat dazu mitgeteilt, daß seine Dienststelle diese Aktion nicht veranlaßt hätte. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat ebenfalls erklärt, diese Gesinnungskartei nicht veranlaßt zu haben.

Geschwiegen hat bisher, und zwar seit mehr als einer Woche, der Präsident des Wiener Stadtschulrates, übrigens genauso wie sein Vizepräsident. Für sie müßte es doch ziemlich einfach sein, diesen politischen Skandal aufzuklären. Sie brauchten ja nur einen Direktor zu fragen, der diese Fragebögen, der diese Karteikarten ausgefüllt hat. (GR. Erika Krenn: In welcher Schule war das?) In der Gesamtschule Liesing! Es war ja auch abgedruckt in einigen Tageszeitungen! (GR. Erika Krenn: In den Tageszeitungen! Das ist doch keine Tatsache!) Sie brauchten ja nur zu fragen, wo diese Karteikarten abzuliefern waren, welchen Weg sie in weiterer Folge genommen haben.

Frau Kollegin! Mittlerweile sind die Karteikarten, wie gesagt, in Faksimile im „Kurier“ erschienen. Es ist im „Kurier“ zusätzlich erklärt worden (GR. Erika Krenn: Im „Kurier“!), in welchen Schulen diese Karteikarten ausgegeben worden sind. Es haben zahllose Lehrer bei der Tageszeitung „Kurier“ und auch bei uns angerufen und bestätigt, daß es diesen Vorgang gibt. Das können Sie doch jetzt nicht so einfach bestreiten, daß das stattgefunden hat! (GR. Erika Krenn: Ja, das kann ich!) Daß es Ihnen peinlich ist, das billige ich Ihnen zu. (GR. Erika Krenn: Peinlich nicht!) Aber stattgefunden hat dieser Skandal. (GR. Erika Krenn: Eben nicht!) — GR. Dkfm. Bauer: Ich habe sie selber in der Hand gehalten!)

Meine Damen und Herren! In der Diskussion der Wiener SPÖ ist immer wieder betont worden, daß ein Unbehagen besteht, weil man das Gefühl hat, daß die Entscheidungen im Rathaus nicht aus dem politischen Willen der Partei entstehen — so heißt es wörtlich in der Rede des Herrn Bürgermeisters in der Stadthalle —, es bestehe ein Unbehagen, weil hier im Haus Entscheidungen gefällt werden, die nicht aus dem politischen Willen der Partei erfließen gewissermaßen bzw. nicht von diesem politischen Willen beeinflusbar wären.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ich glaube, Sie sind hier gewaltig auf dem Holzweg! Das Unbehagen der Wiener Bevölkerung besteht eher darin, daß sie das Gefühl haben muß, daß die Partei allgegenwärtig ist — siehe Karteikarten der Kindergärtnerinnen und der Pflichtschullehrer — und daß es immer weniger Luft in dieser Stadt gibt, frei zu atmen. (GR. Gawlik: Aber bitte! Jetzt vergreifen Sie sich im Stil!)

In dem heute schon zitierten „Presse“-Interview vom 8. Februar hat der Herr Bürgermeister darauf verwiesen — er hat sehr stolz darauf verwiesen —, daß es ihm in fünf Jahren immerhin möglich gewesen sei, fast alle alten Stadträte auszutauschen. Das konnte man vorige Woche in der „Presse“ lesen. Er hat gesagt: Das ist doch eine gewaltige Leistung. Ihm sei es gelungen, in fünf Jahren nahezu zu alle alten Stadträte auszutauschen.

Nun, tatsächlich gibt es heute nur mehr zwei Stadträte aus der Zeit der Slavik-Administration.

Was nützt uns aber bitte ein derartiger Personalwechsel, wenn die alten Praktiken beibehalten und, wie wir im Schulbereich sehen, sogar noch perfektioniert werden. Trotz Stadtsenatsumbildung, trotz neuer Geschäftseinteilung, über die heute noch von einem Redner unserer Fraktion zu sprechen sein wird: Den entscheidenden Beweis, daß sich für den einzelnen Bürger dieser Stadt ein erkennbarer Wandel zum Besseren vollzogen hat, sind Sie uns noch schuldig geblieben.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner gelangt Herr Stadtrat Dr. Mauthe zum Wort. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Dr. Mauthe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Gemeinderäte! Es ist, wenn Sie mir diese feuilletonistische Bemerkung am Anfang meiner Rede gestatten, ein angenehmes Gefühl, hier nicht länger als Neo-Stadtrat stehen zu müssen. Trotzdem halte ich heute sozusagen meine Jungferrede. Ich bitte Sie um Erlaubnis, diese Gelegenheit wahrnehmen zu dürfen — was ich in Zukunft sicherlich nicht mehr machen werde —, an den Anfang und an das Ende dieser Rede einige persönliche und vielleicht subjektiv klingende Bemerkungen zu stellen. Ich habe dazu vielleicht auch insofern ein gewisses Recht, als mein Erscheinen hier im Gemeinderat vor Weihnachten drei oder vier sozialistische Mandatare dazu veranlaßt hat, einiges aus meinen früheren Werken vorzulesen. Herr Gemeinderat Schultz hat sogar ganze Glossen vorgetragen. Was der Zweck dieser Dichterlesung gewesen sein mag, weiß ich nicht recht. Vermutlich erhoffte man sich, daß ich in der Konfrontation mit meinen früheren Schandtaten erbleichen, schlotternd in die Knie sinken und ein „Ha, ich bin durchschaut!“ rufen würde.

Es tut mir leid, wenn ich dazu keinen Anlaß sehe, sondern daß ich mich eher herzlich darüber gefreut habe. Ein Journalist hat es eben gerne, wenn seine Werke unter die Leute kommen. Bis jetzt ist es mir — auch das muß ich dazu sagen — durchaus gelungen, meine Identität zwischen dem früheren Journalisten und dem jetzigen Mandatar zu wahren. Nach wie vor finde ich, daß am Karlsplatz eine einmalige städtebauliche Chance verpfuscht und vertan wurde, und die provinzielle Grabengestaltung gefällt mir heute um keinen Deut besser als vor einem Jahr. Mich wundert es nicht, daß diese und ähnliche Leistungen Besucher aus dem Westen etwa dazu verlocken könnten, Wien als eine gealterte Kokotte zu betrachten, in einer Art erschrockener Bewunderung, oder daß sich im Ausland der Wiener etwa darstellt als ein mit Lustmorden, mit philosophischen Heurigenpartien und mit einer Nostalgiewelle völlig ausgelasteter Mensch.

Diese Zitate, bitte, finden sich in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. und 8. Februar. Allerdings stammen sie nicht aus der ersten Seite, dort, wo Weihrauch spendiert wird, sondern aus den hinteren Seiten, dort, wo manchmal noch gegen den Scheuch gelockt wird.

Ich kann getrost von mir behaupten, daß ich als Journalist für Wien mehr getan habe als viele Fremdenverkehrsprospekte. Ich kann ebenso getrost von mir behaupten, daß man, wenn ich kritisiert habe, und zwar sehr oft sehr hart kritisiert habe, doch die Liebe zu Wien aus meinen Worten herausgespürt haben mag. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte mich aber für jene Lesung aus meinen Werken revanchieren, indem ich mit den Mitteln der Sprache und der Sprachkritik einige wichtige Aussagen unter die Lupe nehme, die in letzter Zeit seitens der SPÖ laut wurden. Der alte Satz: An ihren Worten sollt ihr sie erkennen!, hat ja niemals etwas von seiner Gültigkeit verloren. Er ist Grundlage auch der modernsten Semantik und Sprachpsychologie. Nur nebenbei streife ich so schöne Wörter wie „die Denkpause“, die zwei oder drei Monate gewährt hat (GR. Dkfm. Bauer: Vier!), wie auch die Phrase, in der Sie Kritik ernst zu nehmen versprochen haben. Die hat, wie es bei uns in Bagdad so üblich ist, kürzer gedauert und ist dann, als in Ihren Reihen unerwartet laut gedacht und kritisiert worden ist, in eine Diskussionsphase übergegangen, die ihrerseits wieder in eine — wie Sie wörtlich sagten — ungeheure Aufbruchsstimmung gemündet ist. Einige Ihrer Parteigänger sind dann auch wirklich ungeheuer aufgebrochen und vorzeitig abgegangen, wie man so hört.

Das alles reizt den alten Glossisten in mir enorm, zugestanden, aber ich möchte doch etwas tiefer gehen. Ich zitiere zu diesem Behuf zunächst einige außerordentliche Sätze aus der außerordentlichen Rede, die Sie, Herr Bürgermeister, bei Ihrem außerordentlichen Landesparteitag am 1. Februar gehalten haben.

Zitat: „Die Volkspartei hat seit Wochen mit allen Anzeichen des Entsetzens über unser Nachdenken geredet. Für diese Herrschaften muß Nachdenken anscheinend etwas ganz Furchtbares sein.“

Ich darf mir die Bemerkung erlauben, daß das kein guter Stil ist, und stimmen tut es, bitte, auch nicht. Nachdenken ist für uns keineswegs etwas Furchtbares. Ganz im Gegenteil, wir tun uns keineswegs schwer damit. Auf jeden Fall leichter als Sie, was ich mit einem zweiten Zitat aus derselben Rede belegen kann.

Zitat: „Es ist Tatsache“, — sagten Sie — „daß sich SPÖ-Mitarbeiter und SPÖ-Mitglieder zum Teil sogar anstelle ihrer Feiertagsruhe zusammengesetzt und nachgedacht haben.“

Teilweise, sogar, teilweise sogar nachgedacht, teilweise sogar an Feiertagen. Man bedenke! Karl Kraus hätte seine Freude gehabt an diesem Satz. Bei dieser Teilweise- und Sogartätigkeit hat, wie Sie sagten — wiederum zitiert —, „die Wiener SPÖ in zwei Monaten mehr an Gedanken und Ideen produziert als die Konservativen in einem Jahrzehnt.“ Hier allerdings stellen sich, bei mir wenigstens, wenn ich über diese Sätze nachdenke, doch gewisse Anzeichen des Entsetzens ein.

Wenn man sich in Ihren Katalogen so anschaut, was teilweise und vielleicht teilweise sogar an Feiertagen nachgedacht und produziert wurde, so

finden sich da gewiß sehr vernünftige Dinge. Mein Vorredner hat ja schon einige aufgezählt. Ich füge andere an: die verlängerte Führung der Linie O, die Verlängerung der Linie 67, die plötzliche Wiederbelebung der Vorortlinie, die Überlegung, Wahlen auch an Wochentagen durchzuführen, ferner der Ruf nach Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die Wiedereinführung der Fürsorgeräte.

Ein bunter Strauß, durchaus schön anzusehen, der aber leider den Fehler hat, daß seine Blumen zumeist auf anderem Mist als dem Ihren gewachsen sind. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ. — Vizebürgermeister Dr. Busek: Es war vom anderen Mist die Rede, nicht von Ihrem, Herr Bürgermeister!) Es war von anderem Mist die Rede, Herr Bürgermeister. So war es nicht gemeint.

Die Dezentralisierung der Rathausbürokratie, die Aufwertung der Bezirksvertretungen, das sind Forderungen, die seit Jahrzehnten von jener Seite erhoben wurden, die Sie neustens als konservativ anzusprechen beliebten. Ich komme darauf noch einmal zurück. Der Watschenmann, der ich einmal gewesen bin, darf sich sogar das Federl auf den Hut stecken, diesbezüglich — das ist nachweisbar, bitte — der erste gewesen zu sein.

Ich erinnere mich auch gut an die Arroganz, mit der Sie die Vorschläge unseres Klubobmannes Hahn zurückgewiesen haben, als er die schrittweise Anpassung der Mieten an den echten Wohnwert und die Bereitstellung vermehrter Mittel zur Altbau-sanierung verlangte. Jetzt stecken die gleichen Forderungen in Ihrem Nachdenkbüchle neben vielen, vielen anderen, die in den Gärten der Nachbarn gewachsen sind. Ob die Wiener Bürger mehrheitlich davon überzeugt sind, daß die SPÖ zügig und konsequent aus ihren Fehlern lernt, das wird sich ja zeigen, nicht nur bei den nächsten Nationalratswahlen, aber auch dann.

Daß Sie das mit ungeheurer Aufbruchstimmung, mit unglaublichem Stolz erfüllt, sind große und starke Worte. Aber die Rede hat ja überhaupt von Superlativen wie große Aufgabe, mit großer Kraft usw. gewimmelt. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Keine Superlative!) Nun ja, sagen wir halt, das sind schon sehr starke und bedeutende Worte. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Das sind keine Superlative!) Herr Stadtrat Nittel, einverstanden: Das sind keine Superlative, aber es sind starke Worte, das geben Sie mir doch zu. Mit ganzem Einsatz, mit ganzem Schwung, ungeheure Leistungen — das ist aber schon ein Superlativ. (GR. Wiesinger: Leider keiner!) Gut, einverstanden. Ich beuge mich dem Lehrer. Mein Deutschprofessor hat mir solche Vokabeln aus den Deutschsaufträgen herausgestrichen, Kollege Wiesinger. (Beifall bei der ÖVP.) Und neben den ungeheuren Leistungen wieder die ungeheure Aufbruchstimmung. Ich erspare mir eine Untersuchung dieses Sprachmaterials, obwohl dies vermutlich interessante Ergebnisse brächte. Jeder Psychologe, aber auch der gesunde Hausverstand, sagt einem, daß solche Übertriebenheiten, solche Radikalismen, nicht nur Aggressivität verraten, sondern auch Labilität, Unsicherheit, vielleicht sogar verborgene Ängstlichkeit.

Mit zwei anderen Aussagen allerdings möchte ich mich doch noch eingehender beschäftigen, schon um den Nachweis zu erbringen, daß wir, wenn auch gelegentlich mit Anzeichen des Entsetzens, über das nachdenken, was Sie da so zu bieten haben. (GR. Edlinger: Wer ist „Wir“, ist das die „Kurier“-Redaktion?) „Wir“ bezieht sich auf die, die in den Reihen der ÖVP sitzen. (GR. Gertrude Härtel: Wenn Sie „Wir“ sagen, dann meinen Sie ja auch nicht die „Arbeiter-Zeitung“! — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Herr Edlinger, bei uns ist es anders als in Ihrer Partei, in der es sich ein Stadtrat, noch dazu einer, den wir ja eigentlich sehr schätzen und respektieren, leisten kann, öffentlich zu erklären: „Was der Gegner sagt, ist mir Wurscht.“ Uns ist keineswegs Wurscht, was unsere Gegner sagen und auch nicht, wie sie es sagen. Ich glaube, es gehört zu einer gesunden Auffassung von Demokratie, daß man auch den Gegner ernst nimmt. (GR. Edlinger: Das ist manchmal sehr schwer!) Es ist manchmal sehr schwer, das gebe ich Ihnen schon zu. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Der erste Satz, den ich hier zitieren möchte — er stammt auch aus jener Rede —, besagt, daß „die Wiener SPÖ eine Schlagkraft entwickeln wird, vor der der ÖVP noch Hören und Sehen vergehen wird“. Der andere lautet: „Denn leider geht es den Konservativen weniger um die Menschen und um deren Schicksal, sondern vielmehr um Wählerfang.“ Ich nehme an, daß das vermutlich als Unterschied zu den Sozialisten gemeint ist, die auf Wählerstimmen neustens ein bisserl weniger Wert legen. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.) Ganz ernstlich ist zu sagen, daß heutzutage ein Politiker einen solchen Satz eigentlich doch nicht formulieren sollte.

Schlagkraft! Eine Schlagkraft, vor der anderen noch das Hören und Sehen vergehen wird. Ich muß gestehen, daß mir persönlich angesichts dieser Wortwahl zwar nicht das Hören und Sehen vergangen ist, daß ich aber meinen Augen und Ohren doch nicht ganz getraut habe. So spricht im Jahre 1979 ein Parteiobmann, der immer auch noch Bürgermeister einer europäischen Stadt ist. Er spricht von Schlagkraft, von Hören und Sehen vergehen ... (GR. Edlinger: Ich kenne eine Menge Zitate Ihres Parteiobmannes! Na, habe die Ehre! — Zwischenruf des GR. Wiesinger.) Ich stelle Ihnen meine Archive gerne zur Verfügung, Herr GR. Wiesinger. (GR. Wiesinger: Ich habe auch einiges gesammelt!) Das glaube ich schon.

Nun, als einer, der im Wahl- und Werbeteam der Wiener Volkspartei sitzt, sollte mir dies alles, diese Aggressivität, diese Großzügigkeit in der An- und Entwendung fremden Ideengutes, auch diese radikale Lautsprecherei und diese Geringschätzung des Gegners nur recht sein. Nichts kann einer Oppositionsfraktion lieber sein als von ihrem Gegner unterschätzt zu werden: Unterschätzen Sie uns also ruhig weiter, zumindest bis 1983. Und wenn Sie glauben, daß die Wiener Bürger, die Wähler von all dem nichts merken, von dieser Intoleranz, von dieser Radikalität, dann könnte uns das auch recht sein. Wir werden ja beide erleben, wohin das

führt. Aber als Bürger, der ich auch bin, und nicht nur auch, sondern vor allem bin, ist mir das nicht recht. Als Bürger dieser Stadt finde ich es schrecklich, wenn ein Bürgermeister, der deklariertmaßen ein „Bürgermeister aller Wiener“ sein wollte, öffentlich sagt, daß ihn — ich zitiere — „mit dem extremsten Gegenredner der letzten SPÖ-Konferenz tausend Mal mehr verbindet als mit dem freundlichsten Konservativen“. (GR. Edlinger: Das ist doch klar!) Tausendmal mehr, das ist klar? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Ihre Politik der verbrannten Erde!) Meine Politik der verbrannten Erde? Ich bitte Sie! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Sie gehören einer Partei an, Sie können diese Verantwortung nicht abstreifen! Schauen Sie sich Ihren Bergmann und Konsorten an, die stellen die Demokratie in Frage!) Herr Mayr, das ist doch absurd. (Vizebürgermeister Dr. Busek: Sie sind Stadtrat für Finanzen und nicht für Zwischenrufe! — GR. Zörner: Ich kann verstehen, daß Ihnen das gefällt, was der Bürgermeister sagt, aber der Mehrheit der Wiener gefällt es nicht! — Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Mayr: In der Schule sind wir nicht mehr, Ihre Zensuren teilen Sie zu Hause aus! — Vizebürgermeister Dr. Busek: Herr Stadtrat Mayr, bleiben Sie im Souffleurkasten!)

Ich frage Sie ernstlich: Sind die anderen, die Nichtparteibüchelbesitzer und die sogenannten Konservativen, wer immer das sein soll, die Nicht-SPÖ-Wähler — immerhin die Hälfte der Wiener insgesamt — (GR. Hahn: Mehr als die Hälfte!), keine Menschen, mit denen Sie etwas verbindet? Beginnt bei Ihnen der Mensch wirklich erst im Aggregatzustand des Funktionärs? Ich sage es noch einmal: Als Bürger erfüllt mich, wenn ich über solche Kraftworte nachdenke, Entsetzen. Das heißt nämlich wirklich, im Gegner nicht den Andersmeinenden, sondern den Andersgläubigen, ja sogar den Feind zu sehen. Das ist pure Intoleranz. Das entspricht dem Denken einer Partei, dem Bild einer Partei, die nicht echt, sondern nur mehr formell demokratisch ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. Ich habe nichts gegen eine scharfe, selbst saftige Polemik, ganz im Gegenteil: Ich hoffe, im Laufe der Zeit selbst noch Beispiele für solche liefern zu können. Ich bin ja noch nicht so routiniert. Ich finde aber, daß solche Demagogie, solche Vokabeln, das Ansehen mindern, nicht nur dessen, der sich ihrer bedient, sondern aller, die unter dem Sammelnamen „Kommunalpolitik“ zu agieren haben. Das kann doch eigentlich niemanden von uns in diesem Hause recht sein, der mit Sorge die Wahlenthaltungsziffern am 8. Oktober studiert hat.

In diesem Zusammenhang — und am Ende meiner Jungferrede — will ich noch einen sehr persönlichen, aber vielleicht lehrreichen Vergleich ziehen zwischen meiner Person und der des Neostadtrates Zilk. Daß ein solcher Vergleich möglich ist, liegt auf der Hand. Wir haben beide mancherlei gemeinsam, beide sind wir — jeder auf seine Art — liberal Denkende, gemeinsam waren wir im Fernsehen tätig — ehe jener, wie heißt er doch?, daher kam —: er als Fernsehregisseur, ich als

Programplaner. Gemeinsam haben wir damals — er wird es mir sicher gerne bestätigen — ein Programm gemacht, das selbst unseren reichlich hochnäsigen deutschen Kollegen Respekt abgenötigt hat. (GR. Dkfm. Bauer: Da sind Sie bei der falschen Partei!) Ich komme gleich darauf zu sprechen, nur keine Angst. (GR. Dkfm. Bauer: Wir haben keinen Stadtratposten!) Nun, anstrengen und laufen, laufen! (Heiterkeit.) Gemeinsam haben wir Sendungen und Sendeformen erfunden, zum Beispiel „In eigener Sache“, die heute noch Standardsendungen im ORF sind.

Gemeinsam sind wir dann als jener — wie heißt er denn, ach ja: Oberhammer — kam, vom ORF weggegangen, er ins Klein- und ich ins Großformat, gemeinsam haben wir dort ähnliche Funktionen ausgeübt; gemeinsam sitzen wir hier. Er hat sich gefreut, als ich hier einzog, und ich stehe nicht an, hier zu sagen, ich finde, daß mit seinem Einzug hier in dieses Haus sicherlich eine interessante Qualität gewonnen wurde. Beide sind wir nicht — wie man so sagt — aus dem Apparat, sondern von draußen gekommen. Und damit endet freilich die Gemeinsamkeit.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, meinen jetzigen Freunden meinen Dank auszusprechen. Mag auch der eine oder andere skeptisch gewesen sein, so haben mich doch alle freundlich, höflich und sogar herzlich empfangen. Als ich vor dem Parteitag stand — und ich hatte nicht einmal den Bonus, 30 Jahre vorher bei einer Partei gewesen zu sein, sondern war es gerade einen Monat lang —, wurde ich nicht ausgebuht, hat keine Bezirksdelegation den Saal verlassen, wurde mir mit nicht einem Wort von irgendeinem alten Orthodoxen der Vorwurf gemacht, daß ich vielleicht meine frühere Unabhängigkeit nicht zugunsten der Partei mißbraucht hätte. Ich habe auch keinen Bundeskanzler gebraucht, der mir auf Seite 1 des Parteionganes bestätigen hätte müssen, daß ich sowieso ein anständiger Mensch sei. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Nittel: Ihr habt ja auch keinen Bundeskanzler! — Amtsführender Stadtrat Mayr: Das ist eine Kritik an Parteifunktionären, die sich 30 Jahre bemüht haben, den Staat aufzubauen!)

Ich ziehe daraus einen einzigen Schluß, und den darf ich aus eigener Erfahrung ziehen, nämlich daß die Urbanen und also auch die Liberaleren, die Liberaleren und also auch die in Wahrheit Fortschrittlicheren auf jener Seite des Hauses (auf die Seite der ÖVP hinweisend) sitzen. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Edlinger: Begeben Sie sich nicht auf das Gebiet der Ideologie! Schreiben Sie lieber Bücher!) Herr Edlinger, ich weiß nicht, ob Ihr Bildungsstand die Kenntnis des Machiavelli umfaßt. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Als ich Sie einmal gehört habe, habe ich so die Vorstellung gehabt, daß Sie sozusagen als Enkel von Machiavelli auf dessen Schoß sitzen, und er streichelt Ihnen dabei das Kopferl und sagt: Ché bravo bambino, ché bravo! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion sagen, daß wir selbstverständlich nichts dagegen hätten, wenn Frau Dagmar Koller-Zilk eine

Dozentur oder einen Auftritt im Theater an der Wien absolviert. So kleinkariert sind wir nicht. Menschenopfer verlangen wir gewiß nicht. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächste Rednerin ist Frau GR. Johanna Dohnal zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GR. Johanna Dohnal: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, daß am 8. Oktober sehr viele Menschen ihr Wahlrecht nicht ausübten, kann niemanden ungerührt lassen. Das Unbehagen, das darüber alle erfüllte, mußte registriert und durfte nicht übersehen werden.

Ich möchte aber feststellen, daß auch an diesem 8. Oktober wir in dieser Stadt eine Mehrheit bekommen haben, die es in keiner europäischen Stadt für Sozialisten gibt. Das darf trotz dieser Tatsache nicht übersehen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich meine aber, daß in dieser Sitzung des Gemeinderates heute etwas bewiesen und dokumentiert wird, das meines Erachtens viel mehr als Reden und Feiern dem Gedanken der Demokratie Rechnung trägt. Wir haben in diesen Tagen Reden gehört, und wir haben auch einem sehr bedeutenden Tag Rechnung getragen. Aber diese heutige Sitzung trägt ebenfalls dem Gedanken der Demokratie sehr stark Rechnung.

Bürgermeister Gratz und die verantwortlichen Sozialisten dieser Stadt haben sich die Entscheidung, die auf Grund dieser Situation zu treffen war, nicht leicht gemacht. Es wurde der Versuch unternommen, sehr rasch und sehr eingehend die durch die Wahlenthaltung geäußerte Kritik in den Diskussionen sichtbar zu machen und nicht sie zuzudecken und durch rasches darüber Hinweggehen ganz einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern im Gegenteil, sie erst durch diese Diskussionsphase laut werden zu lassen, zu artikulieren, in Anregungen und Vorschläge umzusetzen.

Und diese Anregungen und Vorschläge liegen nun vor und bilden gemeinsam mit dem Programm, das wir vor dem 8. Oktober vorgelegt haben, eine brauchbare Grundlage für unsere weitere Arbeit.

Meine Damen und Herren! Diese vier Monate der Diskussionsphase waren mühsam. Sie waren für uns alle sehr anstrengend, aber ich glaube, daß uns diese vier Monate, dieses Mitwirken der Wienerinnen und Wiener, die Demokratie wert sein muß. Ich kann mich nicht der Meinung des Herrn GR. Hirschnall anschließen, der sagte, das war sinnlos vergeudete Zeit.

So sehr wir die Rechte der Opposition respektieren und wahren — und niemand kann uns beweisen, daß das nicht stimmt, wie es manchmal behauptet wird —, so sehr hatten wir das Bedürfnis, alle Menschen, die zu einer Diskussion bereit waren, in diese Diskussion miteinzubeziehen, sie zu dieser Diskussion aufzufordern.

Meine Damen und Herren! Es genügt nicht; nur von Bürgernähe zu reden und auf Plakaten zu schreiben, daß irgendwer kommt. Wenn Sie es wirk-

lich ernst meinen würden, dann hätten auch Sie erkannt, daß diese Diskussionsphase notwendig war. Ich gehe sogar noch weiter. Sie hätten die Chance ergreifen können, sich in Ihrer Partei ebenso intensiv mit den Wünschen der Menschen auseinanderzusetzen, wie wir das getan haben. (GR. Hahn: Das haben wir schon vorher getan!) Ich bin überzeugt, daß Sie einiges gehört hätten. Aber nein, die ÖVP machte es sich wieder einmal leicht, sie griff an und kritisierte, ohne selbst konstruktiv zu arbeiten. Aber das sind wir ja schon gewohnt.

Sie warfen uns Handlungsunfähigkeit vor und Sie haben es heute wiederholt. Sie konnten es selbstverständlich wieder einmal nicht beweisen. Ich meine, daß es ganz einfach ein Akt der Fairneß gewesen wäre, diesen demokratischen Prozeß, der in Wien vollzogen wurde, wenigstens in Ruhe abzuwarten, wenn Sie ihn schon nicht mitmachen wollen. Nun, er lief trotz Ihrer Behinderungsversuche und ohne Ihre Hilfe ab.

Gestatten Sie mir, Ihnen eine weitere Überlegung mitzuteilen, nämlich warum ich das direkte Miteinbeziehen der Wienerinnen und Wiener in diesen demokratischen Prozeß für wichtig halte. Ich werde nämlich den Verdacht nicht los, daß es den ÖVP-Strategen, die derzeit den Ton angeben, und den verschiedenen Interessengruppen in dieser Partei und um diese Partei gar nicht so sehr um die wirklichen Probleme und Bedürfnisse der Menschen in Wien geht. Es geht ihnen vielmehr darum, diesen acht Jahren Regierung Kreisky, die unser Land so positiv verändert haben, endlich ein Ende zu setzen. Diesen Verdacht werde ich nicht los.

Wo bei dieser Strategie anzusetzen war, ist ja klar. Es mußte dort angesetzt werden, wo viel gearbeitet wird, denn dort kann man am besten kritisieren. Und es wird sich immer etwas finden, das man kritisieren kann. Das ist gar nicht anders denkbar. Man braucht dann nur all das Positive, das diese Stadt zu bieten hat, zu verschweigen, dann bleiben ein paar Punkte — mit Hilfe einiger Medien entsprechend gut aufbereitet — übrig, mit denen man das Versagen der Sozialisten insgesamt beweisen kann.

Mein Vorredner, Herr Stadtrat Mauthe, hat über seine früheren Werke gesprochen. Ich möchte daraus nicht zitieren, aber doch über sein Werk sprechen, das heute in der „Presse“ beschrieben ist. Dieses Buch heißt „Die Vielgeliebte“, im Gegensatz zu ihm, der in diesem Haus wahrscheinlich der Ungelebte der Mehrheit sein wird. Ich weiß es noch nicht, kann es mir jedoch vorstellen.

Wiens dichtender Stadtrat hat also ein Buch mit dem Titel „Die Vielgeliebte“ geschrieben, und in der „Presse“ heißt es darüber: „Mitunter gerät er allerdings auf Nebengleise, wird weitschweifig und liefert kleine, nicht immer ganz geglückte Fougillets. Aber auch zauberhafte. Und so sind sie dann auch das Schöne an diesem aus vielen, zum Teil kostbaren, Mosaiksteinen zusammengesetzten Bild. Vor allem jene Teile, die ein intaktes, sehr lebendiges Wien zeigen und zugleich wahr sind.“ Soweit die „Presse“ in ihrer Buchbeschreibung des

Herrn Jörg Mauthe. Ich danke jedenfalls für diesen wunderbaren Bericht in seinem Buch. Ich werde es gewiß lesen, ich habe es bisher noch nicht getan. Ich gehöre wahrscheinlich zu diesen Ungebildeten, auf die Herr Mauthe vorhin hingewiesen hat.

Ich kann Ihnen jedoch versprechen, daß wir alles tun werden, damit sich der vorhandene Bildungsnotstand ändern wird und die Chancengleichheit zum Durchbruch kommt. Wir werden die Schulreform auch gegen Ihren Widerstand durchsetzen. Das kann ich Ihnen heute schon sagen. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Aber das wird auf Grund der Verfassung nicht gehen! — Zwischenruf bei der ÖVP: Sie muten sich viel zu!) Vielleicht, aber wir haben alle Kinder, und wir werden Enkelkinder haben. Ich weiß, daß wir auf diese Bildung verzichten mußten. Aber meine Kinder und meine Enkelkinder werden daran teilhaben können. Das verspreche ich Ihnen.

In der Buchbeschreibung steht noch etwas: „Wohl aus einer bestimmten Angst, daß das Gefühl als Sehnsucht besser überdauert denn in der Konfrontation mit der Realität des Alltags.“ Das ist auch sehr bezeichnend: Das Gefühl, endlich die Sozialisten aus diesem Land wegzubekommen, diese Sehnsucht ist sehr stark, aber in der Konfrontation mit der Realität kann es nicht bestehen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es ganz einfach notwendig war, die Wienerinnen und Wiener in die Diskussionsphase miteinzubeziehen. Wenn nämlich die Strategie der ÖVP, die klar auf dem Tisch liegt, aufgegangen wäre, dann hätten jene triumphieren können, die sich ausgerechnet haben, daß mit dem Kampf in Wien der Kampf um Österreich gewonnen werden kann. Diese Taktik muß man aufzeigen, auch um die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Menschen zu hören und sie nicht durch die Strategie der ÖVP zu überdecken.

Die Kritik der ÖVP in den letzten Monaten und Jahren hat das Bild verzerrt. Die Kritik der Wienerinnen und Wiener aber haben wir gehört und ernst genommen. Danach werden wir in den vor uns liegenden Jahren in Wien für die Wienerinnen und Wiener arbeiten. Unser Tun und Handeln richtet sich auch in Zukunft, so wie in der Vergangenheit, meine Damen und Herren von der ÖVP, nach unseren Erkenntnissen und Grundsätzen.

Eines wollte niemand, aber schon wirklich niemand von all denen, die sich geäußert haben, die Vorschläge gemacht haben, die ihre Ansichten kundgetan haben, nämlich daß wir in unserer Politik unsere sozialdemokratischen Inhalte aufgeben oder verwässern sollen. Ganz im Gegenteil: Es kamen viele gute Vorschläge und Anregungen zu den verschiedensten Sachbereichen. Sie wurden heute schon genannt. Es kamen jedoch überhaupt keine Vorschläge, die mit den politischen Aussagen der ÖVP auch nur im entferntesten identisch gewesen wären.

So kann ich zusammenfassend sagen: Diese Diskussionen waren konstruktiv für die weitere Arbeit der Sozialisten dieser Stadt, sie waren ein

wichtiger Beitrag zur Demokratisierung des Lebens dieser Stadt, und sie waren auch eine klare Ablehnung der ÖVP-Politik. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen also in den nächsten Jahren mehr als bisher einfallen müssen. Es wird nicht genügen, nur Unmengen von Papier zu beschreiben, wie das geschieht. Herr Stadtrat Mauthe meinte, daß ihn das Entsetzen packe, wenn er etwas von uns liest. Ich frage mich, was ihn packt, wenn er alle Ihre Programme liest, wo oft schon in einem einzigen Papier Widersprüche aufscheinen. Ich weiß nicht, welchen Begriff ich dafür verwenden soll.

Es wird Ihnen also mehr einfallen müssen, als Unmengen Papier mit Forderungen vollzuschreiben, die in den meisten Fällen schon längst von uns aufgestellt, aber auch in die Tat umgesetzt wurden. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ich kann es Ihnen beweisen. Ich habe die Unterlagen bei mir. Es wird Ihnen mehr einfallen müssen, als Forderungen aufzustellen, über deren Bedeckung Sie sich geflissentlich ausschweigen, bei gleichzeitigem Jammern über zu hohe Ausgaben.

Sie glauben es mir nicht, ich kann es Ihnen aber beweisen. Was sollen zum Beispiel Forderungen, wie sie erst kürzlich wieder aufgestellt wurden, nämlich soziale Einrichtungen, die es den Menschen ermöglichen, erst sehr spät in Pflege- und Pensionistenheime gehen zu müssen, zu schaffen? Ich frage Sie, wo es außerhalb Wiens in den ÖVP-regierten Bundesländern alle diese sozialen Einrichtungen noch gibt? Was sollen denn Forderungen nach Errichtung von Heimen für Mütter und Kinder, sogenannte Zufluchtstätten? Ich frage Sie: In welchem ÖVP-Bundesland gibt es diese Zufluchtstätten außer in Wien? (GR. Hahn: Den diesbezüglichen ÖVP-Antrag hat die SPÖ zuerst abgelehnt!) Sie haben diesen Antrag an die falsche Geschäftsgruppe gerichtet. Es ist nicht meine Schuld, wenn Sie neben der Verfassung auch die Geschäftsordnung nicht kennen. In welchem ÖVP-Bundesland gibt es eine solche Zufluchtstätte?

Sie fordern oft in ein und demselben Papier Widersprüchliches. Ich kann es Ihnen beweisen. Sie fordern zum Beispiel auf der einen Seite den Abbau von öffentlichen Institutionen für die Kindererziehung, und im gleichen Papier verlangen Sie mehr Kindergärten. Lauter Widersprüche! So sehen Ihre Forderungen aus! Daher meine ich, daß Sie sich mehr werden einfallen lassen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die derzeitige Politik und Strategie der ÖVP zeigt sich ganz deutlich auf ihrem letzten Plakat zur Nationalratswahl. „Mehr tun für Wien — Mehr tun für Österreich“ steht darauf. Sehen kann man aber etwas anderes. Meinen ersten Eindruck über dieses Plakat möchte ich so darstellen: Frau im Eck und Taus weg. So sieht es nämlich aus. Ich glaube, daß bei dieser Fotografie sehr viel herausgekommen ist. Denn genauso, wie ich es eben gesagt habe, sieht es aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen für meine Ausführungen die Beweise liefern, aber ich

glaube, daß dieses Plakat mehr aussagt als alles andere. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner ist Herr Vizebürgermeister Dr. Busek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Vizebürgermeister Dr. Busek: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Sitzung des Wiener Gemeinderates befindet sich in der Situation, daß offensichtlich nach einem innerparteilichen Vorgang die Neuverkündung einer Regierungserklärung notwendig gewesen ist. Eine außerordentliche Sitzung in einer offensichtlich für Sie außerordentlichen Situation. Das Eigenartige ist nämlich, daß mehr als vier Monate nach einer Wahl der Wiener Gemeinderat vor einer zweiten Regierungserklärung des Bürgermeisters steht.

Ich habe mich bemüht, in der ersten Regierungserklärung nach jener Stelle zu suchen, wo sozusagen die zweite Regierungserklärung angekündigt ist. Das ist mir nicht gelungen. Vielleicht gelingt es den Kollegen von der Mehrheitsfraktion.

Ich habe aber den Satz gefunden — er stand gleich zu Beginn —, wo der Herr Bürgermeister sagt:

„Und daher, meine Damen und Herren, wiederhole ich: Es sind alle Voraussetzungen gegeben, für unsere Stadt Wien als lebendige Gemeinschaft optimistisch und selbstbewußt an die Arbeit zu gehen.“ Offensichtlich waren nicht alle Voraussetzungen gegeben. Sonst wäre nicht eine Neuwahl von einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates erforderlich gewesen, sonst wäre nicht eine neue Geschäftseinteilung erforderlich gewesen, und sonst wäre es nicht notwendig gewesen, daß wir hier ein zweites Mal ein Arbeitsprogramm vorgelegt bekommen haben.

Wenn schon von den Voraussetzungen die Rede war, dann muß festgestellt werden, daß auf Grund der Beobachtungen der Mehrheitsfraktion einige Mitglieder des Stadtsenates nicht die Voraussetzungen erfüllt haben. Wozu ich sagen muß: Offensichtlich Herr Stadtrat Nekula nicht bei der Lösung der Verkehrsprobleme, was wir Ihnen schon vor einiger Zeit vorausgesagt, wo Sie aber das Gegenteil behauptet haben. Jetzt glauben Sie es offensichtlich selber.

Man hat auch den Eindruck, daß Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner die Kulturpolitik nicht mehr wollte. Darum mußte jemand anderer dafür geholt werden.

Man hatte den Eindruck, daß entweder das Personal den Stadtrat Heller oder der Stadtrat Heller die Fragen des Personals nicht mehr wollte. Sonst hätte es hier keinen Wechsel geben müssen.

Der letzte „sehr starke“ Wechsel — auf den Punkt ist schon hingewiesen worden — ist der des Stadtrates Pfoch in das Präsidentenamt des Landtages. Offensichtlich hat Präsident Suttner auch als Landtagspräsident nicht entsprochen, obwohl es ohnehin im Wiener Landtag kaum Sitzungen gegeben hat, so daß man eigentlich gar nicht fest-

stellen konnte, ob er den Voraussetzungen entspricht.

Ich möchte mich an dieser Stelle namens meiner Fraktion von Herrn Stadtrat Böck verabschieden und ihm durchaus auch von unserer Seite aus eine gewisse Anerkennung zollen, weil er mit einer beachtlichen Systematik und mit einem Willen zur Ordnung in seinem Bereich ans Werk gegangen ist.

Nun könnten Sie sagen, der Dank einer Oppositionsfraktion ist ein Dank, wo sozusagen die Opposition glücklich ist, wenn sie jemanden angebracht hat und sich einer zurückzieht. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß ich bereits im Nationalrat, als Stadtrat Böck noch aktiv war, durchaus anerkannt habe, daß er vieles korrigiert hat, was seine Vorgänger unterlassen haben. Das soll auch einmal in aller Deutlichkeit festgestellt werden. Darin ist nämlich auch eine kräftige Kritik an dem verpackt, was seine Vorgänger offensichtlich nicht getan haben. Dafür sei Stadtrat Böck auch gedankt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einem zweiten Arbeitsprogramm, das nach vier Monaten in einer Legislaturperiode vom Bürgermeister offensichtlich nach innerparteilichen Diskussionen hier vorgelegt wurde. Dies, obwohl eigentlich vorher großspurig erklärt wurde — da brauche ich Ihnen die Fundstellen gar nicht zuzumitteln —, daß dieses „Programm der Wiener“ mit den Wienern diskutiert sei, daß alles abgeklärt sei, daß es das beste Programm aller Zeiten sei und alle Gesichtspunkte darin enthalten sind, die Wien braucht.

Jetzt frage ich mich, wenn Sie ein zweites Arbeitsprogramm vorlegen: Haben die Wiener etwas vergessen, oder hat die SPÖ die Wiener bei diesem Programm vergessen? Sonst wäre es nicht notwendig gewesen, daß Sie uns neuerlich einen Entwurf Ihrer Tätigkeit hier zur Kenntnis bringen.

Wenn man der Frage nachgeht, was nun eigentlich der Stellenwert dieses ersten Programms der Wiener ist, das der Herr Bürgermeister uns als Beilage zu seiner Rede am 13. November 1978 zugemittelt hat, dann brauche ich auch nur wieder diese Rede zu zitieren. Da hat der Herr Bürgermeister erklärt: „Basis der Tätigkeit der amtsführenden Stadträte wird jenes Programm sein, das die Sozialistische Partei vor den Wahlen als Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre der Bevölkerung vorgelegt hat. Dieses Arbeitsprogramm, das allen Mitgliedern des Gemeinderates in meinem Auftrag in dieser Sitzung übergeben wurde, bitte ich in diesem Sinn als Bestandteil meiner Erklärung aufzufassen.“ Man kann daraus deutlich feststellen, daß offensichtlich die Arbeitsunterlage schon nach wenigen Monaten nicht gereicht und sich daher die massive Notwendigkeit ergeben hat, ein neues Programm zu erfinden, weil eben offensichtlich die Aufklärung nicht erfolgt ist; anscheinend waren Stadträte nicht einverstanden, sonst hätten sie den Stadtsenat nicht verlassen, und was hier sonst noch an Gründen sein möge. Oder ist eine neue Version erforderlich geworden, weil es eben nicht, wie Sie in der Präambel dieses zweiten

Programms behaupten, die Zustimmung von 57,2 Prozent der Wiener erhalten hat? Es sind eben nicht 57,2 Prozent der Wiener, sondern nur derer, die am 8. Oktober zur Wahl gegangen sind, und schon gar nicht der Wahlberechtigten.

Ich möchte anerkennen, daß Sie in diesen vier Monaten, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, einiges dazugelernt und neue Gesichtspunkte hinzugefügt haben, die in der ersten Fassung nicht dagewesen sind. Ich stelle sogar mit Vergnügen fest, daß Sie aus den Vorstellungen des Programms „pro Wien“ einiges übernommen haben. Wir wollen uns aber gar nicht darüber streiten. Sie sollen die Freude haben, daß Sie es auch erfunden haben. Aber wissen Sie, was Sie eigentlich beunruhigen müßte? Daß nämlich der Herr Bürgermeister das Programm „pro Wien“, in dem diese Dinge auch stehen, als Tschapperlprogramm bezeichnet hat. Jetzt frage ich mich, meine Damen und Herren: Sind Sie jetzt auch unter die Tschapperln gegangen? Es muß Ihnen gut gefallen haben, das Tschapperlprogramm, wenn Sie sich diesen Vorstellungen anschließen! (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn meine Nachredner Schwierigkeiten mit den Fundstellen haben, wo unsere Vorstellungen in Ihr Programm Eingang gefunden haben, kann ich Ihnen sagen, daß sich im ersten Programm, das Sie hier verteilt haben, zur Dezentralisierung der Verwaltung kein Wort findet, dafür aber sehr deutlich in den Vorstellungen des Programms „pro Wien“.

Ich würde sagen: Wir sind recht glücklich darüber, daß es Organisationen der Sozialistischen Partei gegeben hat, die in den Anträgen zum Landesparteitag Ihrer Organisation faktisch eine Art Kurzfassung von „pro Wien“ verabschiedet haben. Wir sind glücklich darüber, weil die Vorstellungen offensichtlich von der sachlichen Richtigkeit her unumgänglich sind und sich diese bei Ihnen unter dem Hinweis, den Ihnen die Wähler gegeben haben, deutlich durchgesetzt haben. Das ist auch kein Fehler, denn die Demokratie ist ein Lernvorgang. Das Schreckliche ist nur: Warum ist dieser Lernvorgang bei Ihnen immer so langwierig und teuer? Die Beispiele sind inzwischen sonder Zahl. Denken Sie daran, wann wir von der Wiener Volkspartei vorgeschlagen haben, eine U-Bahn zu führen, und wann Sie endlich daraufgekommen sind, daß dieser Vorschlag aufzunehmen ist. Denken Sie daran, wann wir Ihnen vorgeschlagen haben, die Vorortelinie zu aktivieren, wie Sie es sehr lange abgelehnt haben, während Sie sich jetzt plötzlich mit diesen Programmvorstellungen schmücken. Eine Hoffnung habe ich, meine Damen und Herren von der SPÖ: Die Intervalle werden Gott sei Dank kürzer. Wir haben die Hoffnung, daß Sie sehr bald und sehr schnell auf die Dinge daraufkommen, die man in Wirklichkeit braucht. Wir werden mit den Hinweisen auch in Hinkunft ganz sicher nicht geizen! (Beifall bei der ÖVP.)

Demokratie ist — das ist bereits von der Frau Vorrednerin gesagt worden — aber auch Diskussion.

Frau GR. Dohnal — es tut mir leid, daß sie nicht da ist — hat darauf hingewiesen, daß dieses Programm „Wir arbeiten für unser Wien“ von allen Wienern diskutiert wurde. Nun lese ich die Präambel, die der Bürgermeister zunächst einmal an Journalisten verteilt hat, die die Grundlage Ihres Parteitags gewesen ist und in der er auch im Fernsehen eindrucksvoll geblättert hat. Da suche ich die Wiener. Ich lese Ihnen vor, was stattdessen dort steht: „In einer Vielzahl von Sitzungen haben die Sektionen und Bezirksorganisationen der SPÖ, die Teilorganisationen und die sozialistischen Organisationen, der Klub der sozialistischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher sowie die sozialistischen Beamten, aufbauend auf einer sorgfältigen Analyse des Ist-Zustandes, eine Fülle von konkreten Reformen und Verbesserungsvorschlägen erstattet.“ — Wo sind die Wiener? (Amtsführender Stadtrat Nekula: Sind das keine Wiener?) Ich bestreite denen nicht die Qualität als Wiener. Ich danke aber, Herr Stadtrat Nekula, daß Sie der Frau GR. Dohnal nicht zugehört haben. Sie hat nämlich gesagt, das ist mit allen Wienern diskutiert worden. Frage: Wo waren denn die anderen? Gibt es zwei Arten von Wienern? Glauben Sie, daß Sie deswegen bessere Wiener sind? Warum schließen Sie die anderen aus? Das war ja der Sinn unserer dringlichen Anfrage in der letzten Gemeinderatssitzung, den Herrn Bürgermeister einzuladen, vielleicht mit dem Gemeinderat die Frage der Geschäftseinteilung und des Programms rechtzeitig zu erörtern.

Aber wissen Sie, Herr Stadtrat Nekula — und das ist jetzt sehr ernst —, was mich mit Sorge erfüllt? Daß Sie da einige Redaktionsschwierigkeiten haben, hat man sehr deutlich an verschiedenen Fassungen gesehen. In dieser Unterlage, die offensichtlich offiziell ist, sonst wäre sie nicht der Presse übergeben worden, sonst wäre sie nicht im Fernsehen gezeigt worden, steht am Schluß der Präambel folgender Satz: „In diesem Sinn beauftragt der außerordentliche Wiener Landesparteitag den Landesparteiobmann in seiner Eigenschaft als Bürgermeister, den Magistrat zur Erfüllung folgender konkreter Maßnahmen anzuweisen.“ Wissen Sie, was mich schreckt? Daß der Wiener Gemeinderat nicht mehr vorkommt. Ist der aus Ihrem Bewußtsein ausgefallen, oder glauben Sie, weil irgendein Parteigremium etwas entscheidet, sind wir hier ein Vollzugsorgan dessen, was Sie anordnen? Blättern Sie in Ihrem Demokratiebewußtsein nach! (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Nittel: Herr Vizebürgermeister, lesen Sie einmal, was der Vizekanzler Withalm seinerzeit über die Funktion von Partei und Regierung gesagt hat!) Ich lese im Wiener Gemeinderat das, was Sie für den Wiener Gemeinderat vorschlagen. Das sind für mich jene Fundstellen, von denen ich glaube, daß sie eine Richtschnur dafür sein können, was Sie unter Demokratie verstehen. Es hat Sie aber auch der Schreck erfaßt, Herr Stadtrat Nittel, das muß man durchaus anerkennen. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Mich nicht!) Ihre Partei! Ich hoffe, daß Sie an der Abfassung nicht beteiligt waren, denn ich mute Ihnen noch immer ein anderes Demokratieverständnis zu als jenes, das in der Präambel steht.

Hier „Unsere Arbeit für Wien“, das ist das, was wir heute verteilt bekommen haben, ein bißchen anders aufgemacht, aber im wesentlichen textgleich. Nur bei einem wird man vorsichtig. Dort, wo noch gestanden ist „in seiner Eigenschaft als Landesparteiobermann ... anzuweisen“ — eine scharfe Wortwahl —, steht jetzt: „In diesem Sinne beauftragt der Wiener Bürgermeister den Magistrat, zusätzlich zur Erfüllung des Programms der Wiener folgende Maßnahmen durchzuführen.“

Hier haben wir die Kausalkette. Hier beauftragt noch der Wiener Bürgermeister, dort ist es der Landesparteitag, der den Wiener Bürgermeister beauftragt. Es kommt aber wieder nicht der Wiener Gemeinderat vor. Es wäre doch schön, wenn man wenigstens formal — es ist ja schon sehr viel von der Verfassung die Rede gewesen — auch auf diese Gesichtspunkte eingegangen wäre, daß wir dazu noch etwas sagen dürfen. Gestatten Sie also einen Änderungsvorschlag: Nehmen wir den Wiener Gemeinderat auf, denn viele der Dinge, die Sie hier vorschlagen, die Sie vorlegen oder nicht vorlegen, werden ganz sicher den Wiener Gemeinderat zu befassen haben. Oder soll das eine Ankündigung dafür sein, daß man einfach darüber hinweggeht oder daß es gar keine Diskussion mehr gibt? (Bürgermeister: Was tun wir denn heute?) Hier ist von einer Anweisung an den Magistrat die Rede; daß es dafür Beschlüsse des Gemeinderates gibt, Herr Bürgermeister, brauche ich Ihnen nach der Verfassungslehrstunde, die Sie uns zu geben versucht haben, nicht zu sagen. (Bürgermeister: Sie sagen, wir diskutieren nicht. Was tun wir denn gerade?) Es bleibt Ihnen jetzt gar nichts anderes übrig! Wir haben versucht, Sie mit einer dringlichen Anfrage zur Diskussion zu bringen; da haben Sie gesagt, Sie werden es später tun. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Es ist doch ein Fall von evident!) Daß man den Gemeinderat nicht anführen muß, oder was? Oder daß der Bürgermeister dem Magistrat Anweisungen geben soll? Das ist doch auch evident, das steht nämlich auch in der Verfassung. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Daher steht es jetzt auch zur Diskussion! Es ist ein Fall von evident!) Ich würde vorschlagen, den Gemeinderat wieder etwas stärker in Ihrem Bewußtsein zu verankern. Allein, Herr Stadtrat Nittel — und da schätze ich Ihre Redlichkeit —, daß Sie sich um diese Zwischenrufe bemühen, zeigt mir, daß Sie sich in der Frage alles andere als sicher sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheit, das ist das alte Problem, das uns immer wieder beschäftigt, daß nämlich die Sozialistische Partei die Stadt mit sich verwechselt und einfach glaubt, diese Stadt ist Besitz einer Partei. Ich werde aber nicht müde werden festzustellen, daß diese Stadt eben nicht Besitz einer Partei ist, sondern allen Wienern gehört! (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist aber nicht die einzige Fundstelle dieser Art. Bei der Auseinandersetzung, welchen Stellenwert Bürgerinitiativen in der Demokratie haben, hat der Herr Bürgermeister schon einmal recht großspurig festgestellt, daß sich Bürgerinitiativen erübrigen, denn die SPÖ ist die größte Bürgerinitia-

tive, die es in dieser Stadt gibt. Daß das die Bürgerinitiativen, die inzwischen auch korrigierend in Ihre Vorstellungen eingegriffen haben, nicht zur Kenntnis nehmen, ist ein Glück für die Demokratie, denn man kann sich von Ihnen nicht vorschreiben lassen, was man in der Stadt noch tun darf und was man nicht tun darf.

Aber der Fehler dieser Identifizierung fällt langsam auch Ihren eigenen Parteiangehörigen auf. Ich habe mit Interesse die literarische Diskussion in der „Zukunft“ verfolgt und habe hier einen Artikel von Rainer Juch und Hannes Swoboda gefunden — beide Referenten der Arbeiterkammer —, der die Überschrift trägt: „Sozialistische oder Magistratspartei?“, und da steht drinnen:

„Für beide Partner von Schaden ist etwa die Gleichsetzung von Wiener Partei und Stadtverwaltung gewesen, wie sie in den letzten Jahrzehnten regelmäßig stattgefunden hat.“

Nun, da haben wir uns offensichtlich mit unseren kritischen Vorstellungen schon sehr eindeutig durchgesetzt. Die finden das auch schon. Das ist ein Schimmer der Hoffnung. Das gebe ich gerne zu. Vielleicht kann sich dieses Bewußtsein in Ihrer Richtung noch erweitern. Es steht nämlich noch weiter:

„Im Bewußtsein des Wiener Wählers sind heute Rathaus und Wiener Parteizentrale ein und dasselbe.“

Nur, der Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren: Denen paßt das nicht. Die finden das etwas sehr Kritisches daran. Das ist ein Gesichtspunkt — und das ist ja eine Kritik aus Ihren eigenen Reihen —, den Sie sich durchaus zu Herzen nehmen sollten. (Amtsführender Stadtrat Mayr: So demokratisch sind wir eben!) Herr Stadtrat Mayr, Vorsicht, jetzt kommt noch eine schöne Stelle, die ist für Zwischenrufe für Sie hervorragend geeignet! (Heiterkeit bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Mayr: Warum?)

„Eine derart falsch verstandene Solidarität hat aber zu bunten Auswüchsen geführt: War etwa der eine oder andere Beamte mit der Zeit untragbar geworden, so wurde er meist mit erhöhten Bezügen in eine höhere Position gehievt. Wer weiß, wie viele engagierte Beamte dadurch entmutigt worden sind?“

Wie viel höhere Beamte sind denn im Bereich der Holding in der letzten Zeit etwas geworden? Meint er damit etwa Ihre Tätigkeit? Ich frage ja nur. Vielleicht können Sie das beantworten. Sehen Sie, das ist ein interessanter Gesichtspunkt. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Dann versuchen Sie doch einmal, sich über Tatsachen zu informieren! Mit Rhetorik allein werden Sie es nicht schaffen!)

Aber, Herr Stadtrat Mayr, seien Sie lieb: Sie müssen nicht schreien! Ich höre Ihnen auch zu, wenn Sie etwas leiser sagen! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Aber die anderen wollen es ja auch hören!) Das ist die Frage! Aber ich will Ihnen das Vergnügen nicht nehmen! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Es ist die Frage, ob die anderen Sie allein

hören wollen!) Ich höre Ihnen die ganze Zeit zu! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Aber mit Gags allein werden Sie es nicht schaffen!) Entschuldigen Sie, bitte: Also ob wir es schaffen, das entscheiden nicht Sie, sondern die Wiener Wähler. Und das zweite ist, daß das ein Artikel eines Mitglieds Ihrer Partei ist. Ist das ein Gag? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Und Ihre Schlussfolgerung? Sie haben ja jetzt etwas gefragt, was nicht drinnensteht! Reden Sie doch nicht dauernd von etwas anderem!)

„Eine derart falsch verstandene Solidarität ...“ (Amtsführender Stadtrat Mayr: Sie haben eine Frage angeschlossen, auf die ich eine Antwort haben will! — Stadtrat Neusser: Er muß doch nicht reden, was Sie wollen! Er kann doch reden, was er will!)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert (das Glockenzeichen gebend): Darf ich den Gemeinderat aufmerksam machen, daß derartige Zwiesgespräche nicht vorgesehen sind, und darf ich auch den Herrn Stadtrat aufmerksam machen, daß er an den Redner keine Wünsche äußern soll.

Vizebürgermeister Dr. Busek (fortsetzend): Nachdem sich der Herr Stadtrat wieder beruhigt hat, möchte ich es ihm noch einmal vorlesen und darf ihm dazusagen, was ich ihn gefragt habe. Da steht drinnen:

„Eine derart falsch verstandene Solidarität hat aber zu bunten Auswüchsen geführt: War etwa der eine oder andere Beamte mit der Zeit untragbar geworden, so wurde er meist mit erhöhten Bezügen in eine höhere Position gehievt.“

Und dann habe ich gefragt, ob das für Ihren Bereich gilt. Mehr habe ich nicht gemacht. Wenn Sie sagen „nein“, dann ist es mir ein Vergnügen. Ich werde mich bei den Herren Rainer Juch und Hannes Swoboda erkundigen, ob sie damit etwa die Holding gemeint haben. Und dabei bleibt es.

Aber wenn Sie wollen, wir können ja das von den Beamten auf die Politiker hinbewegen, und da gibt es natürlich schon Diskussionen im Rahmen von Beschlüssen, die wir heute gefällt haben, oder von Entscheidungen, die wir heute gehört haben, wie das mit dem Hieven und dem ehemaligen Landtagspräsidenten ist. Aber das wird sicher auch noch eine entsprechende Diskussion werden.

Was aber hier sehr interessant ist: Offensichtlich — und das kommt in dem Artikel zum Ausdruck — sind jetzt die Beamten dran schuld, obwohl wir gerade hier in diesem Gremium oft sehr pathetische Erklärungen des Herrn Bürgermeisters gehört haben, daß man sich vor Beamte stellt, was auch immer passieren möge.

Meine Damen und Herren! Wir haben nie behauptet, daß es die Beamten sind. Wir haben immer gesagt, daß es Ihre Politik und Ihre Verantwortung ist, wenn hier etwas schiefgegangen ist. Wir haben uns ganz sicher nicht auf die Beamten ausgedreht. Wir haben ganz sicher nicht versucht, jene Identität herbeizuführen, die in diesem Artikel kritisiert wird. Verantwortlich, meine Damen und Herren, sind immer die Politiker, und verantwortlich für die Verlegenheit Ihrer Politik sind Sie selbst und

ganz sicher nicht die Beamten des Rathauses. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir schon bei der Verlegenheit sind, dann lassen Sie mich konstatieren, daß das, was heute vor dem Wiener Gemeinderat geschieht, Ihre Verlegenheit in den Personen, Ihre Verlegenheit in der Geschäftseinteilung und Ihre Verlegenheit in Ihrer eigenen Politik symbolisiert.

Verlegenheit in den Personen? Ja, in den vergangenen Wochen hat es viele sozialistische Gemeindepolitiker gegeben, die offensichtlich den Stadtratsstab im Tornister getragen haben, denn das Rätselraten bzw. die Frage, wer es macht oder vielmehr wer es nicht macht, hat sehr viele beschäftigt.

Es macht ja nachdenklich, daß es in dem Zusammenhang offensichtlich sehr viele Ablehnungen gegeben hat und daß offensichtlich Wiener Stadtrat im Bereich der SPÖ zu werden keine sehr attraktive Angelegenheit ist.

Ich lese Ihnen da etwas aus einer Zeitung vor: „Stadtrat von Wien zu sein war höchstens in der guten alten Zeit ein Vergnügen, unter dem Bürgermeister Lueger und vielleicht auch noch Seitz.“ (Amtsführender Stadtrat Dr. Stacher: Warum wollen Sie es denn alle werden?) Nein, das ist ein Problem der SPÖ! (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenruf des amtsführenden Stadtrates Mayr.) Bitte, Herr Stadtrat Mayr, hören Sie zu! (Amtsführender Stadtrat Nittel: Sagen Sie bitte gleich die Quelle, wo es gestanden ist!) Ich sage es Ihnen. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Ich habe es gelesen! Ich weiß es! Aber sagen Sie es!)

„In den letzten 20 Jahren hat sich kaum jemand mehr zu diesem harten Job gedrängt.“ (Amtsführender Stadtrat Nittel: Im „Kurier“!) Wo ist es gestanden, Herr Stadtrat? Sagen Sie bitte, wo es gestanden ist! (Amtsführender Stadtrat Nittel: Sie sind der Redner!) Habe ich den Zwischenruf „Kurier“ richtig gehört? Wenn Sie es ohnehin gelesen haben, können Sie es mir ja sagen! (Amtsführender Stadtrat Nittel: Die anderen wollen es hören!) Ich werde es schon zitieren!

„In den letzten 20 Jahren hat sich aber kaum jemand mehr zu diesem harten Job gedrängt. Regelmäßig müssen alle paar Jahre daher Einberufungen und Musterungen der geeigneten Personen von amtswegen vorgenommen werden wie beim Bundesheer. Zwei der am häufigsten genannten Stadtratskandidaten, Jankowitsch und Matzner, haben es heuer freilich vorgezogen, noch rechtzeitig nach New York zu flüchten bzw. an Keuchhusten zu erkranken.“ (GR. Edlinger: Von wem sind die genannt worden?) Von Ihrem Parteimitglied Otto Fielhauer! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Herr Kollege! Eine Ihrer typischen Fixierungen, wenn Sie irgendwo ein Zeitungsblattl sehen, den „Kurier“ zu nennen, fasziniert mich. Ich würde Sie herzlich einladen: Lassen Sie den „Kurier“ mit der Bezeichnung ÖVP-„Kurier“ einfach in Ruhe. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Denn Sie haben,

meine Damen und Herren, immerhin aus dem Stab der „Kronen-Zeitung“ einen Pressereferenten und einen Stadtrat erworben, und wir sagen ganz sicher nicht die SPÖ-„Kronen-Zeitung“. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Wir reden in dem Fall von der „Kronen-Zeitung“. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Wo war denn der Mauthe früher?) Herr Stadtrat Mayr, ÖVP-„Kurier“ sagen Sie ja schon. Aber wir sagen wegen des Zilk nicht SPÖ-„Kronen-Zeitung“. Das ist der Unterschied. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — GR. Hahn: Der Mahr ist nicht Stadtrat geworden! Nicht einmal Gemeinderat!) Bitte, der Herr Mahr ist Aufsichtsrat der Messe AG. Auch ein Aufstieg. (Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.)

Bitte, es steht dann hier noch: „Diese Gefahren erklären wohl zur Genüge, warum heute viele junge Männer zwar Lokomotivführer oder Astronauten werden wollen, aber keineswegs Stadtrat in Wien.“

Und so haben wir eine bunte Liste und einen bunten Reigen von Erwartungen und Ablehnungen erlebt. Herr GR. Braun hat sich rechtzeitig in den Nationalrat bewegt. Herr Ing. Hobl ist im Nationalrat geblieben. Ich höre, GR. Hanke hat auch nicht wollen. Jankowitsch bleibt Botschafter, genauso wie Mussi. Matzner bleibt Professor. Es bleiben einige Vorstandsmitglieder in Banken, wie Reiter oder Haiden. GR. Rautner ist auch aus der Diskussion verschwunden, und der Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Schmiedbauer kränkt sich, daß er nicht Kulturstadtrat geworden ist. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Stadtrat Zilk: Jetti-Tant!) Nein, das hat er jemand erzählt, das ist nicht von mir. Herr Professor Zilk, der erste geistreiche Zwischenruf von Ihnen mit „Jetti-Tant“, den muß ich besonders begrüßen. Applaus dafür! (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Stadtrat Zilk: Jetzt darf ich ja!)

Das Ergebnis dieser Verlegenheit, meine Damen und Herren, ist jetzt offensichtlich bestätigt worden, denn wenn man den Zeitungsberichten glauben kann, ist die Begeisterung am sozialistischen Landesparteitag nicht sehr groß gewesen, und es haben abgehende Stadträte mehr Zustimmung gefunden als kommende. Aber ganz sicher nicht fürs Gehen, sondern offensichtlich als Signal dafür, daß sie in Wirklichkeit bleiben sollten.

Als Ergebnis dieser Überlegung haben wir ja heute die Herren Stadträte Hatzl und Veleta begrüßen können, offensichtlich mehr als ein Ergebnis sozialistischer Bezirksgeometrie, weniger wegen der bisher erwiesenen fachlichen Voraussetzungen. Aber jeder kann es lernen. Wir werden es sehen und sind hier durchaus bereit, mit Interesse dem entgegenzusehen, was von dieser Seite geboten wird.

Mein Kollege Stadtrat Mauthe hat bereits darauf hingewiesen, daß wir der Meinung sind, daß Professor Zilk zweifellos eine Verbesserung der Qualität des Stadtsenates ist und von unserer Seite her ein gewisser Vertrauensvorschuß existiert. Ich gestehe Ihnen, wir haben uns sogar überlegt, zuzustimmen. Aber ich habe den Eindruck, nach den Ereignissen am sozialistischen Landesparteitag wür-

den wir Ihnen, Herr Professor Zilk, damit eigentlich mehr schaden, weil mir da wieder das Pittermann-Zitat einfällt: „Wenn die Gegner loben, stimmt offensichtlich irgend etwas nicht. — Wir wollen es uns aber nicht so einfach machen und vielleicht von Ihrer Seite her den Vorwurf einstecken, daß da einer Schwierigkeiten auf dem Parteitag hat und wir einen Keil hineintreiben wollen, indem wir dieses und jenes sagen. Ich merke ohnehin schon, daß Herr Professor Zilk bereits einige sozialistische Fleißaufgaben macht, um ein bißchen den Eindruck zu korrigieren.“

Wir möchten dem Herrn Stadtrat Nittel, der ganz sicher eine andere Art und Mentalität hat — ich hoffe, daß ich ihm damit nicht Schwierigkeiten mache —, auch einen gewissen Vertrauensvorschuß geben. Ich möchte anerkennen, daß in der Zeit seit 1976, seit Stadtrat Nittel die Verantwortung trägt, etwa im Bereich der Kanalisierung vieles besser geworden ist. Wir glauben auch, daß die Bedeutung eines integrierten Verkehrsressorts bei der Bewältigung der Probleme auf dem Verkehrssektor, die wir in dieser Stadt haben, eine sehr wichtige Angelegenheit ist. Das entspricht auch unseren Vorstellungen, die wir wiederholt in der Öffentlichkeit zu dieser Frage deponiert haben. Es ist eine schwierige Aufgabe, und wir verkennen nicht, daß damit eine Reihe von Problemen verbunden sind.

Herr Stadtrat Nittel, wenn akzeptable Lösungen geboten werden, dann werden wir, wenn man mit uns darüber redet, alles dazu tun, um die Durchsetzung dieser akzeptablen Lösungen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich die Verlegenheit der SPÖ in der Frage der Personen zusammenfassen. Interessant ist, daß seit 1973 die vierte Mannschaft unter Leopold Gratz antritt; in fünfzehn Jahren eine ganz schöne Rekordleistung, was hier an Auswechslungen notwendig geworden ist. Da wird man natürlich ein wenig skeptisch.

Aber man wird noch skeptischer, wenn man feststellt, daß die beste aller Geschäftseinteilungen, als die sie uns jeweils verkauft wurde, nun neuerlich geändert wird, mit einem Wort von Stadtrat Heller so begründet: Es war schon immer davon die Rede, daß noch der Feinschliff der Geschäftseinteilung kommen muß. — Wir haben jetzt den vierten Feinschliff der Geschäftseinteilung. Ich fürchte, vor lauter Schliff wird dann in der Geschäftseinteilung gar nichts Arbeitsfähiges mehr übrigbleiben. Es zeigt sich offensichtlich neben der Verlegenheit in den Personen die Verlegenheit in der Verwaltung. Denn Sie können mir nicht erklären, daß dem ganzen ein Konzept zugrunde liegt, wenn dieses Konzept ständig geändert wird, wobei die Abteilungen, die es da erwischt hat, zu bedauern sind.

Ich habe mir die Odyssee einiger Magistratsabteilungen angesehen, zum Beispiel die der Magistratsabteilung 29. 1969 war sie beim Tiefbau, und zwar beim Herrn Stadtrat Heller. 1973 ist sie hinübergewechselt zum Herrn Stadtrat Nekula, und zwar unter Stadtgestaltung und Verkehr. 1976

finden wir sie bei Stadtrat Böck, bei Bauten. 1979 verschwindet der Brückenbau entgegen der Ankündigung, daß Magistratsabteilungen nicht geteilt werden, und sie landet bei Umwelt und Freizeit, also beim Stadtrat Schieder.

Oder, wenn Sie noch ein anderes Beispiel brauchen: Die Magistratsabteilung 35, die Magistratsabteilung 36 und die Magistratsabteilung 37 waren 1969 bei der Frau Stadtrat Schaumayer. 1973 sind sie bei Stadtrat Nekula, 1976 bei der Stadtplanung, und zwar bei Stadtrat Wurzer. (Amtsführender Stadtrat Nekula: Sie waren nie bei mir!) Die Magistratsabteilung 44, die öffentlichen Bäder, waren 1969 noch bei Stadtrat Pfoch, 1973 bei Schieder, 1976 bei Nittel, um 1979 wieder in den Schoß des Stadtrates Schieder zurückzukehren.

Ein ähnliches Schicksal hat die Magistratsabteilung 48 erlitten: Sie wird langsam nicht mehr wissen, wo sie zu Hause ist. So könnte ich Ihnen über die einzelnen Magistratsabteilungen solche Dinge reihenweise vorführen. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Aufzählen!) Gerne, Herr Stadtrat Mayr. 1976 ist das Präsidialbüro aufgelassen, 1978 wieder eingeführt worden. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Sie haben die Magistratsabteilung 48 erwähnt und nun reden Sie von etwas anderem!)

Der Aufgabenbereich der Magistratsdirektion ist ständig erweitert worden, so daß die Kompetenzen kaum mehr überschaubar sind. Wir leisten uns den Luxus, Herr Stadtrat Mayr, die Stadtbaudirektion im Herbst 1976 faktisch aufgelöst, aber die Agenden der Magistratsdirektion übertragen zu haben, obgleich ein gut bezahlter Beamter, der offensichtlich hier zur Verfügung steht, nicht jenen Aufgabenbereich hat, der im Verhältnis zu seiner Bezahlung steht. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Die 48er ist noch immer unbeantwortet!) So gibt es im Bereich der Magistratsdirektion noch das Büro des Bürgermeisters, ein Präsidialbüro, ein Koordinationsbüro, eine Verwaltungsakademie, eine Verwaltungsrevision, eine ADV, ein Rechtsmittelbüro. Das als eine geordnete Verwaltung anzusehen, klingt mehr als eigenartig. (Bürgermeister: Wo gehört das Rechtsmittelbüro hin?)

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, daß die von Ihnen verlangte bürgernahe und überschaubare Verwaltung ausgeblieben ist. Aber bitte, davon weiß auch die Unterlage nichts, denn die stellt ja bereits erzielte Ergebnisse fest. Man kann in dem von Ihnen, Herr Bürgermeister, ausgeteilten Heft „Unsere Arbeit für Wien“ auf Seite 27 unter anderem lesen:

„Deshalb hat die Stadt Wien eine neue Stadtverfassung geschaffen, die jedem einzelnen Bürger mehr Mitbestimmung und bessere Durchschaubarkeit der Vorgänge bringt.“ So weit, so gut. Und dann steht da: „Deshalb sind auch zahlreiche Agenden der zentralen Stadtverwaltung an die Bezirke übertragen worden.“

Da muß uns irgend eine Unterlage durchgegangen sein. Haben wir diese Verordnung schon beschlossen? Der Herr Stadtrat Schieder hat sie nach der Angelobung der Bezirksvorsteher ange-

kündigt. Der letzte Bezirksvorsteher ist am 6. Dezember angelobt worden. Es gibt noch nicht einmal einen Entwurf, nicht einmal eine Diskussion. (GR. Ing. Hofmann: Sie wissen nicht, daß die Bauordnung geändert worden ist!) Hier ist es bereits als ein Ergebnis angeführt. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Lesen Sie die Bauordnung nach!) Ist die Bauordnung die neue Stadtverfassung? Was ist, bitte sehr, mit der Übertragung der Agenden an die Bezirke? Wann kommt sie? Es wäre in diesem Zusammenhang sehr interessant, das zu hören.

Sehen Sie, das ist das Entscheidende. Es wird hier in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, daß Dinge existieren, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt, die ein Ergebnis der internen Ungereimtheiten sind, die Ihnen hier bei Ihrer Verwaltung und bei Ihren Verwaltungsvorstellungen vorliegen. Dabei gibt es eine Reihe von Machtfragen, denn aus den bisherigen Enunziationen ist nicht ohne weiteres erkennbar, wie nun das Schicksal der Holding geklärt wird. Offensichtlich wird es eine Art gemeinsames Herrschen über einen Bereich werden, der eigentlich bis jetzt recht unproblematisch gewesen ist. Und die mit großem Aplomb geschaffene Beteiligungskommission geht den Weg alles Sterblichen und verschwindet wieder.

Die Frage ist aber, Herr Stadtrat Mayr: Wo werden wir die personalpolitischen Entscheidungen in diesem Bereich diskutieren? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Diskutieren immer, aber beim Intervenieren werden Sie sich schwerer tun als bisher!) Drohen Sie nicht. Das sind die ärgsten Sachen, etwas in den Raum zu stellen, und dann freundlich und verständnisvoll zu lächeln. Herr Stadtrat Mayr, da kann man nur Fakten anführen. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Wissen Sie, der Unterschied besteht darin, daß ich immer freundlich bin, während der Herr Stadtrat Mayr heute seinen ausgesprochen schlechten Tag hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Diese Ungereimtheiten kommen auch noch sehr deutlich zum Ausdruck bei der Benennung und Beschreibung verschiedener Ressorts. Wenn ich mir zum Beispiel ansehe, daß Herr Stadtrat Schieder, laut Aussendung der „Rathaus-Korrespondenz“, für die Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit zuständig ist, dann ist das eine sehr schöne Beschreibung. Unter den Zuständigkeiten finde ich dann den Presse- und Informationsdienst. Ist der Presse- und Informationsdienst nun wegen des Papiers ein Problem, der Umweltverschmutzung, oder muß man sich Freizeit nehmen, um das überhaupt lesen zu können? Aber wie das unter diese Überschrift paßt, das würde noch einer gesonderten Erklärung bedürfen.

Herr Stadtrat Veleta hat in seinem Ressort eigentlich eine Sammlung von all den Dingen, die offensichtlich anderweitig nicht gewollt werden, oder die irgend jemand nicht genommen hat. Das muß der Hernalser Otto Fielhauer schon vorausgeahnt haben, denn er hat in dem Artikel „Wiener Spaziergänge — Ratlos im Rathaus“ bereits treffend die Geschäftseinteilung gekannt. Er formuliert näm-

lich: „Freunde haben mich gefragt, wie im Rathaus eigentlich die Ressorts vergeben werden. Ob ganze Magistratsabteilungen beim Würfelspiel gewonnen oder verloren werden. Wer sie verliert, ist der Gewinner. Oder ob Gratz die neuen Rekruten einfach mit einem viel zu großen Ressort einkleidet und dazu sarkastisch murmelt: Paßt schon.“ (Heiterkeit bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Mayr: Nicht das Rednerpult mit dem Simpl verwechseln!) Man wird doch noch zitieren dürfen. Stadtrat Mayr, melden Sie sich zum Wort, vielleicht wird es eine gute Vorstellung. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Also doch Simpl! — Beifall bei der SPÖ.) „In Wirklichkeit“ — ich zitiere weiter — „ist es jedoch so wie bei einem Winterschlußverkauf: Da liegen Ressortrestposten und unmoderne Magistratsämter herum, die andere Stadträte weggeworfen oder auf ihrer Flucht einfach verloren haben. Jeder übriggebliebene Stadtrat muß schnell zugreifen und irgend etwas nehmen. Das eine paßt oft nicht zum anderen, der Pullover nicht zur Hose und das Verkehrsressort nicht zu Kanälen. Aber das macht nichts. Viel schlimmer ist, daß beim Ressorttausch oft vier oder fünf Magistratsabteilungen einfach vergessen werden.“

Das Schöne ist, daß er am Schluß noch seinen Mit-Hernalser Veleta bedauert. Offenbar scheint er eine sehr klare Durchsicht zu dem gehabt zu haben, was bei Ihrer Ressortenteilung in Wirklichkeit passiert ist.

Nun aber zum dritten Punkt, zur Verlegenheit in der Politik, die sich hier signalisiert. Es ist die Frage, welches dieser Arbeitsprogramme — die eine Fassung oder die andere, wobei es von der anderen ja zwei Fassungen gibt, nämlich die, die der Presse vorgelegen ist und jene, die dem Gemeinderat vorgelegt wurde — nun wirklich gilt. Eine gereinigte Fassung in dem Sinn, was wirklich Ihre Auffassung über die Politik der kommenden viereinhalb Jahre ist, wäre für den Gemeinderat schon von großem Interesse.

Ich erlaube mir, einige dieser Punkte, die der Unterlage zu entnehmen sind, noch einer Kritik zu unterziehen. Die Kritik ist nämlich auch hier sehr eindeutig verpackt. So muß Herr Stadtrat Schieder auf dem Informationssektor zu wenig gemacht haben, denn eine Reihe von Bezirken beantragt unter der Überschrift „Volksnahe Verwaltung“ auf Seite 2: „Die weitgehende und rechtzeitige Information der Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für deren stärkere Mitsprache. Die Information muß zu dem Zeitpunkt erfolgen, wo Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, also im Planungsstadium. Die Planung muß in stärkerem Maße offen und in der Öffentlichkeit durchgeführt werden.“ Dabei werden die Medien miteinbezogen werden.

Meine Damen und Herren! Nichts anderes haben wir verlangt. X-mal haben wir dem Stadtrat Wurzer vorgeschlagen, das zu tun. Unsere Bezirksvorsteherin im 13. Bezirk hat vorgeschlagen, ein Bezirksparlament zu den offenen Fragen zu machen. Der Herr Bürgermeister hat ihr mitteilen lassen, daß das eigentlich nicht ihre Aufgabe sei.

Wollen Sie jetzt Information oder wollen Sie sie nicht? Wollen Sie sie nur von Ihrer Seite, und ist es einfach nicht möglich, daß andere, wenn sie nicht Ihrer Partei angehören, aber auch Funktionen in dieser Gemeinde haben, die Information durchführen?

Niemand hätte Sie beim Graben gehindert, nach den Diskussionen über den Vorschlag, der verwirklicht wurde, eine entsprechende Information durchzuführen. Da muß ich sagen, sind die Taten, die Sie bisher gesetzt haben, den Vorstellungen gegenüber weit entfernt.

Zweiter Punkt. Auf Seite 3 wird ein neues Netz von Hilfsbereitschaft verlangt und den Fürsorgern gewissermaßen in Erinnerung eine Träne nachgeweint. Man hat anerkannt, daß es so etwas geben muß, aber in einer weiteren Fassung. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Warum haben Sie die Anträge, die wir seit fünf Jahren zu diesem Punkt in diesem Haus eingebracht haben, einfach immer wieder abgelehnt, wenn Sie jetzt darauf kommen, daß es richtig gewesen ist? War das nun mit den Wienern besprochen, dann haben Sie offensichtlich die falschen gefragt, oder sind es Vorstellungen, die in die Wirklichkeit umgesetzt werden müssen? Warum haben Sie dann nicht zugestimmt? Ich freue mich, daß Sie auf eine bessere Idee gekommen sind.

Aber nochmals: Muß es wirklich so lange dauern, bis wir jene Wege gehen, die wir gemeinsam zur Bewältigung der Probleme dieser Stadt brauchen? (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Punkt: Dezentralisierung. Hier ist auf Seite 6 die verstärkte Mitbeteiligung der Bezirke bei der Bedarfsermittlung, Budgetierung und Durchführung von Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten von städtischen Wohnhaus- und Grünanlagen zu finden. Und wörtlich: „Dies ist bereits bei der Budgeterstellung 1980 zu berücksichtigen.“

Da kann ich mich erinnern, daß wir uns sehr darum bemüht haben, genau diesen Gesichtspunkt durchzusetzen. Wir sind jedoch an Ihren Vorstellungen gescheitert, weil Sie sich zunächst nicht vorstellen konnten, daß solche Wege gangbar sind. Offensichtlich geht es jetzt. Tragisch ist nur, daß der Versuch, die Verwaltung zu dezentralisieren, in zwei Bezirken durchgeführt wird, deren Bezirksorganisationen sich das gar nicht gewünscht haben. Hier ist nämlich eine Legende, wer die Anträge gestellt hat. Bei dem ganzen Dezentralisierungskapitel, das sehr umfangreiche und interessante Vorschläge enthält, sind der 21. Bezirk nie und der 22. Bezirk nur einmal mit einem kleinen Gesichtspunkt vertreten.

Da ist offensichtlich eine andere Überlegung für Sie maßgeblich gewesen. Es wäre doch sinnvoll gewesen, zum Vergleich zwei Einheiten zu nehmen. Eine innerstädtische Einheit und eine Einheit, die unter Bedingungen wie die beiden transdanubischen Bezirke steht. Nein, hier wird ein ganz bestimmter Weg gegangen. Offensichtlich ist die Sorge, daß hier noch jemand anderer mittun könnte, bei

Ihnen viel größer als die Überlegung, gute und vergleichbare Ergebnisse zu bekommen.

Das ist jene Demokratieeinstellung, die man erneut auch unter diesem Gesichtspunkt und bei dem Weg, den Sie hier einschlagen, nur beklagen muß. Sie haben, glaube ich, gar kein Interesse, hier andere mitwirken zu lassen oder einzuschalten. Wir haben ja von Frau GR. Dohnal gehört, was sie unter „Wienern“ versteht. Wer offensichtlich unter das Eigenschaftswort „sozialistisch“ nicht paßt, hat ihrer Ansicht nach das Anrecht, Wiener zu sein, verloren. Und das halte ich für eine problematische Gesinnung. (Beifall bei der ÖVP.)

Unter dem Kapitel „Dezentralisierung“ ist auch ein Praxisversuch ab 1980 verankert. Es ist die Rede von einem Sonderbeauftragten des Bürgermeisters, der zur Betreuung des Dezentralisierungsversuches eingesetzt wird. Er hat Entscheidungen gemeinsam mit einem Gremium, bestehend aus den Bezirksvorstehern, Bezirksvorsteher-Stellvertretern und einigen Bezirksräten der betroffenen Bezirke zu treffen.

Herr Bürgermeister, wir sind uns wohl darüber im klaren, daß wir hier sehr sorgfältig mit der Frage der Verfassung umgehen müssen, inwieweit diese Vorgangsweise, die hier skizziert ist — ich kann sie nicht mehr als eine Skizze bezeichnen —, nicht auch dazu abgestellt sein kann, eine Aufhebung der Bezirke und ihrer eigenen Verfassung zu bedeuten.

Ich deponiere dieses Bedenken und würde mich freuen, wenn diese Sorge unberechtigt ist. Denn immerhin sind die 23 Wiener Bezirke gewachsene Einheiten, die nicht nur verwaltungsmäßige Gesichtspunkte beinhalten, sondern ganz entschieden auch historische, kulturelle, die einer eigenen Landschaft und die einer eigenen Verbundenheit, und wir könnten es uns nicht leisten, wenn wir die Dezentralisierung so verstehen, daß an die Stelle der 23 Bezirke etwa sechs Verwaltungseinheiten träten. Das wäre, wie ich glaube, ein Weg, der das Gegenteil von dem bewirkt, was unter Dezentralisierung angestrebt werden soll. Es würde das Verhältnis der Nähe, das der Bürger zu seinem Bezirk noch hat, durch die Anonymität von Verwaltungseinheiten abgelöst werden, eine weitere Zentralisierung bedeuten, aber nicht den Schritt zur notwendigen Bezirksautonomie, wie wir uns die Gestaltung des Landes und der Stadt Wien vorstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie sind auch relativ spät mit der Erkenntnis des Vorranges der Stadterneuerung daran, ja im Gegenteil, wir sind von Ihrer Seite polemisch kritisiert worden, weil man versucht hat, ein Entweder-Oder herauszukristallisieren. Ich glaube aber, das Verlangen der Menschen nach Lebensqualität enthält einfach auch eine rasche Lösung und Vorgangsweise auf diesem Sektor. Wir werden mit Interesse verfolgen, wie schnell und wie lösungsgerecht Sie bereit sind, die Wege einzuschlagen. Meine Kollegen werden in dieser Debatte noch auf unsere Vorstellungen und auf die Auseinandersetzung mit den Punkten, die Sie dazu

gebracht haben, einzeln eingehen. Ich sehe einen gewissen Lichtblick in der Ankündigung, nur hoffe ich, daß bei all diesen Punkten, die ich genannt habe und die Sie hier vorgebracht haben, die Taten mit den Worten übereinstimmen. Ich habe bereits gesagt, daß wir hier skeptisch sind. Nicht zuletzt deshalb, weil die vielen Ankündigungen, die wir in der Vergangenheit hatten, mit den Werken, die wir hier sehen konnten, einfach nicht übereinstimmen haben.

Ich glaube aber, daß wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Lösungen der Probleme der Stadt Wien, sondern auch unter dem prinzipiellen Gesichtspunkt der Weiterentwicklung der Demokratie die Entscheidungen dieses Gemeinderates sehen müssen.

Ich beziehe mich wieder auf die Antrittsrede des Herrn Bürgermeisters, die er zu dieser Legislaturperiode gehalten hat. Darin ist davon die Rede, daß wir gemeinsam eine große Aufgabe haben, durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, daß wir das, was jeden einzelnen berührt, nämlich die Politik für den Bürger unserer Stadt, nicht durch eigene Handlungen abzuwerten. Das ist ein großer, gelassen ausgesprochener Satz.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Was Sie in der Auswechslung eines Präsidenten, der wenige Sitzungen gedient hat, der von Ihnen mit Macht durchgesetzt wurde, heute noch im Wiener Landtag spielen, ist ganz sicher kein Weg, der die Glaubwürdigkeit dieser Demokratie und dieses Staates verstärkt. Er signalisiert nämlich, daß Sie an Ihre eigenen Vorschläge, die Sie noch am 13. November gemacht haben, in Wirklichkeit nicht glauben, weil dahinter noch ein ganz anderes Problem steht. Wir konnten den Zeitungen und den Aussagen des Herrn Bürgermeisters entnehmen, daß der ausscheidende Landtagspräsident Suttner dafür vorgesehen ist, einer Gesellschaft, die zu 50 Prozent dem Bund und zu je 25 Prozent den Ländern Wien und Niederösterreich gehört, nämlich der Wiener Flughafen-Betriebsgesellschaft, als Vorstandsmitglied zu dienen.

Nun haben wir in diesen Wochen in Österreich eine Auseinandersetzung über die Frage der Neufassung der Unvereinbarkeitsbestimmungen. Dem Vorschlag, den die Sozialistische Partei beziehungsweise der Herr Bundeskanzler unterbreitet hat, entnehme ich im § 3 Abs. 1, daß Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates keinesfalls dem Vorstand oder Aufsichtsrat einer Kapitalgesellschaft angehören dürfen, die der Kontrolle des Rechnungshofes gemäß Artikel 126 b Abs. 2 B-VG unterliegt. Ferner entnehme ich dem § 4, daß diese Bestimmungen sinngemäß auch für die Mitglieder des Landtages gelten.

Wir werden heute den ehemaligen Landtagspräsidenten Suttner zum Bundesrat wählen. Wenn diese gesetzgeberische Vorstellung der Sozialistischen Partei im Nationalrat Wirklichkeit wird, und ich nehme an, daß die Wiener SPÖ dahintersteht, ist das in eindeutiger Kollision mit den Bestimmungen dieses § 3.

Es ergibt sich für mich die Frage: Verbinden Sie mit dieser Vorgangsweise, Herr Bürgermeister, die Hoffnung, daß dieses Gesetz nicht Gesetz wird? Dann frage ich mich, warum Sie nicht dafür gesorgt haben, daß der Vorschlag überhaupt nicht erscheint. Oder spekulieren Sie damit, daß dieser Vorschlag Gesetz wird und daß damit die offensichtlich verbundene Abfindung für Präsident Suttner gar nicht Wirklichkeit werden kann? In beiden Fällen, Herr Bürgermeister, überlasse ich die Beurteilung dieser Frage Ihnen. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, wie überzeugend eine Demokratie ist, die die Versorgung von pensionsgesicherten Politikern an die Spitze stellt, was sehr problematisch ist.

Ich sage das nicht, weil ich mich damit mit Vergnügen auseinandersetze, sondern weil ich genau weiß, daß alle politischen Parteien Probleme haben. Ich sage es deswegen, weil Sie hier an einer entscheidenden Wegkreuzung stehen und damit gerade in der Frage einer Person, die in den letzten Jahren im Streit gewesen ist, wo viele Verfahren noch offen und nicht geklärt sind, wo noch Dinge offen sind, die offensichtlich durch die Vorwegnahme einer solchen politischen Entscheidung beiseite geschoben werden, wo Sie entgegen den Aussagen Ihres Klubobmannes Hofmann, dem ich gerne glauben möchte, scheinbar nicht an einer Klärung interessiert sind.

So möchte ich Sie vor diesem Weg, den Sie noch nicht gegangen sind, warnen. Ich möchte Sie rechtzeitig gewarnt haben, Begriffe wie Schlagkraft, uns wird noch das Hören und Sehen vergehen, eine Partei nicht in den Mund nehmen wollen oder lieber über Ruinen regieren und ähnliches mehr, was wir hier an Auslassungen hören konnten, zur Dauerverwendung freizugeben; genauso wenig, Herr Stadtrat Mayr, zur Dauerverwendung freizugeben, wie das von Ihnen heute in einem Zwischenruf gebrauchte Wort des Rechtsbruches. Ich muß Sie leider darauf verweisen, daß Flugblätter der Sozialistischen Partei unter dem Titel „Das aktuelle Argument“ dreimal wegen der gleichen ehrenrührigen Behauptung verurteilt wurden, und Sie haben nicht einmal den Versuch unternommen, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Inwieweit Sie dann zur Frage des Rechtsbruches noch etwas sagen können, wenn die Wiener SPÖ im Rahmen der Folgeerscheinungen des Wahlkampfes bereits zwanzigmal rechtskräftig verurteilt wurde, das überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Jedenfalls ist es ein Weg, von dem ich Ihnen sagen möchte, daß wir alle gemeinsam der Demokratie dienen würden, wenn wir ihn nicht in diese Richtung weitergehen. Wir sollten ebenso nicht behaupten, daß die Stadt etwa einer Partei gehört.

Meine Damen und Herren! Diese Stadt gehört den Wienern. Wir sind überzeugt, daß wir nur mit den Wienern die Probleme dieser Stadt lösen können. Nur mit den Menschen, die in dieser Stadt leben, wird Wien auch zu einem Leben kommen.

Unsere Aufgabe liegt nicht darin, dieses Leben den Bürgern vorzuschreiben, sondern die Menschen dafür zu gewinnen, daß sie mehr tun. Ich bin über-

zeugt, daß uns von der Wiener Volkspartei das gelingen wird, denn in der Liebe zu Wien wird uns niemand übertreffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Professor Dr. Zilk gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Stadtrat Dr. Zilk: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin in einer etwas schwierigen Lage. Nicht nur, weil ich als Neuling hier stehe und mich in einer neuen Rolle wahrscheinlich etwas unbeholfen bewege, wofür ich, wie es sich gehört, um ein wenig Nachsicht ersuchen muß, sondern auch, weil es mir im Gegensatz zu meinen zwei Vorrednern, auf die ich mich beziehen möchte, etwas schlechter geht. Ich konnte mich nicht lange feuilletonistisch brillant vorbereiten, wie das Herr Stadtrat Mauthe gemacht hat, und ich konnte mich auch nicht so politisch fundiert vorbereiten, wie das der Herr Vizebürgermeister gemacht hat.

Ich habe einfach zugehört und fühle mich veranlaßt, zu einigen Dingen etwas zu sagen. Ich habe zugehört (Zwischenruf bei der ÖVP: Bravo!), was nicht alle in diesem Haus getan haben, auch auf Ihrer Seite nicht, Herr Vizebürgermeister. Das sage ich nur, weil jemand bravo! gerufen hat.

Ich weiß auch gar nicht recht, wie ich mich hier richtig bewegen soll, denn der erste Eindruck, den ich heute hier habe, war ein sehr heiterer. Ich hatte heute früh Angst vor einer langen Sitzung und fragte mich, wie ich das physisch durchstehen werde. Dabei habe ich nun gar nicht bemerkt, daß die Zeit wie im Fluge vergangen ist. Gelegentlich machte diese Sitzung nämlich auf mich einen etwas kabarettesken Eindruck, so daß ich glaubte, mich im Simpl zu befinden. Aber vielleicht soll das so sein. Ich werde im Laufe der Zeit noch darauf kommen und darauf reagieren.

Ich hätte beim erstenmal so gerne über das gesprochen, was mich bewegt, warum ich gerne das Angebot angenommen habe, hier mit Ihnen allen arbeiten zu dürfen. Es sind eine Reihe sehr wesentlicher Gründe. Ich muß mir die Aufzählung derselben zunächst einmal ersparen.

Eines möchte ich jedoch vorausschicken: Als mich der Herr Bürgermeister gefragt hat, habe ich im Bruchteil einer Sekunde mit Ja geantwortet. Ich habe es aus Begeisterung getan, aus Liebe zu dieser Stadt, die ich für mich so wie wahrscheinlich alle hier in gleichem Ausmaß beanspruchen kann. Ich habe es überhaupt nicht gern, wenn jemand meint, da sei eine größere und stärkere Liebe vorhanden und dort ein besserer Wiener. Ich meine, wir sind alle Wiener, und wir lieben diese Stadt und haben mit allen Wienern zu arbeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe also ohne nachzudenken auf die Frage des Bürgermeisters geantwortet, und ich bitte Sie, mir das zu glauben. Ich war ja kein Postensucher, keiner, den man versorgen oder unterbringen mußte. Man hat mir das Amt angeboten, weil man der Meinung war, daß ich vielleicht ein wenig zur gemeinsamen Arbeit beitragen könnte. Das möchte

ich tun, und darüber will ich ein anderes Mal sprechen.

Da man sich mit mir aber heute in durchaus freundlicher Weise sehr viel beschäftigt hat, muß ich auf das eine oder andere eingehen. Ich danke meinem Freund Mauthe, daß er mich lobend zitiert hat, daß er auf das viele Gemeinsame hingewiesen hat, das es ja bei vielen Menschen gibt, die lange Wegstrecken gemeinsam arbeiten, auch wenn sie noch soviel an Grundsätzlichem und Politischem trennen mag.

Wenn Mauthe das Wort liberal verwendet, so ist das etwas außerordentlich Erfreuliches und Positives. Für mich war die Sozialdemokratie immer die legitime Nachfolge liberaler Ideale, denn politischer Liberalismus als ein System, das Entrechteten Rechte erkämpft hat, ist etwas sehr Schönes. Ich habe mich zur sozialdemokratischen Bewegung immer als zu einer Partei bekannt, die auf der Seite der Entrechteten und der Kleinen schon vor Jahrzehnten gestanden ist, als man dies hier und an anderen Stellen nicht aussprechen konnte. Frau Stadtrat, ich finde das gar nicht zum Lachen. Wir bekennen uns doch beide zu den Kleinen. Mag Ihnen das vielleicht auch lächerlich erscheinen, ich bekenne mich dazu.

Damit bin ich auch schon bei dem Stück gemeinsamen Weges. Ich glaube, daß mein Freund Mauthe, der davon gesprochen hat, nicht böse ist, wenn ich ihm dies dem Sinne nach zurückgebe. Ich meine, daß uns tatsächlich eine ganze Menge von Überlegungen und Auffassungen verbindet. Es war doch früher schon so: Wir haben schon vor zehn Jahren Wahlfilme für die sozialdemokratische Partei gemeinsam gemacht. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Das ist gar nicht zum Lachen. Ich bitte auch die Freunde von der eigenen Fraktion, darüber nicht zu lachen. Es ist etwas sehr Legitimes, wenn ein Mensch im Laufe der Zeit sich verschiedene überlegt und zu verschiedenen Zeiten verschiedene Meinungen hat. Ich sage das, weil ich mich durchaus dazu bekenne, daß man auch mit einem Menschen, der eine andere politische Meinung hat, Stücke des Weges gemeinsam gehen kann. (GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Das müssen Sie Ihrer Fraktion erst beibringen!) Frau Schaumayer, werden Sie nicht nervös. Ich will mich ja nur anbieten, den lieben Freund Mauthe wieder zurückzugewinnen. Vielleicht tauschen wir einmal Platz. Vielleicht ist er bei der fünften Rochade im Team des Bürgermeisters als neuer sozialistischer Kulturstadtrat von Wien. Er ist zweifellos ein literarisch versierter Mann. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Verehrungswürdiger, ich glaube, daß das kein Pensionsgeschäft ist. Ich glaube, daß es legitim ist, wenn ein Mensch eine Zeitlang eine Funktion ausübt und ein anderer sie weiterführt. Ich finde, daß dieses Pensionsberechtigungssystem, daß jemand 50 Jahre wo sitzen muß, auf mich nicht zugeschnitten ist. Ich bin sehr gerne als Programmdirektor auch wieder gegangen. Ich habe gerne fünf Jahre Zeitungsarbeit gemacht und fange nun ebenso gerne hier an. Ich möchte aber gewiß nicht hier sterben. Wenn der Mauthe es sich überlegt, meinen Gedankengang

fortsetzt und meiner Einladung zum Beitritt in die SPÖ folgt, könnte er so noch mein Nachfolger werden. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Er hätte vielleicht beim nächsten außerordentlichen Parteitag größere Schwierigkeiten als ich. (Heiterkeit. — Zwischenruf des Vizebürgermeisters Dr. Busek.)

Ich tue mich noch etwas schwer mit den Zwischenrufen, aber ich werde es schon lernen. Ich habe vom Herrn Vizebürgermeister auch schon ein Lob bekommen. Er hat nämlich gesagt: Der erste gute Zwischenruf. Nachdem ich bisher aber nur einen Zwischenruf gemacht habe, waren das 100 Prozent, und das ist eine riesige Anerkennung durch den Vizebürgermeister der ÖVP. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Vizebürgermeister Dr. Busek: Es war die Jetti-Tant!) Ja, die Jetti-Tant ist etwas Wienerisches. (GR. Hahn: Da haben Sie für das Simpl-Programm beigetragen!) Nein, die Titelrolle hat der Herr Vizebürgermeister gehabt. Er war so charmant und so amüsant, daß man einfach mitreden mußte, ob man wollte oder nicht. Die Simpl-Hauptrolle hat er, ich begnüge mich als Anfänger mit einer Nebenrolle. Es wird aber schon noch anders werden!

Ich muß aber zu dem wichtigen Punkt kommen, um dessentwillen ich mich gemeldet habe. Ich weiß nicht, es machen sich so viele Sorgen um andere. Das erinnert mich so an den Kleinkrieg in den Familien. Bleiben wir bei der Jetti-Tante, die sich so oft den Kopf über etwas zerbricht, was eigentlich ein Problem der anderen, der Nachbarn ist. Verehrungswürdiger Herr Vizebürgermeister und lieber Freund Jörg Mauthe! Ich finde diesen außerordentlichen Parteitag für ein außerordentliches Ereignis, und ich wäre sehr beunruhigt gewesen, wenn auf diesem außerordentlichen Parteitag nicht auch eine Reihe von Freunden meiner Partei an mir Kritik geübt hätte. Ich habe Sozialdemokratie und Demokratie überhaupt immer noch als eine Gemeinschaft von diskutierenden Menschen verstanden, wo es auch verschiedene Meinungen gibt. Warum soll es nicht auch verschiedene Meinungen zu verschiedenen Personen geben? Die überwältigende Mehrheit dieser Partei hat mir aber das Vertrauen gegeben und mich berufen, und ich finde es viel schöner, wenn die Minderheit, die mir dieses Vertrauen nicht gegeben hätte, das in aller Offenheit, wie das unter Freunden und in einer kultivierten Gesellschaft üblich ist, ausspricht. Meine Aufgabe ist es, durch meine Arbeit zu beweisen, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt ist, das in mich gesetzt wurde. Dazu möchte ich einmal in einem anderen Zusammenhang Stellung nehmen.

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ich danke also für die Elogen, die mir dargebracht worden sind, und es ist keine Fleißaufgabe, wenn ich mir erlaubt habe, ein wenig witzig zu erwidern. Ich möchte nur versprechen, daß ich so wie wir alle hier im Sinne aller Wiener — es ist ja kein Vorrecht einer Gruppe, für alle Wiener zu sprechen, wir alle haben für alle Wiener zu arbeiten und mit allen Wienern zu arbeiten — auf dem Gebiet der Kulturpolitik tätig sein werde. Auch der Bürgerdienst wird allen Wienern zur Verfügung stehen. Ich hoffe, auch

Ihre Zustimmung zu haben, wenn ich sage: Wir alle hier sind für alle Wiener da, und die Damen und Herren, die hier demokratisch gewählt worden sind, sprechen natürlich für alle Wiener! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner ist Herr GR. Edlinger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Edlinger: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es ist beinahe rührend, in welcher trauten Einigkeit sich die ÖVP und die Freiheitliche Partei in Wien in den letzten Wochen den Kopf der SPÖ zerbrochen haben. Wenn ich Presseaussendungen mancher Repräsentanten dieser Parteien zur Hand nehme, in denen sie versuchen, ihre guten Tips und andere Gedanken los zu werden, kommt mir das so vor wie jemand, der in seines Nachbarn Obstgarten die Obstbäume durchschüttelt, um Würmer umzuquartieren, die es dort überhaupt nicht gibt, die er sich aber sehr sehnlichst wünscht.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen auf einiges eingehen, was der Herr Vizebürgermeister hier in seiner sehr beredten Art vorgetragen hat. Er hat, nachdem er in einer sehr eigenwilligen Art und Weise, in einer sehr harten Argumentation, durchsetzt mit manchen kabarettistischen Gags, versucht hat, einen gewissen Weg weiter zu beschreiten, den wir seit einigen Wochen und Monaten kennen, seine Rede damit geschlossen, daß er gemeint hat: Diesen Weg sollen wir nicht weitergehen, was ich ihm durchaus zubillige, daß es gut wäre — wo ich aber nicht davon überzeugt bin, daß das seine ehrliche Meinung gewesen ist.

In einer weiteren Redepassage hat er auf einen Zwischenruf gemeint: Was wollen Sie denn, Herr Stadtrat, eigentlich bin ich immer freundlich! Sicherlich kann man mit dem freundlichsten Gesichtsausdruck die ungeheuerlichsten Sachen sagen. Anschließend hat er dann gemeint, daß er mit seiner Partei doch sehr klar zum Ausdruck gebracht hat, wie er sich die Gestaltung dieser Stadt vorstellen kann.

Nachdem Herr Stadtrat Dr. Mauthe hier versucht hat, Redezitate, die ganz woanders gefallen sind, zu zerpfücken, kann ich es mir nicht ersparen, einiges in Erinnerung zu bringen, was von Spitzenmandataren und im besonderen vom Herrn Vizebürgermeister des öfteren über diese Stadt gesagt wurde, damit wir uns nämlich vorstellen können, wie er sich die Gestaltung dieser Stadt vorstellt.

Weil heute in manchen Bereichen kulturelle Belange angeschnitten worden sind, sind Aussprüche des Herrn Vizebürgermeisters zur Kulturpolitik ganz interessant. Am 18. Mai hat er gegenüber der „Neuen Vorarlberger Zeitung“ gemeint: Kultur ist das Narrenreferat der Politik. Nun, einige Redner der Opposition haben sich hier eigentlich adäquat verhalten. Kunst kann man nicht demokratisieren, das kann man vergessen, hat der Herr Vizebürgermeister gesagt. Der Graben ist ein Hinterhof mit Abgang zum WC, meinte Herr Dr. Busek am 1. Juni

1977 im „Kurier“. Ich will gar nicht in Erinnerung rufen, wie oft ich ihn dazu aufgefordert habe, er möge Stellung nehmen zu Dingen wie dem bewaffneten Widerstand gegen die Großfeldsiedlung und anderes. Ich kann nur global sagen, daß dieser Weg, wie er sich die Gestaltung dieser Stadt vorstellt, sicherlich nicht der ist, wo er die Partner im Rahmen der Sozialistischen Partei finden kann.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten haben die Diskussion nie gescheut, eine offene und ehrliche Kritik nie gefürchtet. Deshalb haben wir nach den Wahlen eine sehr ernsthafte Diskussion über die Weiterentwicklung unserer Stadt eingeleitet und auch kein Hehl daraus gemacht, daß wir die Kritik ernstnehmen. Wir haben nicht nur Mitglieder unserer Partei, sondern alle Wienerinnen und Wiener aufgefordert, mitzudiskutieren, Vorschläge zu erarbeiten, und es ist sehr viel dabei herausgekommen, wie bereits auch Herr Bürgermeister Gratz in seinem Referat dargestellt hat. Wir Sozialisten haben uns nie jenem Demokratie- und Politikverständnis anschließen können, das manchmal als modern gepredigt wird; für uns ist das Werben um das Vertrauen der Wähler kein Ringen um Marktanteile, das auch einmal schiefgehen kann. Wir sind nicht bereit, unsere politische Tätigkeit gewissermaßen technisch zu verstehen, als permanenten Versuch, einen möglichst großen Anteil an der Macht zu erlangen. Für uns steht in der Politik noch immer ein Ziel im Vordergrund, nämlich das Ziel, eine gerechtere Gesellschaft schrittweise zu schaffen, die den Menschen mehr Entfaltungsmöglichkeit bietet, ihnen bessere Lebenschancen gewährt, kurz, die den Menschen auch das individuelle Glück als sehr wesentlicher Punkt, ob sich ein Mensch in einer Gesellschaft wohlfühlt, ermöglicht. Politik kann, auch wenn sie noch so gut und erfolgreich ist, dieses Glück der Menschen nicht selbst verwirklichen, aber sie kann alles tun, um die besten Bedingungen für den einzelnen zu schaffen, damit er eben seine persönlichen Vorstellungen von Glück zu verwirklichen imstande ist.

Meine Damen und Herren! Daß jene ungeheure Bewegung der Diskussion, die es unter Zehntausenden Sozialisten, aber genauso unter Zehntausenden Bürgern, die nicht meiner Partei angehören, gegeben hat, als Stillstand bezeichnet wird, heißt eigentlich, das Wesen der Demokratie zu verkennen. Nur wer die Meinung der sogenannten kleinen Leute in dieser Stadt in Wirklichkeit gar nicht so wichtig nimmt, wer Programme und Zukunftsvisionen für das Ressort einer kleinen Gruppe von Experten hält, kann zu einem solchen Urteil kommen. Wir meinen, für eine Politik, die den Menschen dient, gibt es nur eine Gruppe von Experten, nämlich diese Menschen selbst.

Meine Damen und Herren! Die SPÖ ist, und das haben wir in allen unseren Diskussionen zum Ausdruck gebracht, eine programmorientierte Partei, und wir haben immer sehr grundsätzliche Programme gehabt und sind nach denen vorgegangen. Die SPÖ hat ihre Grundwerte in Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität und für jeden offen und überprüfbar verkündet. So muß sich die

SPÖ auch gefallen lassen, in ihrer konkreten Politik an diesen Grundsätzen gemessen zu werden. Auch das haben wir den Wienerinnen und Wienern ganz deutlich gesagt.

Es wäre, wie ich glaube, ein sehr falsches Demokratieverständnis, wollte man die Diskussion auf bestimmte Zeiträume beschränken, während derer dann nicht gehandelt wird, und dann, wenn die Diskussion abgeschlossen ist, kommt die Zeit des Handelns. Eine lebendige Demokratie, meine Damen und Herren, braucht das dauernde Wechselspiel zwischen aktivem Handeln und korrigierender Diskussion. So wenig, wie die kommunalpolitische Tätigkeit in dieser Stadt in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen ist, so wenig soll und wird die Diskussion jetzt verstummen. Wir Sozialisten sind offen für einen ständigen Dialog mit allen, die für diese Stadt das Beste wollen. Die ÖVP will das offenbar nicht, denn sie ist gar nicht bereit, Argumente politisch Andersdenkender anzuhören, wie sie das eben hier in diesem Hause demonstriert.

Meine Damen und Herren! Der Gleichklang der Aussagen der beiden Oppositionsparteien kann wohl nur als Generalprobe für die Zeit nach dem 6. Mai aufgefaßt werden. Offenbar proben hier ÖVP und FPÖ bereits die Koalition für ein anderes Haus am Ring. Aber einstweilen haben sie die Rechnung ohne den Wirt, konkret die Koalition ohne den Wähler gemacht. Wir werden die Wienerinnen und Wiener mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln darüber informieren, was sie in einem solchen Fall zu erwarten hätten.

Gerade in der Kommunalpolitik gibt es ein Paradebeispiel konservativer Zusammenarbeit. Die zweitgrößte Stadt Österreichs wird seit geraumer Zeit von einer solchen Regierung regiert, und sie kann uns hier durchaus als Fallbeispiel dienen. Als im Herbst 1978 über das Grazer Gemeindebudget 1979 verhandelt wurde, stand eines fest: Diese Stadt steht vor dem Bankrott. Heute, einige Monate später, ist die Stadt zwar nicht bankrott, die Entscheidungen von Alexander Götz, FPÖ und ÖVP, die sie zur Rettung vor der auf sie zukommenden Schande getroffen haben, waren aber eine Bankrotterklärung. Sämtliche Gebühren für Einrichtungen der Gemeinde wurden um bis zu 150 Prozent erhöht, Sachaufwendungen im Budget wurden linear, ohne jede Priorität, um 20 Prozent gekürzt. Das erste wirkt sich vor allem auf die sozial Schwächeren aus, auf die Kinder, auf die Eltern, auf die Senioren. So wurden die Gebühren für Seniorenheime um 100 Prozent, im geriatrischen Krankenhaus um 150 Prozent angehoben. (GR. Dr. Hirschnall: Vergleichen Sie doch einmal mit Lainz!) Ich stelle fest, wie dort das Budget saniert wird, Herr Dr. Hirschnall, und dabei machen es Konservative immer gleich: auf dem Rücken der sozial Schwächeren! (Beifall bei der SPÖ.)

Was die lineare Budgetkürzung betrifft — solche Vorschläge sind auch in diesem Haus schon gemacht worden —, zeigen sich die Auswirkungen überall. Die Schneeräumung, auf die Graz bislang mit Stolz geblickt hat, wurde teilweise eingestellt, in Nebenstraßen wird fast überhaupt nicht mehr geräumt.

Die Müllabfuhr in neu entstehenden Stadtteilen kann nicht durchgeführt werden, weil kein Geld für Müllgefäße vorhanden ist. 200 Hochhäuser in Graz — weil Sie von einem Unglück auf der Mariahilfer Straße gesprochen haben — bleiben ohne genügenden Brandschutz, weil kein Geld für die neue 50-Meter-Drehleiter für die Feuerwehr vorgesehen ist. Der Ärztenotdienst ist in Gefahr, eingestellt zu werden.

Meine Damen und Herren! Einer der wesentlichsten Fakten der derzeitigen politischen Situation ist doch die Arbeitsplatzsicherung. Hier hat diese Kommunalkoalition wohl gänzlich versagt. Die Anlage eines Industrieparks in Graz-Puntigam, ein Wahlversprechen von Alexander Götz, erwies sich als Schlag ins Wasser. Bis heute gibt es dort statt der erhofften dreißig Betriebe einen einzigen, und auch sonst schließen sich Betriebe in Graz ungern an. Ganz im Gegenteil: Ein renommierter Grazer Betrieb ist abgezogen, die Grazer Glasfabrik mit mehreren hundert Arbeitnehmern, weil er woanders eine bessere Situation vorgefunden hat. (GR. Dr. Hirschnall: Ist das in Wien noch nicht passiert?) Ich kann nicht in den Wahlkampf gehen mit einem großen Betriebsansiedlungsprojekt, und dann stellt sich das als Schlag ins Wasser heraus! Wir können doch mit gutem Recht auf die Erfolge unserer Betriebsansiedlungspolitik in dieser Stadt hinweisen, und wenn dort oder da einmal ein Betrieb aus dieser Stadt hinausgeht, so verändert das nichts an der Gesamttendenz, daß sozialistische Politik und sozialistische Kommunalpolitik in der Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze einen wesentlichen Primat erblickt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es lag und liegt also auf der Hand, daß sich dieser neue Grazer Weg, der Weg nach vorne — das war der Koalitions-slogan von ÖVP und FPÖ — als Weg zurück erweisen mußte und erweist. Ein Weg zurück in eine Zeit, in der Dienstleistungen der Gemeinde nur für solche zur Verfügung standen, die es sich leisten konnten, in eine Zeit, in der Einrichtungen der Gemeinde außer Armenhäusern, nur den Reichen zur Verfügung standen.

Warum ich diese sogenannte Fallstudie bringe? Eben um zu beweisen, daß die SPÖ kaum Partner finden kann, um die Politik, die den österreichischen Weg bedeutet, weiterzuführen, ohne allein die Verantwortung tragen zu müssen, und zwar egal, ob in Graz, in Österreich oder in unserer Heimatstadt Wien.

Meine Damen und Herren! Die SPÖ, die Sozialdemokraten, wir sind nun einmal die dominierende Kraft in dieser Stadt, und wir fühlen uns deshalb für sie auch voll verantwortlich, auch und gerade dort, wo diese Verantwortung nicht immer angenehm ist. Diese umfassende Verantwortung unterscheidet uns sowohl von der Wiener ÖVP wie auch von einem Gutteil der Medien.

Wenn hier vom Herrn Vizebürgermeister die Frage gestellt wird — er stellt die Frage, er erwartet keine Antwort, weil es ihm auch völlig egal ist, was ein Angesprochener sagt; er beweist das bei

jeder Sitzung in diesem Haus —, wenn er fragt, welches Programm hat denn jetzt Gültigkeit, das „Programm der Wiener“ oder dieses Ergebnis der Diskussionsphase, dann muß ich sagen: beides. Wenn er es gelesen hätte, hätte er auch daraufkommen müssen, daß beides gilt. Daß das „Programm der Wiener“, für das sich immerhin 57,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler ausgesprochen haben, gilt, ist selbstverständlich, hier haben wir einen Auftrag. Daß aber in diesem Papier die zusätzlichen Schwerpunkte genannt worden sind, die wir zusätzlich und mit größerer Priorität verwirklichen wollen, ergibt sich aus der Art der Vorlage, ergibt sich aus der Art des Referates hier. Der Herr Vizebürgermeister hat das aber entweder nicht verstanden oder es nicht verstehen wollen.

Es ist sicherlich schwieriger und auch weniger spektakulär, Lösungen zu finden, die der Komplexität der städtischen Entwicklung Rechnung tragen. Es ist viel einfacher, eindimensionale Lösungen anzupfeilen. Diese Haltung kam ganz deutlich in allen Vorstellungen, die ich bisher hier gehört habe, zum Ausdruck. Schon das Pro-Wien-Programm der ÖVP ignoriert doch die Zusammenhänge der Bezirke, ignoriert ja in Wirklichkeit, daß Wien ein gesamtes Ganzes ist, und so wie Sie ignorieren auch viele Kritiker in manchen Medien bedauerlicherweise diese Grundtatsache einer verantwortungsvollen Politik.

Natürlich ist es, das gebe ich unumwunden zu, in manchen Einzelfällen nicht unattraktiv, die Lösung zu präsentieren, die bisher überhaupt niemandem eingefallen ist. Diese aber in einen Gesamtrahmen zu stellen und die städtische Entwicklung in allen Bereichen sicherzustellen, ist ein unbedankter, ein viel schwierigerer, aber der einzige Weg einer geordneten Entwicklung unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Dieses Erkennen der Zusammenhänge kann und darf uns freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß es berechnete kurzfristige Forderungen und Wünsche der Bevölkerung gibt. Eine Stadt ist nichts, was irgendwann einmal fertig sein kann, und der Zielpunkt, den jede Planung anpeilt, ist daher immer ein fiktiver, weil sich Bedingungen und Anforderungen verändern. Keine Generation von Wienern kann für sich in Anspruch nehmen, so klug zu sein, daß sie die Entwicklung für alle künftigen Generationen fortschreiben dürfte.

Meine Damen und Herren! Die Zukunft, auch wenn wir sie stets im Blick haben müssen, darf die Entfaltung und die Erfüllung der heute in dieser Stadt Lebenden nicht behindern, darf ihnen nicht nur Opfer und Verzicht auferlegen. Deshalb setzen wir uns gegen eine politische Methode zur Wehr, die übergreifende Zusammenhänge ignoriert und auch die Solidarität der Bürger unserer Stadt zu durchlöchern trachtet.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier ganz deutlich feststellen: So wenig sich — wenn sich das auch manche der Propagandisten in der ÖVP wünschen würden — die SPÖ auseinanderdividieren läßt, so wenig lassen sich auch die Wiener ausein-

anderdividieren. Denn Lösungen können nur gemeinsam gefunden werden. Lösungen, die eine Gruppe von Wienern zum Nachteil einer anderen begünstigen, werden nicht nur bei uns Sozialisten, sondern auch in der Bevölkerung auf Widerstand stoßen. Davon bin ich ganz fest überzeugt.

Meine Damen und Herren! Wir hätten gerne die Oppositionsparteien eingeladen, mitzudiskutieren, aber es geht hier nicht um die Diskussion, wie man immer wieder sieht, sondern es geht darum, kurzfristige, vielleicht irgendwelche publizistische Erfolge zu haben, die in keinem Einklang zum Ergebnis stehen.

Meine Damen und Herren! Die permanenten Versuche, hinter allem und jedem einen neuen Skandal zu entdecken, diese bewußte Verdrehung und Mißdeutung jeder Handlung, dem werden wir uns nicht beugen. Und wenn einmal grundsätzlich unterstellt wird, hinter jeder Auftragsvergabe stehe Korruption und Bestechung, ohne auch Beweise liefern zu können, dann hört das auf, eine Frage der Parteienkonkurrenz zu sein.

Meine Damen und Herren! Wir vertrauen an sich auf den Grundkonsens der Demokraten, wir vertrauen ebenso auf das Grundprinzip der Ehrlichkeit und der Anständigkeit auch unter den Wiener Journalisten oder gerade darunter, und wir haben die Hoffnung, daß die Methoden eines Herrn Bergmann, die Methoden eines Nachrichtenmagazins namens „profil“ und die offenkundige Vorrangstellung, die es da oder dort gibt, auch bei manchen leitenden Funktionären in einer der wichtigsten Institutionen unserer Republik, die Partei vor die Staatsinteressen zu stellen, zumindest nicht von allen Funktionären der ÖVP gebilligt werden und daß nicht alle Journalisten dieser Stadt der gleichen Ansicht sind.

Meine Damen und Herren! Wir laden die Opposition zur Konkurrenz der Ideen ein. Wir laden sie und die Medien zu offener Kritik ein. Aber wir lehnen leidenschaftlich jene Methoden ab, deren Zeugen wir gerade in den letzten Tagen geworden sind. Und wir rufen jenen in der ÖVP, denen am Schicksal unserer Demokratie etwas liegt, und auch jenen Journalisten, die ihren Beruf als öffentliche Verpflichtung betrachten, mit Ernst und Entschlossenheit zu, sich von diesen Tendenzen loszusagen.

Es hat nicht erst heute begonnen, sondern schon seit Monaten — und es wird wohl kein Zufall gewesen sein, daß Höhepunkte stets vor Wahlen erreicht werden — können wir vor allem im „Kurier“, aber mitunter auch im „profil“ solche Tendenzen erkennen. Da hat es monatelange Kampagnen vor der Gemeinderatswahl gegeben. Wie lösen sie sich auf? Eine Zeitung, die vor den Wahlen geschrieben hat: „Mit Miet-Jets und Parteispenden — Staatsanwalt untersucht Gerücht um Parteispende — Die Mieter erkämpfen Geld zurück“, hat nach der Wahl geschrieben: „Keine Spende an die SPÖ.“ Eine andere Zeitung meinte vor der Wahl: „Die dunklen Geldquellen der Parteien — Das Geld erhält die SPÖ.“ Nach der Wahl: „Diese Tatsachenmitteilung ist unrichtig. Wahr ist vielmehr, die SPÖ hat kein

Geld erhalten.“ Es ist zwar sehr löblich, daß sich die Gerichte hier in ordentlicher Weise verhalten, aber es ist sehr bedauerlich, daß diese Methoden weitergehen.

Und wenn es heute darum geht, daß ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Rechnungshofbericht in Zeitungen abgehandelt wird, dann deutet das in die gleiche Richtung hin.

Die größte Blamage hat sich sicherlich das „profil“ in seiner jüngsten Ausgabe geleistet. Da bezieht man sich nämlich auf ein Ereignis, das im Rechnungshofbericht angeblich vorgekommen ist, und meint: Es ist doch ungeheuerlich, daß sich ein Minister ein verspiegeltes Badezimmer um 180.000 Schilling eingerichtet hat. Nur, der Schönheitsfehler: Jener Journalist, der das recherchierte, hätte das dann gerne fotografiert. Aber wie immer bei Hirngespinnsten: So etwas gibt es nicht zu fotografieren.

Das „profil“ hat die Story — denn man kann ja nicht „Geschichte“ sagen — auf der Seite 3 angekündigt: „Die Spesenregierung.“ Auf der Seite 12 kommt ganz etwas anderes vor.

Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr ernsthaftes Thema. Denn Politik ohne die entsprechende Diskussion in der Öffentlichkeit, für die die Medien ganz einfach da sind, ist wie eine Rundfunkstation ohne Empfangsgeräte.

Aber wenn immer nur in einer Richtung, wenn immer nur die Verteufelung der Politik in die Landschaft hinausposaunt wird, dann kann es passieren, daß jene Generationen, die nachrücken, die nachkommen, den Glauben an die Demokratie und an ihre Institutionen verlieren.

Und wenn ich die letzten Worte des Herrn Vizebürgermeisters in seinem Referat hier, das er vor diesem Spruch gehalten hat und in dem er gesagt hat, wir sollten diesen Weg nicht weitergehen, als Endbahnhof seiner bisherigen Äußerungen gegenüber der Stadt und gegenüber der SPÖ auffassen darf, dann pflichte ich ihm bei. Denn wir alle gemeinsam können die Demokratie in diesem Staate stark machen. Jeder für sich allein wird das wahrscheinlich nur viel schwieriger zusammenbringen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Ergebnisse der großen Diskussion innerhalb und außerhalb der SPÖ berichten und die entsprechenden Anträge vorlegen, so bin ich sicher, daß damit eine weitere Periode von viereinhalb Jahren fruchtbarer Arbeit für unsere Stadt, für die Wienerinnen und Wiener eingeleitet ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner ist Herr GR. Dkfm. Bauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem es ja heute offensichtlich unter Billigung der Vorsitzenden für jeden möglich ist, über alles und jedes zu reden, hat sich auch der Bogen vom „Simpl“ bis hin zum sozialistischen Ammenmärchen von der Grazer Stadtverwaltung gespannt.

Sie werden mir gestatten, daß ich natürlich auf die diesbezüglichen Vorwürfe des Herrn GR. Edlinger, meines geschätzten Vorredners, eingehe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses sozialistische Ammenmärchen über diese schreckliche reaktionäre Stadtverwaltung Graz (GR. Gawlik: Reaktionär nicht, konservativ!) beginnt mit den Märchenerzählungen von der Überschuldung dieser Stadt. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang folgende Zahlen nennen, und ich hoffe, Sie merken sich's ein für alle Mal.

Die Pro-Kopf-Verschuldung, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landeshauptstädte Österreichs spannt sich in einem weiten Bogen von 18.638 Schilling pro Kopf in der Landeshauptstadt Tirols bis hin zu 2.591 Schilling in Linz. Wobei Sie mir gerne einräumen werden, daß Linz mit seiner großen Industrieansiedlung VÖEST und dergleichen eine Sonderstellung einnimmt.

Graz, meine sehr geehrten Damen und Herren, befindet sich mit der Pro-Kopf-Verschuldung an der achten Stelle, nämlich vor Linz, und erst dann kommt Wien mit 9.576 Schilling — im Vergleich dazu Graz 5.225 Schilling. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Ohne Wohnhausbau!) Horchen Sie einmal zu, Herr Stadtrat Mayr, das werden Sie ja auch einmal können, nicht? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Ich habe ganz genau zugehört!) Sie sind heute der eifrigste Zwischenrufer! Den ganzen Tag! Gehen Sie heraus, wenn Sie etwas zu sagen haben! Das ist doch zu blöd so etwas! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Das sind Ausdrücke!) Na, „blöd“ ist ein sehr volkstümlicher Ausdruck! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Das sind Manieren!) Ich habe nicht „Sie sind blöd“ gesagt, sondern „es ist zu blöd“. Das ist sehr volkstümlich und gar kein Grund zur Aufregung. Solange ich Sie nicht persönlich beleidige, gibt es da überhaupt keinen Grund zur Aufregung. (GR. Gawlik: Ich werde mir das merken, Herr Kollege Bauer! Ich werde auch 'hie und 'da volkstümlich sein!)

In aller Ruhe, Herr Stadtrat Mayr, einige weitere Zahlen, wenn Ihnen das nicht gefallen hat, was ich verstehe. In der Zeit zwischen 1974 — wo diese unheilvolle Konstellation begonnen hat, die jetzt nach Ihren Informationen, Sie wissen wieder einmal mehr als alle anderen, in anderen Häusern fortgesetzt werden soll, hat der Herr Kollege Edlinger gesagt —, also in der Zeit zwischen 1974 und 1976 stieg die Pro-Kopf-Verschuldung in Wien — Herr Finanzstadtrat Mayr, bitte aufzumerken: in Wien — um 43 Prozent, in Eisenstadt um 26 Prozent, in Bregenz um 18 Prozent und in Graz, hier wieder an der letzten Stelle, um 0,8 Prozent. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Weil sie keine Schulden mehr haben aufnehmen können!) Sehr geehrter Herr Stadtrat Mayr! Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich selber. Wenn Sie aber keine Ruhe geben, dann sage ich Ihnen noch eine Zahl. Das von Ihnen mit Verve und Liebe verständlicherweise gezeichnete Bild ist auch in einem anderen Detail völlig falsch und daneben. In der Zeit der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei in Graz betrug der Schuldendienst 13,3 Prozent des Gesamtbudgets. Zurzeit,

also bereits nach wenigen Jahren, beträgt er nur mehr 11,1 Prozent. Also auch hier ein Eindämmen der von der seinerzeitigen sozialistischen Finanzverwaltung gemachten Überschuldung. Auch hier ein deutliches Eindämmen und Zurückdrängen dieser Entwicklung. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Nicht einmal zurückgezahlt werden sie!) Ich danke für den Zwischenruf. Ich komme gleich darauf zurück.

Bevor diese Entwicklung, angeblich auf Kosten der Ärmsten, geschildert werden muß und auf den Herrn Vorredner eingegangen werden soll, muß auch auf diesem Gebiet einmal die Entwicklung dargestellt und die Zuständigkeiten für diese Ressorts klar und deutlich ausgesprochen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Pensionistenheime und das geriatrische Krankenhaus unterstehen in Graz dem Sozialamt. Wissen Sie, wer der politische Referent dieses Sozialamtes ist? Das ist der SPÖ-Vizebürgermeister Karl Stoiser, Obmann der SPÖ. (GR. Edlinger: Ihr habt das doch gemacht!) Lassen Sie sich Zeit, Herr Kollege Edlinger. Nicht nervös werden. Ich verstehe schon, daß Sie nervös sind. Sie hätten sich Ihre Ausführungen lieber ersparen sollen.

Die Kindergärten und Horte unterstehen dem Jugendamt. Wissen Sie, wer dort der politisch Verantwortliche ist? (Zwischenruf bei der SPÖ: Alfred Stingl!) Sie wissen es also. Dann argumentieren Sie wider besseres Wissen und wollen die anderen für dumm verkaufen. (Zwischenruf des GR. Edlinger.) Lassen Sie sich Zeit, Herr Kollege Edlinger. Der politische Referent, der politisch dafür Zuständige ist der SPÖ-Stadtrat Alfred Stingl.

Jetzt bitte ich doch um Zustimmung und Verständnis, wenn ich verlange, daß das, was hier im Wiener Gemeinderat jahrelang, jahrzehntelang richtigerweise praktiziert worden ist, auch für Graz Gültigkeit besitzen muß, nämlich daß die politisch Zuständigen, die Stadträte etwa, natürlich für die entsprechende Antragstellung bei Gebühren- und Tarifierhöhungen Sorge tragen. Es ist auch bei uns so, daß nicht zum Vergnügen des Herrn Stadtrates Nekula Gebühren- und Tarifierhöhungen im Verkehrsressorts erfolgen, deren Antrag natürlich der Herr Stadtrat Nekula eingebracht hat. Ihre Genossen in Graz haben unverantwortlicher Weise, muß ich sagen ... (Zwischenrufe des amtsführenden Stadtrates Schieder.) Herr Stadtrat Schieder, melden Sie sich zum Wort, und lassen Sie mich ausreden. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Herr Vorsitzender, wenn Sie wünschen!) Ihre Genossen in Graz haben sich diese Sache unverantwortlicher Weise sehr einfach und billig gemacht. Sie haben folgendes getan: Obwohl politisch zuständig und mit der Ressortführung betraut, haben sie seit 1974, als sie den Bürgermeister verloren haben, aus Justamentstandpunkt, weil sie Sand ins Getriebe streuen wollten, keinerlei diesbezügliche Anträge auf Tarif- und Gebührenkorrekturen eingebracht. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat dazu geführt, daß im Verlaufe der letzten sechs Jahre ein großer Rückstand an Gebührenaufbringung speziell in diesen

Bereichen entstanden ist. Denken Sie nur an die Gebühren- und Tarifierhöhungen hier im Wiener Gemeinderat, wo ich immer das Vergnügen hatte ... (Amtsführender Stadtrat Schieder: Was Sie immer fordern!) Ich bin ja nicht politisch zuständig und verantwortlich dafür, im Gegensatz zu Ihren Genossen in Graz, die dafür die Verantwortung als Stadt- und Ressortleiter tragen. Verstehen Sie das nicht? (Zwischenruf bei der SPÖ: Oh ja!) Offensichtlich nicht.

Herr Gemeinderat Edlinger hat gemeint, daß es Tarif- und Gebührenerhöhungen bis zu 150 Prozent gegeben hat. Erinnern Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich Ihnen die Tarif- und Gebührenerhöhungen im Reiche Nekulas bei der letzten Budgetdebatte vorgerechnet habe, sind wir hier auf Gebühren- und Tarifierhöhungen innerhalb der letzten fünf Jahre von 150 Prozent und 160 Prozent gekommen. Seien wir uns also darüber einig, daß rein prozentmäßig die Tarif- und Gebührenerhöhungen in Graz teilweise geringer als in Wien waren, oder, einigen wir uns wenigstens, daß sie im Verlaufe der letzten sechs Jahre gleich gestiegen sind.

Jetzt bitte ich noch um etwas Aufmerksamkeit für die absoluten Zahlen. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Das genügt schon!) Ich weiß schon, daß Sie das nicht gerne hören wollen. Aber ich werde es Ihnen immer wieder sagen, bis Sie aufhören, wider besseres Wissen hier zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Edlinger hat insbesondere die unsozialen Tarife und Gebühren im geriatrischen Krankenhaus Graz angeführt. Wissen Sie, wieviel der Tagessatz beträgt, der dort eingehoben wird? — 190 Schilling! Sie wissen wahrscheinlich sehr genau, wieviel in Lainz pro Tag eingehoben wird: nämlich 200 Schilling! Ich weiß nicht, was es da noch viel zu diskutieren gibt? (GR. Dr. Hirnschall: Jetzt seid Ihr ruhig! — Amtsführender Stadtrat Mayr: Stellen Sie den Antrag, Herr GR. Hirnschall, daß die Grazer den Wiener Stadtbahntarif bekommen! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter (das Glockenzeichen gebend): Bitte, lassen Sie den Diskussionsredner weitersprechen!

GR. Dkfm. Bauer (fortsetzend): Herr Kollege Edlinger hat offensichtlich mangels entsprechender Information gemeint, er müsse auch noch die unsozialen Tarife und Gebühren bei den Kindergärten anführen. Ich kann Ihnen auch dazu einige Zahlen sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der jetzt von Bürgermeister Götz vorgenommenen Neuregelung dieser Gebühren schaut das so aus, daß der Höchstbeitrag, der in den Grazer Kindergärten zu bezahlen ist, für eine Familie mit zwei Kindern 940 Schilling im Monat beträgt. Wissen Sie, wer diesen Höchstbeitrag bezahlen muß? — Das muß nur der bezahlen, der über ein monatliches Einkommen von mindestens 12.000 Schilling, zusätzlich der Zulagen, zusätzlich aller Sonderzahlungen, zusätzlich des dreizehnten und vierzehnten

Monatsbezuges und zusätzlich der Überstundenleistungen verfügt. Der niedrigste Satz, der in Graz nach einer entsprechenden Sozialstaffelung in sechs Stufen zu entrichten ist, beträgt 380 Schilling für eine Familie mit zwei Kindern. Ich weiß daher nicht, woher Sie die Stirn nehmen, hier von einer unsozialen Tarif- und Gebührenpolitik im Bereiche der Grazer Stadtverwaltung zu sprechen. Die Realität habe ich Ihnen, glaube ich, nun sehr eindringlich geschildert.

Mein sehr geehrter Herr Vorredner hat dann auch noch sehr breit über die Diskussionsphase — damit ich Ihnen eine Freude mache: über die Diskussionsphase der SPÖ — in den letzten Monaten gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß Zehntausende Parteimitglieder und auch Nichtparteimitglieder sich an dieser Diskussion, an diesen neuen Vorstellungen beteiligt hätten. Laut offizieller Lesart, so hat es zumindest vor dem Oktober des vergangenen Jahres geheißen, waren es 75.000 Genossinnen und Genossen. (Zwischenruf bei der SPÖ: Wienerinnen und Wiener!) Auch Wienerinnen und Wiener, selbstverständlich. Es werden aber in der Mehrzahl Genossinnen und Genossen gewesen sein. Schauen Sie, Herr Kollege, die Wiener SPÖ verfügt meines Wissens über 250.000 Mitglieder. Wenn sich davon 75.000, also ohnehin nur rund ein Drittel an dieser Diskussion der Mitglieder beteiligt haben, so kann ich mit Fug und Recht annehmen, daß es in der überwiegenden Anzahl Parteiangehörige gewesen sein müssen, sonst wäre ja die Beteiligung innerhalb der eigenen Partei sehr gering gewesen, wenn nur etwa 35.000 Parteimitglieder, also etwas mehr als 10 Prozent, hier mitgewirkt hätten.

Jedenfalls haben sich hier Wienerinnen und Wiener, Genossinnen und Genossen, über das Wahl- und Kommunalprogramm für die derzeit laufende Verwaltungsperiode unterhalten und darüber nachgedacht. Das Ergebnis dieses Nachdenkens, dieser Diskussion, dieser Arbeit, muß offensichtlich unbefriedigend gewesen sein, denn jetzt hat man ja wieder nachgedacht, drei Monate, vier Monate lang. Wenn man in dieses Nachdenken auch jenes über die neue Ressortenteilung, die im Detail noch immer nicht feststeht und über die wir ja erst in der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates debattieren werden, miteinbezieht, dann hat diese Denkpause schon fast ein halbes Jahr gedauert.

Nach langen und — wie es scheint — schweren innerparteilichen Wehen, hat die SPÖ „gekreißt“ — wenn ich so sagen darf — und die drei neuen Stadträte Hatzl, Veleta und Zilk geboren.

Ich habe nun gelesen, daß der Herr Bürgermeister — er hat es ja auch heute hier wieder unterstrichen — kein Freund rascher Entschlüsse ist und daß er eben sehr lange nachdenken und breit diskutieren wollte.

In dem Zusammenhang möchte ich nur anmerken, daß es für mich einigermaßen überraschend gewesen ist, daß man in einer so großen Partei, wie es die SPÖ zugegebenermaßen ist, Monate braucht, um drei Genossen zu finden, die zur Über-

nahme eines Stadtratpostens bereit und in der Lage sind. Aber trotz dieses angeblich so breiten innerparteilichen Willensbildungsprozesses, hat man offensichtlich aneinander vorbeigedacht. Die Basis dürfte etwas anderes gedacht haben als die Führung; nicht anders sind die Ereignisse auf dem jüngsten außerordentlichen Parteitag der SPÖ in der Wiener Stadthalle wohl zu verstehen.

Wie gesagt, wir wollen uns ganz bewußt mit den neuen Stadträten hier und heute noch nicht kritisch auseinandersetzen, sondern wollen von jedem annehmen, daß er sein Bestes zu geben versuchen und im Sinne unserer Stadt und der darin wohnenden Bürgerinnen und Bürger arbeiten wird.

Natürlich erlauben wir uns, zumindest einmal die geplante und in groben Umrissen immerhin schon vorliegende neue Ressortenteilung ein wenig einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Sie zeichnet sich — so glaube ich, feststellen zu können — durch Unausgewogenheit aus. Einerseits wurden hier Verwaltungsgruppen wie Christbäume nach dem 6. Jänner abgeräumt, auf der anderen Seite hat man Mammutressorts geschaffen. So wurde beispielsweise das Ressort von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner auf ein Minimum an Kompetenzen zusammengestutzt. Ihr bleibt lediglich das Jugendreferat und die Schulhausverwaltung. (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Und die Bildung und die Familie!) Sie soll sich nun vermehrt um Repräsentationsaufgaben kümmern. Ich glaube, das hat sie bisher auch schon mit dem ihr von mir immer zugestandenen Charme erfüllt; deswegen hätte man ihr keine Sachkompetenzen wegnehmen müssen. Ich glaube, sie hätte das so wie bisher ebensogut und mit ebenso großem Einsatz erfüllen können. Also, was soll's?

Herr Stadtrat Nekula soll nunmehr Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten werden. Zum früheren Herrn Stadtrat Heller gehörten immerhin noch die Sportagenden. Wie gesagt, jetzt wird sich das Ressort auf Personal- und Rechtsangelegenheiten reduzieren.

Ich gehöre nun seit etwa fünfeinhalb Jahren jenem Ausschuss an, in dem bisher die Rechtsangelegenheiten ressortierten. Ich weiß zumindest einigermaßen, wie umfangreich die diesbezüglichen Agenden sind, nämlich nicht allzu umfangreich. Schwerpunkte sind dabei das Bevölkerungswesen und die Wahlen, die alle fünf bzw. vier Jahre durchgeführt werden. Also auch in diesem Verwaltungsbereich ein Zusammenstutzen der Kompetenzen auf Minidimensionen.

Der Stadtplanung des Herrn Univ.-Prof. Dr. Wurzer soll die Magistratsabteilung 46 entzogen werden. Die Geschäftsgruppe des Herrn Stadtrates Mayr soll zwar den Titel Finanzen und Wirtschaftspolitik tragen — habe ich gehört —, herausgelöst soll aber gleichzeitig die gesamte Vermögensverwaltung der Stadt werden, also die Aufsicht über die gesamten Gemeindebetriebe, die in der Holding zusammengefaßt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sind denn dann Unternehmungen, die der Gemeinde

Wien gehören oder an denen sie maßgeblich beteiligt ist? Was sind denn die anderen als ein ganz wesentlicher, ja wenn nicht überhaupt der Bereich der kommunalen Wirtschaftspolitik schlechthin? Ich verstehe daher nicht, wenn man einerseits ein Finanz- und Wirtschaftsressort übertitelt und ihm gleichzeitig auf der anderen Seite einen ganz wesentlichen Bereich der Wirtschaftspolitik einer Kommune entzieht.

Die Vermögensverwaltung soll jetzt einem der neugeschaffenen Riesenressorts zugeordnet werden, nämlich jenem des neuen Stadtrates Veleta, zuständig für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Ich fürchte, daß diese Herauslösung der Vermögensverwaltung aus dem Finanzressort zu keiner Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit führen wird, sondern im Gegenteil zu einer Zwei- wenn nicht sogar Dreigleisigkeit. Warum, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wir verfügen also nunmehr über drei Stellen, an denen über diese Vermögensverwaltung beraten, debattiert und Beschluß gefaßt wird.

Erstens einmal wird sich natürlich nach wie vor das Wirtschaftsressort, der Herr Finanzstadtrat Mayr, damit beschäftigen müssen, zweitens der neue Ressortchef Veleta im Rahmen der Vermögensverwaltung, und last, not least gibt es auch noch die Holding.

Ein weiterer wahrer Mammutverwaltungsbereich ist dem Herrn Stadtrat Nittel mit den Agenden Verkehr und Energie zugedacht. Waren das Stadtwerkerressort und das U-Bahn-Ressort schon bisher keine kleinen Verwaltungsbereiche, so sollen nun auch noch alle Verkehrsagenden zusätzlich übernommen werden, ihm zuwachsen. Gleichzeitig überlegt man — und auch hier wieder eine Ungereimtheit —, ob nicht die Verkehrsbetriebe wieder aus dem Ressort, dem man gerade alle Verkehrsagenden zugeordnet hat, herausgelöst werden sollen. Meiner Meinung nach ein Widerspruch in sich — Hühott-Politik par excellence.

Darüber hinaus soll der Herr Stadtrat Nittel für alle Energieversorgungsfragen zuständig sein. Eine Aufgabe, die in der derzeitigen Situation am Energiesektor, nicht zuletzt auch nach dem Volksentscheid über Zwentendorf, äußerst schwierig und umfangreich ist. Ich glaube, daß diese Aufgabe allein schon eine eigene Verwaltungsgruppe rechtfertigen könnte. Jedenfalls ist sie nach freiheitlicher Ansicht zu wichtig und zu umfangreich, um sie als Anhängsel oder — vielleicht für Ihre Ohren schöner ausgedrückt — als Teilbereich eines ohnehin schon riesigen Verwaltungsbereiches zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man also — summa summarum — die neu geplante Ressortenteilung, soweit sie in groben Umrissen vorliegt, betrachtet, bekommt man unweigerlich das Gefühl, daß hier zumindest nicht ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen worden ist, sondern daß hier die personellen Probleme, die ja selbst noch am Ende dieser mehrmonatigen Nachdenk- und Diskutierphase innerhalb der SPÖ

in der Stadthalle zu spüren waren, mit, wenn nicht überhaupt im Vordergrund gestanden sind.

Offensichtlich ist es doch so, daß man nicht alle der derzeitigen Führung der Wiener SPÖ nicht genehmen Damen und Herren der bisherigen Stadtverwaltung in die Wüste schicken konnte. Man hat sich damit begnügen müssen, sie zumindest in ihren Kompetenzen zu beschneiden. Andere waren offensichtlich der Parteibasis nicht ganz recht, und daher konnte man sie ihrerseits wiederum nur mit Miniagenden ausstatten.

Das Ergebnis dieser innerparteilichen Auseinandersetzung in Sachen Personalia ist die von mir geschilderte und skizzierte Unausgewogenheit, die nach freiheitlicher Auffassung nicht zur wünschenswerten und notwendigen Verwaltungsvereinfachung und Verringerung der Wiener Rathausbürokratie führen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im letzten Drittel meiner Ausführungen möchte ich unterstreichen, daß natürlich nichts dagegen einzuwenden ist, wenn viele Menschen in einer Partei über etwas lange nachdenken. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn in einer Partei zweimal über etwas nachgedacht wird, nämlich vor der Wahl und nach dem Volksentscheid. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich meine aber, daß dabei etwas Gutes und Brauchbares herauskommen sollte. Das aber bezweifeln wir mit Fug und Recht, wie ich es hier darzulegen versucht habe. (Zwischenruf des amtsführenden Stadtrates Schieder.) Ich gebe Ihnen nachher einen kurzen semantischen Nachhilfeunterricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sensationell sind ja auch die übrigen Resultate der Nachdenkpause gerade nicht, wenn zum Beispiel als Ergebnis das Schlagwort von einer volksnahen Verwaltung geboren wurde. (Bürgermeister: Das ist eine Überschrift, kein Schlagwort!) Ich habe dies als Zitat, weil es unter Anführungszeichen gestanden ist, der „Rathaus-Korrespondenz“ entnommen.

Meine Damen und Herren! Ich halte grundsätzlich nichts davon, wenn man im Gemeinderat darzulegen versucht, wem etwas früher, besser, schneller eingefallen ist. Dieses Nachvollziehen von Vorschlägen ist aber diesmal so knüppeldick gekommen — ich kann ja nur für meine Partei, die freiheitliche Opposition sprechen —, daß ich es mir nicht verkneifen kann, wenigstens zwei oder drei der gravierendsten ins Auge springenden Dinge zumindest mit einem Satz in Erinnerung zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die Bezirke bei kommunalpolitischen Entscheidungen in Zukunft mehr Mitspracherecht erhalten sollen, hat die Wiener FPÖ schon in ihrem Programm 1973 gefordert. Aber wir haben es uns nicht so leicht gemacht, wie Sie nun vielleicht glauben. Nein, es war ein eigenes Kapitel mit sehr detaillierten und umfassenden Vorschlägen, in welche Entscheidungsprozesse und wie die Bezirke miteinbezogen werden könnten. Das ging bis zu konkreten Vorschlägen für die Finanzierung, und wir forder-

ten sogar die Bereitstellung eigener Budgetmittel für die Bezirksvertretungen.

Sie sind nun draufgekommen, daß der Stadterneuerung vor der Stadterweiterung der Vorrang einzuräumen ist. Auch das, bitte sehr, finden Sie im Kommunalprogramm der FPÖ des Jahres 1973. Der Beschleunigung der öffentlichen Verkehrsmittel ist in unserem Kommunalprogramm für die jetzige Verwaltungsperiode unter dem Titel „Schneller und bequemer ans Ziel“ ein ganzes Kapitel mit detaillierten Vorschlägen gewidmet. Und die als historische Tat gefeierte Entscheidung, die Vorortelinie mit der U-Bahn als Ergänzung zu verknüpfen, wurde von uns Freiheitlichen in diesem Haus bereits vor zwei, drei und mehr Verwaltungsperioden gefordert. (Amtsführender Stadtrat Hatzl: Das müssen Sie erst beweisen!) Das ist in den stenografischen Protokollen nachzulesen.

Herr Stadtrat Mayr konnte sich wieder einmal einen Zwischenruf nicht verkneifen, weshalb ich auch das sagen muß: Daß Herr Bürgermeister Gratz in Zukunft Sprechstunden abhalten soll, wurde von unserem Klubobmann Dr. Hirschnall in der Fernsehdiskussion urgiert. Denn dieser Vorschlag kam ja von der FPÖ. Dieser Vorschlag wurde damals mit dem Hinweis, daß man Briefe auch in der Nacht lesen könne, während man Sprechstunden zu diesem Zeitpunkt nicht abhalten kann, eher als unnötiger Vorschlag vom Tisch gewischt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann das Ergebnis der Denkpause der Wiener SPÖ drehen und wenden wie man will — selbst bei wohlwollender Betrachtung muß man zusammenfassend sagen: Viel Lärm um wenig bis nichts!

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR. Hahn. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Wohnen und Stadterneuerung haben gewiß sehr viel mit Kultur zu tun. Wohnen gehört zur Kultur, wenngleich es in Wien jahrzehntelang leider eher vernachlässigt wurde. (Bürgermeister: Ja, durch die Christlich-Soziale Partei!) Herr Bürgermeister, es wurde deshalb vernachlässigt, weil es immer nur wenig kosten durfte. Wenn Sie wollen, können wir eine historische Wohnungsdebatte abführen, aber dann wird meine Rede länger dauern. Ich komme aber sowieso zu einigen Punkten, zu denen gewiß Sie oder einer der Redner Ihrer Partei wird Stellung nehmen können.

Das Kapitel Wohnen wird in Zukunft gewiß auch viel mit dem neuen Ressort Bürgerdienst zu tun haben. Ich werde Ihnen einige Beispiele bringen. Sie müssen sich anhören, was ich Ihnen zu sagen habe. Sie haben zum Beispiel von den Diskussionsrednern beider Oppositionsparteien gleich passagenweise abgeschrieben. Sie haben wie bei einer Schularbeit Sätze abgeschrieben, die noch vor fünf Jahren hier nie zu Papier hätten gebracht werden dürfen. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Wo schreibt man ab, wenn nirgends etwas steht!) Herr

Stadtrat Schieder, legen Sie einmal alle Programme nebeneinander. Ich werde es Ihnen dann beweisen.

Jedenfalls sind wir sehr froh, daß nun die Stadterneuerung bei Ihnen Priorität genießt. Das ist sicherlich ein Einlenken. Sie schreiben nun darüber viel mehr und textlich präziser, als Sie es früher getan haben. Interessant sind auch die Sätze „Übergang der reinen Wohnungspolitik zur Politik für eine wohnliche Stadt“ oder „Erneuerung des menschlichen Zusammenlebens“ — alles Sätze, die uns von der ÖVP wohl vertraut erscheinen, die aber bei der SPÖ erst in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Ich fange trotzdem mit dem Bürgerdienst an, um den nunmehrigen Stadtrat Dr. Zilk zu fragen, ob er bereit ist, rasch ein Problem zu lösen, das ihm als Präsentator der Sendung „In eigener Sache“, aber auch in seiner Eigenschaft als Ombudsmann der „Kronen-Zeitung“ sehr vertraut sein muß. Ich meine die Preistreiberei der Firma Aarglas, auf die unsere Kollegin Hampel-Fuchs in ihrer Rede am 14. Dezember 1978 hingewiesen hat. Sie hat Vergleiche mit ortsüblichen Preisen angestellt, Sachverständigengutachten zitiert und auf die Anzahl der seit einem Jahr laufenden insgesamt 50 Verfahren — weitere 30 sollen noch offen sein — hingewiesen. Trotz der Appelle der Kollegin Hampel-Fuchs hat weder der bisherige Stadtrat für Konsumentenschutz, Heinz Nittel, noch der für Strafen für Preistreiberei nach § 15 Abs. 1 des Gesetzes zuständige Stadtrat Peter Schieder etwas unternommen. Die Hauptkritik der Kollegin Hampel-Fuchs bezog sich darauf, daß diese Firma zwar gestraft wird, aber die 1.000 Schilling immer lachend bezahlt. Mehr mußte diese Firma nämlich nicht bezahlen, egal ob der Preis um 16.000 Schilling oder um 24.000 Schilling überhöht war. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Ich bin ja nicht zuständig!) Oh doch. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Das glauben Sie! — Zwischenruf des amtsführenden Stadtrates Mayr.) Aber bitte, Herr Stadtrat Mayr, nun muß ich es Ihnen in aller Ruhe sagen. Es ist ein Unterschied, ob einer zum Beispiel — nun komme ich sehr ins Detail — vom Petuely verurteilt wird, weil die Wurstbröckel zu groß oder zu klein sind, und deshalb 5.000 Schilling Strafe bezahlt, oder ob die Firma Aarglas konstant ... (Zwischenruf bei der SPÖ: Die im Gesetz vorgesehene Höchststrafe beträgt 1.000 Schilling.) Ich weiß nicht, warum Sie so nervös werden. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Weil wir uns wirklich bemüht haben, daß wir das ganze hinkriegen!) Ich habe nach den Weihnachtsfeiertagen Herrn Stadtrat Nittel noch einmal angerufen und höflich mit ihm darüber gesprochen. Ich habe ihn gebeten, mir Bescheid zu geben. Heute schreiben wir den 14. Februar, aber ich habe bis heute keinen Bescheid erhalten. Ich habe Herrn Stadtrat Nittel sogar ersucht, das Einvernehmen mit Ihnen herzustellen. Also nur nicht aufgeregt sein. Ich weiß gar nicht, warum Sie nun so aufgeregt sind.

Herr Stadtrat Dr. Zilk, es wird also Ihre erste große Tat als Bürgerdienstler sein, hier dagegen etwas zu unternehmen. Sie haben ja schon seinerzeit

in der Zeitung geschrieben: „Trotz Verurteilung macht Aarglas fröhlich weiter. Wann wacht die Behörde auf?“ Jetzt liegt es also in Ihrer Hand, daß die Behörde aufwacht. (Stadtrat Dr. Zilk: Die Behörde ist schon vorher aufgewacht! Das Verfahren läuft schon!) Zumindest habe ich nichts davon erfahren. Aber gut, Sie nehmen die Dinge mit gewohnter forscher Hand in die Hand. Wenn es Ihnen gelingt, hier durchzugreifen, werden wir neidlos sagen, das ist Ihr erster Erfolg. Herr Stadtrat Mayr, Sie brauchen gar nicht zu lachen, denn eineinhalb Jahre hat die Magistratsabteilung 63 nichts getan. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Er lacht doch über den Ausdruck forscher Hand!)

Im übrigen wird die erst am 26. Februar zu beschließende Geschäftseinteilung, die vierte in fünfzehn Jahren, zeigen ... (Zwischenruf des amtsführenden Stadtrates Mayr.) Das ist noch keiner SPÖ-Regierung gelungen, das muß ich zu deren Ehre sagen. Dort wird zwar manchmal umgebildet und werden Staatssekretäre in Ämter berufen, von denen man dann nichts mehr hört, und wenn, dann eher in sehr unliebsamen Sinn; aber jedenfalls ist die SPÖ-Bundesregierung in den letzten fünfzehn Jahren nicht so oft umgebildet worden, wie hier der Stadtsenat mit Ihren eigenen Genossen.

Man wird also sehen, was dieses neugeschaffene Referat zu leisten im Stande ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber doch das Büro für Sofortmaßnahmen erwähnen, und Sie werden hoffentlich nichts dagegen haben, wenn ich diesem Büro ein Lob ausspreche. Dieses Büro für Sofortmaßnahmen arbeitet gewiß manchmal unkonventionell, aber es hat immer wieder versucht, arge Probleme schnell zu lösen. Ich komme allerdings noch auf ein Problem zu sprechen, bei dem es auch diesem Büro nicht gelungen ist, es zu lösen. Das wird sich hoffentlich der neue Stadtrat Hatzl gleich gut merken.

Wir hoffen, die neue Geschäftseinteilung rechtzeitig zu erhalten, denn momentan sind wir auf die Informationen der „Rathaus-Korrespondenz“ angewiesen. Danach soll also ein Teil der Kompetenzen doch wieder bei der Magistratsdirektion verbleiben. Dazu muß ich allerdings noch einmal sagen, daß uns die Magistratsdirektion sehr überdimensioniert erscheint.

Meiner Meinung nach wird der Bürgerdienst auch noch mit anderen Dingen, wahrscheinlich auch mit der Stadterneuerung, zu tun haben. Ich meine das Problem der Ersatzvornahmen, mit denen wir uns auch erst in den letzten Wochen und Monaten befaßt haben.

Wir kennen alle die Praktiken der Spekulanten. Ich erwähne nur die Bora-Häuser. Wir von der Österreichischen Volkspartei haben dazu auch unsere Stellungnahme zugunsten der Mieter abgegeben. Auf Grund einer Anfragebeantwortung jüngsten Datums finden wir jetzt leider das bestätigt, was wir damals gesagt haben. Ein Budgetrahmen von 4 Millionen Schilling ist einfach zu wenig. Damit können maximal — das ist die offizielle Antwort des Magistrats — 15 bis 20 Ersatzvornahmen durchgeführt werden. Bei der Magi-

stratsabteilung 25 liegen aber derzeit 106 Ansuchen. Und nun erzähle ich Ihnen von einer Ersatzvornahme, ebenfalls in einem Bora-Haus, in Wien 20, Webergasse 24, über 6.000 Schilling. Das kann doch wohl nur als trauriger Scherz bezeichnet werden. In der Anfragebeantwortung wird eine einzige große sinnvolle Ersatzvornahme erwähnt, und an der ist, wenn Sie wollen, auch der Herr GR. Hahn schuld. Als nämlich vor einigen Jahren im 3. Bezirk, Münzgasse 1 — 3, ein vierstöckiges Haus abgebrochen und dafür ein Garconnierenhaus mit 227 Garconnieren errichtet werden sollte — es wäre das erste diesbezügliche Großprojekt in Wien gewesen —, haben wir von der Österreichischen Volkspartei unsere Zusage im Wohnbauförderungsbeirat verweigert. Und der damalige Vizebürgermeister Pfoch hat sich unseren Argumenten angeschlossen. Das Haus blieb erhalten und steht heute noch. Aber allein die Ersatzvornahme dieses einen Hauses hat 2.014.000 Schilling gekostet. Ich will nicht behaupten, daß alle Ersatzvornahmen gleich groß sein müssen, aber immerhin gibt es 106 Ansuchen und nur 4 Millionen Schilling hierfür.

Herr Bürgermeister Gratz, Sie haben mir einmal in einer Fragestunde diesbezüglich geantwortet, es wird überhaupt keine Schwierigkeiten geben, diesen Budgetansatz zu erhöhen. Aus der vorhin zitierten Beantwortung geht diese positive Zusage aber nicht hervor. Ich nehme an, daß sich der neuernannte Stadtrat Hatzl sehr intensiv darum kümmern wird.

Wir haben verlangt, im Budget den Betrag für die Ersatzvornahmen auf 20 Millionen Schilling aufzustocken und als Ausgleich weniger Wertpapiere zu kaufen. Das hat die SPÖ abgelehnt.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Die ÖVP hat immer — das darf ich wirklich betonen — die Erhaltung des Althausbestandes, die jetzt in Ihrem Papier verhältnismäßig breiten Raum einnimmt, nach der Phase des Wiederaufbaues und nach der Beseitigung der Bombenschäden als besonders dringlich angesehen. Der Wohnhauswiederaufbaufonds war ein Werk der Österreichischen Volkspartei. Die Eigentumswohnungen waren ein Werk der Österreichischen Volkspartei. Das können Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, niemals ableugnen. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Mayr: Auf die Geschäfte, die damit gemacht worden sind, brauchen Sie wirklich nicht stolz zu sein!)

Sie haben jahrzehntelang geglaubt, mit dem Gemeindewohnbau, wo Sie wirklich Verdienste haben, allein die Probleme lösen zu können. Heute haben Sie die Erkenntnis gewonnen, daß das nicht genügt. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel sagen, wie man es bei der Stadterneuerung nicht machen soll. Nicht umsonst haben wir von der Österreichischen Volkspartei in den letzten Jahren zweimal einen Wohnhauserneuerungsfonds verlangt. Sie haben leider zweimal abgelehnt. Wir haben auch über die Notwendigkeit eines Härteausgleichsfonds bei abzusiedelnden Mietern aus Privathäusern und aus Gemeindebauten gesprochen. Ich nenne Ihnen hier auch gleich ein unrühmliches Beispiel, worüber

auch das Fernsehen berichtet hat. Es handelt sich um die Aktion Planquadrat in der Mühlgasse 15, 17, 19 und 21, wo die Gemeinde Wien die Häuser gekauft hat. Einen Teil der Häuser ließ sie verfallen, und die Mieter wurden abgesiedelt. Zwar werden die Häuser jetzt mit Hilfe der großen Wohnbauförderung instand gesetzt, das ist in Ordnung, aber es gibt keine Zwischenlösungen, die wir immer wieder verlangt haben und die jetzt erstmals in Ihrem Papier aufscheinen, egal wie Sie das nennen, ob Sie nun von Umsiedlungspool oder von vorübergehender Hotellösung sprechen. Wir begrüßen das alles.

Aber nun ein Beispiel: Ein Mieter, der sich in das Haus Mühlgasse 25, Tür 11, als es noch in Privatbesitz war, eingemietet hat, hat in diese Wohnung nachweislich auf Grund eines Sachverständigengutachtens 350.000 Schilling hineingesteckt. Von der Gemeinde wurden ihm bisher zwei Substandardwohnungen in schlechtem Zustand angeboten, die er abgelehnt hat. Was glauben Sie: Ist der Betreffende begeistert für die Stadterneuerung, ist er begeistert für das Planquadrat? Auf gar keinen Fall ist er begeistert von der Sozialistischen Partei. Das muß Ihnen auch klar sein. Natürlich werden Sie jetzt sagen, ich spiele Einzelfälle hoch. Solche Fälle gibt es aber leider immer wieder, und hier hoffen wir jetzt auf das Referat Bürgerdienst, wenn es bei der Verwaltung der Magistratsabteilung 50 nicht klappen sollte; ich werde mir erlauben, den beiden neuen Herren Stadträten diesen Fall auch schriftlich zu übermitteln. Hier werden sie also sicherlich einige Arbeit finden.

Gewiß wird dieses Referat Bürgerdienst — auch das möchte ich in aller Offenheit sagen — nicht alle schwierigen Probleme zur Zufriedenheit aller lösen können, aber die krassen Ungerechtigkeiten — und das sind ja die Fälle, die nicht nur die Betroffenen, sondern, wenn er es erfährt, auch den Politiker, so aufregen — soll man in Hinkunft verhindern können.

Wenn ich allerdings im Arbeitsprogramm die Worte lese, die Investitionspolitik der Stadt Wien wird sich zunehmend auf die Zielsetzung Stadterneuerung und das große Projekt der vielen kleinen Schritte hin orientieren, kann ich nur sagen: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Warum hat denn dann die SPÖ zweimal unseren Antrag abgelehnt, einen Wohnhauserneuerungsfonds zu schaffen? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Weil er ein Blödsinn ist!) Ich höre das Wort „Blödsinn“. Das wird dem Protokoll einzuverleiben sein, und wenn dann der Fonds wirklich geschaffen wird, werde ich darauf zurückkommen. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Es wird sicher nicht so sein, daß die Gemeinde allein zahlt. Dann ist das Problem unbewältigbar!) Sie haben meine Reden nicht gelesen! Es war überhaupt nicht von der Gemeinde Wien allein die Rede. Im Gegenteil, ich habe gesagt: in Zusammenarbeit mit den Sparkassen. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Wer zahlt denn zurück?) Ich weiß nicht, Herr Stadtrat Mayr, seien Sie mir nicht böse, Ihre Zwischenrufe sind heute alle daneben! (Beifall bei der ÖVP.) Ich frage jetzt

den Herrn Bürgermeister, den Herrn Stadtrat Mayr, den Ex-Stadtrat Pfoch und auch den neuen Stadtrat Hatzl. (Bürgermeister: Wir können ja jetzt nicht zurücksingen!) Wir sind froh, wenn dann wenigstens einer von Ihnen die Antwort findet. Eine habe ich jetzt schon gehört: Es ist ein Blödsinn.

Da fällt mir übrigens ein: Auch der Altgemeinderat Windisch hat, als wir uns im Jahre 1967 über das Wohnungsverbesserungsgesetz gestritten haben, damals sehr harte Worte gefunden, die er heute alle nicht sagen würde. Auch das Wort Blödsinn hat er sehr oft gebraucht. Aber nur durch dieses Wohnungsverbesserungsgesetz unter einer ÖVP-Regierung sind Sie überhaupt in der Lage, nachzuweisen, daß sich in Wien auf dem Wohnungssektor etwas verbessert hat. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Sie vergessen, daß es wesentlich zu verändern war!) Sie brüsten sich doch mit den Zahlen, 50.136 Wohnungsverbesserungen! (Amtsführender Stadtrat Mayr: Das ursprüngliche Gesetz war doch unanwendbar! Das ist doch erst durch die Novelle anwendbar geworden!) Das ist ein ÖVP-Gesetz, das kann doch niemand ableugnen! (Amtsführender Stadtrat Hatzl: Kollege Hahn, jetzt tun Sie fünf Minuten nur übertreiben!) Ich muß Ihnen das vorhalten, meine Damen und Herren, denn gerade auf diesem Sektor waren die ÖVP-Anträge sehr zahlreich.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Stadtrat Hatzl. Die Situation des Jahres 1974 war ähnlich der heutigen — da hat es auch die Konstituierung im Jahre 1973 gegeben, das Stadterneuerungsgesetz wurde einvernehmlich von den beiden großen Parteien verabschiedet; ich darf dabei einen Teil des Anspruches, daß das zustandegekommen ist, auch für die Wiener ÖVP reklamieren —, und wir haben anschließend am 7. Mai 1974 ein Paket von Anträgen vorgelegt.

Der Antrag Nummer 1 war, eine Wohnbedarfsprognose auf 10 Jahre für die Assanierungsgebiete zu erstellen, wobei aus dieser Prognose hervorgehen sollte, wie viele Wohnungen beziehungsweise Geschäftslokale in Assanierungsgebieten verbessert bzw. neu errichtet werden sollen, unter Berücksichtigung der Altersstruktur, der Einkommensverhältnisse, damit auch die entsprechenden Ersatzobjekte bereitgestellt werden können, die den Erfordernissen hinsichtlich Gesundheitszustand, Lage und Finanzkraft der Abzusiedelnden entsprechen. Was haben Sie getan? Abgelehnt.

Wir haben heute, fünf Jahre später, Untersuchungsergebnisse des Planungsressorts, die letzten Endes aber auch nur eine Zusammenfassung von Statistiken und Tabellen sind, die es schon gegeben hat, die sich Fachleute manchmal schon angeschaut haben, über die wir auch schon gesprochen haben. Ansätze über den Finanzbedarf sind in diesen Papieren aber nicht vorhanden, und das ist ja die entscheidende Angelegenheit. Aber wenn sich schon der abtretende Stadtrat Pfoch gegen den Finanzstadtrat Mayr nicht durchgesetzt hat, möchte ich doch als ersten großen Wunsch der ÖVP an den neuen Stadtrat Hatzl folgendes bringen: Die ÖVP hat im Dezember des vergangenen

Jahres beim Budget 100 Millionen für den Wohnhauserneuerungsfonds verlangt, 16 Millionen mehr für Ersatzvorhaben und 20 Millionen mehr für die Erhaltung der Gemeindebauten. Wir haben diese insgesamt 136 Millionen Schilling anstelle des Ankaufs von Wertpapieren bedeckt. Die SPÖ hätte sich am 29. Jänner des heurigen Jahres noch einmal entscheiden können, was ihr wichtiger ist. Sie hat sich aber für die 200 Millionen Wertpapiere entschieden. 64 Millionen Wertpapierkauf waren seitens der ÖVP unbestritten; 1977 sind sogar nur 45 Millionen gekauft worden. Warum also diese starre Haltung Ihrer Fraktion? Ich glaube, meine Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion, Sie sollten schon manchmal über Sinn und Zweck der ÖVP-Anträge nachdenken und sich dann auch im nachhinein noch mit Ihren Stadträten in Ihrem Klub darüber unterhalten.

Ich komme aber zurück auf das große Antragspaket vom 7. Mai 1974. Wir haben einen Bericht über die alten Häuser verlangt, die der Gemeinde Wien gehören und noch verbessert bzw. nicht verbessert werden können. Wir haben die Liste bekommen. Leider wurden in der Zwischenzeit zahlreiche der damals als sanierungswürdig bezeichneten Häuser abgerissen. Ich glaube, auch hier wird sich der Ausschuß Wohnen in Zukunft mit den Anträgen genauer beschäftigen müssen, denn sicherlich ist bei einem Nachtrag mit 20 Abbruchhäusern kein Gemeinderat in der Lage, sich das genau anzusehen, außer er wohnt gerade in der Nähe.

Ein weiterer wichtiger Antrag betraf damals die Schaffung von Grünflächen, Erholungsflächen und Kinderspielflächen im Rahmen der Assanierung. Da hat es dann später, nach jahrelangen Krämpfen, einen Detaillierfolg gegeben, und zwar in der Burghausgasse.

Weiters wurde damals der Antrag gestellt, daß innerhalb der Magistratsabteilungen 52 und 50 vor allem der Tausch für Familien, die mit mehr Kindern in Zwei-Zimmer-Gemeindewohnungen wohnen und größere bekommen sollten, erleichtert wird, weil ja diese Zwei-Zimmer-Wohnungen gerade wieder für die einkommensschwächeren abzusiedelnden Familien, vor allem ältere Ehepaare, notwendig sind. Auch hier scheint die Situation immer noch eine sehr schwierige zu sein. Der Computer müßte doch heute wirklich eine lückenlose Erfassung aller derjenigen, die sich die Situation verbessern und dafür auch den Baukostenzuschuß bezahlen wollen, möglich machen, um eben Wohnungen freizubekommen.

Interessant war damals auch, wie Sie den Antrag von uns über die ehestmögliche Information der Bevölkerung in einem festgelegten Assanierungsgebiet behandelt haben. Sie haben ihn nämlich damals abgelehnt. Kurze Zeit danach ist aber im Ottakring der Informationsbus gestanden. Auch dieses Beispiel muß Ihnen gesagt werden.

Das erstrebenswerte Ziel ist natürlich, daß die Mieter Eigeninitiativen zu ihrer Wohnungsverbesserung setzen, soweit dies möglich ist. Das kommt, glaube ich, sogar in Ihrem Papier vor. Sie nennen

hier den Umsiedlungspool und sprechen sogar von der Schaffung von Umsiedlungshotels für vorübergehende Absiedlungen. Das war immer eines der Hauptanliegen der Österreichischen Volkspartei, es vor allem der älteren Bevölkerung zu ermöglichen, wieder in die Gebiete zurückzukehren, wo sie jahrzehntelang gewohnt hat. (Beifall bei der ÖVP.) Ich hoffe, Herr Stadtrat Hatzl, daß Sie sich diese Dinge dann in aller Ruhe ansehen und hoffentlich auch mit der Oppositionspartei darüber diskutieren werden.

Interessant liest sich allerdings der Abschnitt Ihres Papiers auf Seite 12 über den Gemeindewohnbau. Die Bewohner sollen vermehrt die Möglichkeit zur Selbstverwaltung erhalten. Es stellt sich nur die Frage, wo es bisher die Möglichkeit zur Selbstverwaltung gegeben hat, die nun vermehrt werden soll, denn wenn man versucht, aus Nichts etwas zu vermehren, wird eigentlich wieder nichts herauskommen.

Damit aber die Bewohner nicht vielleicht zu selbständig werden, haben Sie auch gleich ein Netz darübergestülpt. Das liest sich so:

„Die Hausbesorger und Hausverwalter sollen künftig mehr als bisher ihre Aufgabe in den Hilfeleistungen zur Selbstverwaltung der Bewohner sehen.“ Sollte sich diese Hilfeleistung zur Selbstverwaltung als wirksames Instrument herausstellen, um den einzelnen Bewohner in einer Gemeindewohnung selbständiger zu machen, ist das sicher zu begrüßen. Es erhebt sich allerdings dann die Frage, warum die Rathausmehrheit nicht noch einen weiteren Schritt geht und den heutigen Mietern die Möglichkeit einräumt, ihre Gemeindewohnung als Eigentumswohnung zu erwerben.

Daß dies grundsätzlich möglich ist, geht aus einer Studie hervor, die der Österreichische Städtebund verlangt hat. Es wäre für den neuen Wohnbaustadtrat sicher ein gutes Konzept, statt Boden zu enteignen Wohnungen zu übereignen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Wahrheit Ihrer gesamten Überlegungen im Bereich der Gemeindewohnungen dürfte jedoch die sein, die ich bereits zweimal hier mit sehr vielen Zahlen dargelegt habe: Sie wissen, daß die alten Gemeindewohnungen hergerichtet werden müssen, Sie wissen auch, daß die jetzigen Bewohner wesentlich mehr zu bezahlen haben, wenn sie das nicht ohnehin schon in sehr vielen Fällen tun.

Das, was ebenfalls in dem Papier steht, daß der Versuch unternommen wird, die einzelnen Wohnhausanlagen abzurechnen, ist sicherlich richtig. Es wurde auch mehrmals bereits von uns verlangt. Damit sollte oder müßte natürlich auch die Möglichkeit für eine bessere Kontrolle eingeräumt werden.

Der Ausdruck „Kontrolle durch den Wohnungsinhaber“ kommt aber nirgends vor. Es ist schon interessant, zu beobachten, welches gestörte Verhältnis die SPÖ zur Kontrolle hat, egal ob manchmal zu den eigenen Kontrollamtsberichten, zum Rechnungshof oder hier in diesem Fall zu der Kontrolle durch die Bewohner von Gemeindebauten.

Ich habe Ihnen das letzte Mal geschildert, daß Sie für 112.000 Altgemeindewohnungen mit dem Schillingzins, das sind die bis 1958 errichteten Wohnungen, nur 60 Millionen Schilling Mieteneinnahmen haben. Wenn Sie die bis 1967 errichteten Wohnungen dazurechnen, haben Sie zirka 200 Millionen Schilling Mieteneinnahmen. Da aber der Erhaltungsaufwand allein mit 339 Millionen Schilling — und er ist unzureichend, auch nach unserer Meinung — darüber liegt, von den Hausverwaltungskosten ganz zu schweigen, begrüßen wir selbstverständlich die Feststellung, daß für den städtischen Wohnhausbestand der Gemeinde Wien ein umfassendes Sanierungsprogramm vorhanden ist und in Zukunft Abrechnungen nach Wohnhausanlagen erfolgen werden.

Es ist dies sicherlich in klarer Weise die Stunde der Wahrheit, die Sie ja seit Jahren hinausschieben und wo Sie jetzt, in den letzten beiden Jahren, in den Extremfällen ununterbrochen den Wickel in den §-7-Häusern haben.

Sie geben aber zu, daß der Kontakt zu den Mietern gefehlt hat, und eigentlich geben Sie damit auch zu, daß Sie — wir müssen eben darüber reden, wie man das alles verbessern könnte — einen Wohnhauserneuerungsfonds unbedingt brauchen.

In diesem Zusammenhang appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren, die Ausführungen des Altgemeinderates Windisch in der Mieterzeitung, die aber auch in einer Tageszeitung Ende Jänner wiedergegeben wurden, zu lesen. Windisch sagt jetzt in vielen Punkten das, was wir von der ÖVP schon vor vielen Jahren gesagt haben. Er kennt sicherlich den Ernst der Situation.

Einen Satz muß ich korrigieren. Er sagt, die Leidtragenden sind die Wiener Mieter, sie wohnen entweder billig in schlechten oder sündteuer in guten Wohnungen. Also leider gibt es ja noch mehr, die teuer in schlechten Wohnungen leben: das sind die §-7-Fälle. Wie gesagt: Durchschnitt Substandardwohnungen, Ausstattungskategorie 5, jetzt schon 11,13 Schilling gegenüber der Altpriwatwohnung mit Wasser, Bad und Zentralheizung in der Wohnung — so etwas gibt es auch —, so daß also der Durchschnitt in den Zimmer-Küche-Wohnungen mit Wasser und Klo am Gang höher liegt als in den Komfortwohnungen.

Aber Windisch sagte auch den richtigen Satz, daß der Mietzins auf der Preisbasis der Jahrhundertwende eingefroren ist und daß die Mieten wenigstens die Instandhaltungskosten für ein Haus decken sollten.

Im übrigen zitiere ich Windisch, der hier sagt — und zwar sagt er das an die Adresse des Justizministers Dr. Broda gerichtet; ich habe mir sagen lassen, es war in der Regierungserklärung enthalten, daß hier etwas geschieht —: „Ein modernes Mietrecht wäre weit wichtiger als ein neues Medienrecht, das heute von Brodas eigenen Mitarbeitern abgelehnt wird, oder auch wichtiger als Erleichterungen für Strafgefangene.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ein ganz anderes Problem im Zusammenhang

mit einer modernen Stadtgestaltung, die Sie auf Seite 20 Ihres Papiers als „Erprobungsfelder“ zur Diskussion stellen, ist zum Beispiel der verdichtete Flachbau als städtische Wohnform.

Hier sage ich Ihnen ein Grundstück, das sich seit vielen Jahren anbietet. Auch das ist nicht neu. Es sind die Wienerbergengründe. Das war im Jahr 1964 eine sehr umstrittene Grundstückstransaktion des damaligen Neostadtrates, Altgemeinderates und heutigen Bundesrates Hintschig. Aber dieses Gebiet bietet sich ja wirklich an, dort einen verdichteten Flachbau durchzuführen.

Wir haben hier ja mehrmals den Antrag gestellt. Hier könnte man unserer Meinung nach auch an bauwillige Einzelpersonen Gründe verkaufen, damit auch der Gemeinde Wien, deren Geldsorgen sowieso immer größer werden, wieder Geld zuführen und ein an und für sich versteinertes Kapital, das seit 1964 brachliegt, mobilisieren.

Es wird auch über die Eigenverantwortlichkeit der Architekten gesprochen. Damit wird zugegeben, daß man bisher doch amtliche Reglementierungen getroffen hat.

Über einen Ombudsmann für Gestaltungsfragen wird man dann zu reden haben, wenn es soweit ist.

Irgendwie — das möchte ich schon sagen, auch wenn es derzeit eigentlich keine amtierende Bauverwaltung gibt — muß es aber doch auch, glaube ich, Grenzen architektonischer Freiheit geben.

Aber Sie geben damit eigentlich zu, daß Sie bis in die sechziger Jahre im so oft kritisierten Emmentalerstil gebaut haben und hier von den Gemeindebauten in der Ersten Republik mit ihren schönen Innenhöfen verhältnismäßig wenig übernommen haben.

Bedeutsam ist die Frage, wo die zentrale Koordinationsstelle für Stadterneuerung in Zukunft ist. Stadtrat Wurzer hat sich immerhin in den letzten Jahren mit einigen Untersuchungsaufträgen bemüht. Diese Untersuchungsaufträge laufen noch bzw. sie werden erst laufen.

Herr Stadtrat Hatzl! Sie haben eigentlich mehr Macht als Ihr Vorgänger, denn Sie treten zwar die Grundstücke ab, bekommen aber den Gemeindewohnbau dazu. Da wird natürlich schon eine große Sorge an Sie herankommen bzw. haben Sie eine besondere Verantwortung für die Bauwirtschaft übernommen. Da wird es sicherlich gut sein, wenn man sich einmal innerhalb der Gemeinde Wien mit den Konzepten der FTB einerseits bzw. der Wibeba andererseits beschäftigt, damit sich die nicht gegenseitig konkurrenzieren. Es geht hier sicherlich das Problem bis zur Beschäftigung nicht nur großer Baufirmen, sondern vor allem auch der gesunden Mittelbetriebe, wo aber sehr viele Arbeiter und Angestellte um ihre Arbeitsplätze zittern. Die Konkursliste kennen Sie ja. Herr GR. Rautner hat mir einmal zugeschrieben: Schicken Sie mir die Fälle! Ich bringe die spielend alle unter! — Bittschön, mir hat er bisher noch keinen Ingenieur oder Diplomingenieur untergebracht. Ich kann ihm also noch ein paar schicken, die derzeit alle arbeitslos

sind. Man sollte hier also nicht den Mund so groß aufreißen. Man wird nämlich dann schon daran erinnert — und dieses Recht werden Sie der Oppositionspartei zugestehen —, was denn eigentlich wirklich geschehen ist.

Jedenfalls wäre es sehr wichtig, daß man bereits zu Jahresbeginn festlegt, welche der so vielen offenen Ansuchen im Rahmen des Einreichdatums gefördert werden, damit die Ansucher wieder im Wege des Ausschreibungsverfahrens ihrerseits rechtzeitig die Baufirmen festlegen können, sonst wird es nämlich immer wieder vorkommen, daß manche immer noch überbeschäftigt sind, andere aber Arbeiter und Angestellte entlassen müssen.

Die theoretische Grundlage ist mit der Erstellung des 5-Jahre-Wohnbauprogrammes, das die ÖVP immer wieder gefordert hat, nunmehr gegeben. Es geht jetzt um die praktische Durchführung, um die gerechte Mittelvergabe, wobei das Einreichdatum doch stärker berücksichtigt werden soll. Es ist zwar gelungen — auch das möchte ich dem scheidenden Stadtrat Pfoch sagen —, wenigstens die ältesten Ansuchen der Jahre 1974 und 1975 über die Bühne zu bringen, das heißt aber nichts anderes, als daß die Ansuchenden schon vier bis fünf Jahre gewartet haben. Es ist natürlich eine ungleiche Behandlung, wenn andere nur ein Jahr warten müssen. Da gibt es dann einen Unterschied im Zinsendienst für die Grundstücke, und das ist — so hat es lange Zeit ausgesehen —, auch eine Diskriminierung der Eigentumswohnung, die wir von der Österreichischen Volkspartei nach wie vor als geeignete gesellschaftspolitische Maßnahme betrachten, um die Menschen in ihrer Wohnfreiheit und Unabhängigkeit zu sichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte abschließend die Generallinie der ÖVP, zumindest die teilweise Lösung der Probleme betreffend, darlegen.

1. Um allen Wienerinnen und Wienern, die das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und einen Wohnbedarf nachweisen können, die Möglichkeit zur Erlangung einer eigenen Wohnung zu geben, ist eine Wohnstarthilfe in Form eines Darlehens bis zu 100.000 Schilling zu gewähren. Dieses soll vor allem auch dem Erwerb — das ist ja wahrscheinlich, wenn das Gesetz jetzt doch noch über die Bühne geht —, von aufgewerteten Genossenschaftswohnungen, aber auch der Übertragung von alten Eigentumswohnungen dienen und gibt denen, die weder das Glück haben — um das Wort Protektion zu vermeiden —, zu einer Gemeindewohnung zu kommen, noch die Geldmittel haben, sich eine neue Wohnung zu leisten, doch die Chance, zu einer guten und modern ausgestatteten Wohnung zu kommen. Das ist sicherlich eine Sache, die auch auf bundesgesetzlicher Ebene zu regeln ist.

2. Schaffung eines Wohnhauserneuerungsfonds, über den wir uns hier in Form von Zwischenrufen heute wieder unterhalten haben. Ich hoffe aber noch immer auf eine Regelung, Herr Stadtrat Mayr.

3. Schaffung von weiteren Mitteln für die Wohnbauförderung durch Einführung eines Wohnbesitz-

briefes, wobei zu überlegen ist, ob die bisherige Bausparkassenförderung für den echten Einsatz der Mittel zum Wohnbau im städtischen Raum nicht besser gefördert werden soll als die normale Bausparkassenförderung.

4. Überlegung von Finanzierungsformen für den Gemeindewohnbau, wobei nur an Hand von Unterlagen berechnet werden soll, ob nicht ein Anheben der Objektförderung auf Dauer gesehen Subjektförderungsmittel wieder etwas reduziert.

5. Das Wohnungsbegünstigungsgesetz soll vor allem auch für Gemeindebauten, die aus der Wohnbauförderung 1954 und dem Wiener Wohnbaufonds finanziert wurden, mit der Auflage in Anspruch genommen werden können, daß diese Wohnungen dann auch ins Eigentum übertragen werden können und dadurch wieder zusätzliche Mittel der Gemeinde Wien zufließen.

6. Unbedingt notwendig erscheint mir auch die Tatsache, daß sich die Banken — das ist jetzt etwas, was sicherlich nicht hier im Gemeinderat durchgeführt wird, aber es soll gesagt werden — an die gesetzlichen Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 halten, das nämlich eine Festlegung des Höchstzinssatzes mit maximal dreieinhalb Prozent über der Bankrate für die Kapitalmarktmittel vorsieht, etwas, was lange Zeit nicht eingehalten wurde. Dadurch könnten die Annuitätstützungen gesenkt werden.

7. Verstärkter Einsatz der Bausparmittel vor allem beim Eigentumswohnbau auf städtischen Gründen, die die Gemeinde Wien verkaufen soll. Hier müßte unbedingt eine Verbilligung gegenüber derzeitigen Projekten zu erreichen sein.

8. Änderung im Grunderwerbssteuergesetz, um die Übertragung zu erleichtern.

9. Auch das Bausparkassengesetz ist zum Beispiel durch die Aufnahme des Satzes „auch Maßnahmen zur Erschließung und zur Förderung von Wohngebieten“ zu ändern.

10. Etwas, worüber sich die beiden Parteien eigentlich schon lange einig sind, wo aber noch immer nichts geschieht, nämlich die 30-Schilling-Wohnbeihilfe, die derzeit der, der 200 Schilling Miete bezahlt, genauso bekommt wie der, der 3.000 Schilling bezahlt, zu einer gerechten, vor allem familiengerechten Subjektförderung zu verwenden. Auch hier sicherlich Beträge, die man unter Umständen für den Wohnhauserneuerungsfonds verwenden könnte. Ich weiß natürlich, daß dazu bundesgesetzliche Regelungen notwendig sind.

11. Bei einer Neugestaltung der Wohnbauförderung sollen die Laufzeiten der öffentlichen Darlehen so gestaltet werden, daß nach Ablauf der langfristigen Hypothekendarlehen die Rückzahlung der öffentlichen Darlehen angehoben wird. Dadurch erfolgt ein rascherer Rückfluß der Mittel, ohne daß die Belastung steigt.

Meine Damen und Herren! Wir, die ÖVP — ich habe hier die Ehre, seit dem Jahre 1962 zu den Wohnbauproblemen dieser Stadt zu sprechen —, haben sehr viele positive Vorschläge zur Lösung

eingbracht, und Sie haben manche unserer Anträge dann Gott sei Dank verwirklicht.

Die SPÖ hat im Jahre 1970 ein ganz großes Wahlversprechen abgegeben: mehr, rascher, besser und billiger zu bauen. Sie haben dieses Versprechen in keinem dieser vier Punkte verwirklichen können. Das ist auch ein Grund der Enttäuschung vieler junger, aber auch älterer Wähler.

Herr Stadtrat Hatzl, Sie werden Gelegenheit haben, zu beweisen, wie ernst es Ihnen ist, im Sinne einer sinnvollen Stadterneuerung, im Sinne einer Gerechtigkeit zum Wohle aller hier auf diesem Gebiet tätig zu werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner ist Herr amtsführender Stadtrat Hans Mayr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einigen der aufgeworfenen Probleme, insbesondere dort, wo ich persönlich angesprochen worden bin, und am Schluß zu einer politischen Bemerkung zu Wort kommen. Ich möchte zunächst einmal meinen Zwischenruf, nämlich das Wort „Blödsinn“, mit ausdrücklichem Bedauern zurückziehen.

Was ich damit gemeint und was ich hier falsch ausgedrückt habe, ist folgendes: Sicher ist, daß uns der Wohnhausbau, vor allem aber die Wohnhäusererhaltung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch bedeutende Sorgen machen werden und daß wir alle geeigneten Instrumente einsetzen müssen, um diesem Problem Herr zu werden.

Nicht geeignet scheinen jedoch Vorschläge zu sein, die nur die eine Seite der Medaille sehen, nämlich daß man Geld oder Darlehen oder Zinsstützungen hergeben kann, ohne auf die andere Seite, wie fließen die aufgewendeten Mittel wieder zurück, Rücksicht zu nehmen. Hier ein Gespräch einzuleiten, wäre verdienstvoll, kann aber sicherlich nicht in dieser Form geschehen, als es bisher versucht wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß in den letzten Monaten im Parlament, aber nicht in den Ausschüssen, Gespräche über das Mietrecht stattgefunden haben, und ich glaube, gerade wir in Wien hätten das größte Interesse daran, daß diese Gespräche erfolgversprechend verlaufen. Leider sind sie nicht so gelaufen, daß man zu Lösungen des Problems kommen konnte. Leider mußten sie unterbrochen werden.

Diese grundsätzliche Auseinandersetzung werden wir in den nächsten Jahren sicherlich weiterzuführen haben, und zwar mit allem Nachdruck, wobei ich noch etwas zu der Größenordnung eines Wohnungssanierungsfonds bemerken darf. Der Aufwand, der in Wien allein für die Erhaltung des Althausbestandes zu treffen ist, ist ein Aufwand, der bei weitem über die Zehn-Milliarden-Schilling-Grenze hinausgeht. Auch daran soll man die Größe des Problems erkennen und nicht Scheinlösungen mit Aspirin versuchen. Es handelt sich um ein Problem von einer Größenordnung, das man in

dieser Form allein durch die Stadt, aber auch mit Hilfe von Fremdfinanzierung sicherlich nicht lösen kann, sondern wo es auch die Aufgabe des Bundesgesetzgebers sein wird, hier nach Möglichkeiten zu suchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube auch, daß man in der Wohnbauförderung an einem Punkt angelangt ist, wo man nicht mehr im System reformieren kann, sondern wo man sich den Kopf über ein grundsätzlich neues System zerbrechen muß. Vorschläge werden Sie von mir gerne haben können, aber bitte nicht in dieser allgemeinen Form, die sicherlich zu keinen Lösungen beiträgt.

Ein Einzelproblem sei herausgegriffen, um eine Argumentation aufzuzeigen, die zu keiner ernsthaften politischen Diskussion führen kann. Wenn hier von Herrn GR. Hahn aufgezeigt wurde, wieviel Ersatzvornahmen beantragt worden sind und was das etwa im Durchschnitt pro Ersatzvornahme kosten kann, dann hat er vergessen — oder es wurde ihm von seiner Fraktion, die eine entsprechende Beantwortung erhalten hat, nicht weitergegeben —, daß 80 Prozent der Ersatzvornahmen in dem Augenblick vom Hauseigentümer selber erledigt werden, wo die behördlichen Maßnahmen angedroht wurden.

Wenn etwas über 100 Fälle anhängig sind, so ist damit zu rechnen, daß nur 20 tatsächlich von der Stadt — und das erst nach einem langen Verwaltungsverfahren — zur Durchführung kommen. Dafür werden wir sicher — und da steht das Wort des Bürgermeisters gut — genügend Mittel zur Verfügung haben, um diese durchzuführen. Das kann bitte keine Frage sein.

Ich darf mit ein paar Sätzen auf die Ausführungen des Herrn GR. Bauer eingehen. Seine Überlegungen über den Verschuldungsgrad der Städte Graz und Wien haben zwei grundlegende Schönheitsfehler. Der eine Schönheitsfehler, den er in seiner Aufstellung übersehen hat, ist, daß er einen aliquoten Anteil der Verschuldung des Landes Steiermark dazurechnen mußte, wenn es eine echte Vergleichsbasis sein soll. Der zweite Schönheitsfehler ist, daß mehr als ein Drittel der Wiener Verschuldung auf Hypothekar- und Wohnbauförderungskredite entfällt, die bei der Stadt Graz nicht im städtischen Budget aufscheinen, da sich die Stadt Graz seit langem bei der Durchführung von Wohnbauprogrammen — ich will das in dem Zusammenhang nicht werten, sondern nur die Auswirkungen auf den Schuldenstand aufzeigen — gemeinnütziger Bauträger bedient, so daß also erst nach einer solchen Bereinigung ein Vergleich möglich wäre.

Ich darf ihn aber um eines bitten. Wenn er glaubt, daß die Grazer Tarifregelungen so interessant und so vertretbar sind, dann lade ich ihn gerne ein, hier den Antrag einzubringen, eine der Grazer Straßenbahntarifregelung adäquate Regelung in Wien einzuführen. Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er dafür die politische Verantwortung übernähme.

Und nun ein grundsätzliches Wort noch dazu. Ich glaube, daß die Argumentationslinie, die er verfolgt hat, nämlich: Wir, die FPÖ, können in Wien Gebührenerhöhungsanträge kritisieren, weil wir hier nicht verantwortlich sind, aber in Graz müssen wir sie stellen!, eine Argumentationslinie ist, die sich selbst ad absurdum führt.

Wenn wir Politik im wahren Sinne des Wortes machen wollen, daß wir Probleme dieser Stadt lösen, dann doch nicht mit der Methode: Dort bin ich verantwortlich, dort habe ich es zu vertreten; da bin ich nicht für das Ressort verantwortlich, da kann ich alles Blaue vom Himmel herab verlangen. Das ist, wie ich glaube, keine Basis, auf der man zu einer Lösung der Probleme kommen kann.

Zu der Problematik Wiener Holding und Wirtschaftspolitik. Ich glaube, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, daß die Betriebe der Wiener Holding, egal, ob sie in der Verwaltung oder nur in finanzieller Aufsicht bei der Finanzverwaltung ressortieren, selbstverständlich in die Wirtschaftspolitik der Stadt in jeder Hinsicht eingeschlossen sind. Wir aber empfinden Wirtschaftspolitik der Stadt nicht als eine Politik, die wir nur dort betreiben können, wo wir Eigentümer von Betrieben sind. Wir empfinden Wirtschaftspolitik dieser Stadt in einem sehr weiten Bereich, nämlich dort, wo es gilt, die Infrastruktur und die Standortbedingungen für die Betriebe dieser Stadt zu verbessern, dort, wo es gilt, durch gezielte Förderungsmaßnahmen Betriebe, egal, wie die Eigentumsverhältnisse sind, zu fördern und ihnen die Möglichkeit einer Produktion und einer Produktivität zu gestatten; ihnen allen mit dem Ziel, daß wir hier in Wien die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten, daß wir in Wien die günstigeren Voraussetzungen für die Entwicklung der Einkommen der Unselbständigen schaffen.

Gestatten Sie mir hier ein sehr offenes Wort. Die Gewerkschaftspolitik einer höheren, einer gerechteren Entlohnung der Arbeitnehmer wird in umso größerem Ausmaß erfolgreich sein, als sie von einer Wirtschaftspolitik unterstützt wird, die die Vollbeschäftigung in diesem Lande sichert. Das verstehen wir unter Wirtschaftspolitik (Beifall bei der SPÖ), aber nicht die protektionistischen Maßnahmen zugunsten einiger weniger Betriebe, gemessen an den vielen Wiener Unternehmungen, die zufällig oder auch aus gut überlegten Gründen im Eigentum bzw. im teilweisen Eigentum der Stadtverwaltung stehen.

Ich darf die Frage des Herrn VBgms. Busek beantworten. Sie hat gelautet: Wer wurde im Bereich der Holding in der letzten Zeit emporgehievt? (VBgm. Busek: Welcher leitende Beamte wurde in der letzten Zeit auf einen besseren Posten gebracht?) Die Antwort ist sehr einfach: keiner! Kein einziger höherer Beamter im Bereich der Wiener Holding wurde auf einen besseren Posten gebracht. (Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder (unterbrechend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf bitten, den Redner nicht zu unterbrechen. Herr Vizebürger-

meister, wenn Sie in die Diskussion eingreifen, möchte ich Sie bitten, Ihren Platz einzunehmen. Ich bitte nun den Herrn Stadtrat, seine Rede fortzusetzen.

Amtsführender Stadtrat Mayr (fortsetzend): Darf ich feststellen, daß gerade der eine zitierte Fall, den Sie hier meinen, an sich bei der Gründung der Holding stattgefunden hat und keineswegs ein „Emporhieven“ des stellvertretenden Magistratsdirektors war. Der Beamte, der diesen Posten übernommen hat, hat dadurch keine wesentliche Veränderung in seinen wirtschaftlichen Bezügen erfahren. Das einzige, was wir getan haben, war, ihn zu bitten, seine Erfahrungen auf diesem sehr komplizierten Gebiet, das er auf Grund seiner früheren Tätigkeit in der Magistratsabteilung 4 ganz genau gekannt hat, auch in seine jetzige Tätigkeit entsprechend einzubeziehen. Ein Emporhieven vom stellvertretenden Magistratsdirektor ist auch im Bereich der Holding absolut nicht möglich.

Ich darf mich noch mit ein paar Sätzen als jemand bekennen, für den nach Meinung von Herrn Stadtrat Dr. Mauthe die Diskussion innerhalb der Sozialistischen Partei erst anfängt, als jemand, den er hier mit dem Namen „Apparatschik“ bezeichnet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich habe mich als Siebzehnjähriger, ohne je bei der HJ oder sonst etwas gewesen zu sein, am 1. Mai 1945 der Sozialistischen Partei angeschlossen. Ich bin seit diesem 1. Mai 1945 auch als Funktionär der Sozialistischen Partei tätig, und ich erinnere mich noch genau, wodurch ich zu einem Funktionär geworden bin. Wir hatten damals Mai-Aufmärsche in den Bezirken gemacht, weil ein zentraler Mai-Aufmarsch nicht möglich war. Ich bin im 15. Bezirk zur Schule Schweglerstraße, Ecke Felberstraße — das war das Ziel unseres Mai-Aufmarsches — mitgegangen. Ich habe innerlich vor Wut darüber getobt, daß damals die Kommunistische Partei das Bild dieses Mai-Aufmarsches beherrscht hat. Ich habe mich daraufhin an einen älteren Parteifunktionär gewendet und habe gesagt: Laßt euch das doch nicht gefallen, wir sind doch die Stärkeren in dieser Stadt. — Seine Antwort war: Komm' in die Partei und mach' es besser.

Ich habe mich seit damals daran gehalten. Ich möchte Ihnen hier nicht meine persönliche Lebensgeschichte erzählen, aber ich weiß von vielen meiner Freunde, daß ihre Erlebnisse zwar individuell anders, dem Grunde nach aber gleich sind. Ich möchte Ihnen hier nicht von den durchwachten Nächten erzählen, auch nicht davon, als die Apparatschiki der Sozialistischen Partei in den Oktobertagen des Jahres 1950 aufgestanden sind und die Demokratie verteidigt haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nicht erzählen, was diese Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft dafür geleistet haben, daß dieser Staat demokratisch bleiben konnte. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich lehne es mit allem Nachdruck ab, daß man diese Menschen, die ihre ganze Kraft und Freizeit

geopfert und die mit sehr viel Mut sich in den Dienst der Verteidigung der Freiheit gestellt haben, hier mit abwertenden Prädikaten belegt. Es handelt sich um jene Menschen, denen die Demokratie in diesem Lande ungemein viel verdankt, denen wir es wahrscheinlich überhaupt verdanken, daß wir hier stehen und frei reden können. Meine Damen und Herren! Das sind Menschen, die ihre Kraft einsetzen, daß das politische Leben in diesem Staat demokratisch bleibt.

Gestatten Sie mir einen Rückblick und eine angstvolle Vorschau auf den kommenden Wahlkampf. Gestatten Sie mir einen Rückblick auf die vergangenen Monate vor der Gemeinderatswahl. Ich hege die Befürchtung, daß in Zukunft etwas Ähnliches als zu dieser Zeit passieren wird. Man hat in dieser Zeit ohne Rücksicht darauf, Möglichkeiten für eine Gesprächsbasis zwischen den politischen Funktionären nach der Wahl offenzuhalten, eine Sudelküche von Propaganda mit Verleumdungen losgelassen, die auch vor persönlichen Diffamierungen nicht zurückgeschreckt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die österreichische Innenpolitik fast 34 Jahre nach den Apriltagen des Jahres 1945 an einem Wendepunkt angelangt ist. Ich sage das sehr nachdenklich und meine es gar nicht einseitig. Die Innenpolitik ist an einem Wendepunkt angelangt, an dem alle jene, denen daran gelegen ist, daß in diesem Staate die demokratische Entwicklung weitergehen kann, daß weiterhin ein Weg gegangen werden kann, der uns in den letzten 34 Jahren soviel gebracht hat, eine ungeheure Verantwortung tragen.

Ich kann Sie nur bitten: Machen Sie dieses Forum nicht zu einem Kabarett und pfeifen Sie Ihre Bergmanns rechtzeitig zurück, bevor Sie noch mehr Schaden angerichtet haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner ist Herr GR. Mayrhofer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Mayrhofer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! 57 von 100 Wienerinnen und Wienern, die sich am 8. Oktober des vergangenen Jahres an der Gemeinderatswahl beteiligt haben, genau 57,2 Prozent, haben das hohe Vertrauen, das die Sozialisten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges — abgesehen von der Zeit der Diktatur zwischen den Jahren 1934 bis 1945 — besessen haben, bestätigt.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Ergebnis, das mit Fug und Recht als einmalig unter allen Großstädten des demokratischen Westens bezeichnet werden muß.

In anderen Bereichen, in anderen Ländern wird, wenn eine Partei ein so hohes Maß an Vertrauen erhält, von einem sehr großen Sieg gesprochen. Ich erinnere daran, daß etwa ein ähnlicher prozentueller Stimmenrückgang der CSU bei den Landtagswahlen in Bayern insbesondere vom „Kurier“ als großer Sieg des Franz Josef Strauß hochgejubelt worden ist. Ich möchte auch daran erinnern, daß

der Stimmengewinn der Österreichischen Volkspartei gegenüber 1973 ganze 4.000 Stimmen betragen hat.

Meine Damen und Herren! Trotzdem sind wir Sozialisten mit diesem Wahlergebnis nicht zufrieden gewesen und über dieses Wahlergebnis nicht ohne Diskussion hinweggegangen. Die Österreichische Volkspartei hätte in dieser Situation sicherlich — wie das in Niederösterreich geschieht — gesagt: Wir sind die mehreren. Und seinerzeit, während der ÖVP-Alleinregierung, als sich die ÖVP auf weniger als die Hälfte der Wählerstimmen stützen konnte, hat einer ihrer Sprecher, es war nicht der unbedeutendste im Parlament, erklärt, daß zur Kenntnis genommen werden müsse, daß Mehrheit eben Mehrheit sei.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt, so meine ich, steht es der Österreichischen Volkspartei nicht gut an, in diesem Saal den Sozialisten Belehrungen in puncto Demokratie zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die Sozialisten nehmen eine solche Haltung nicht ein, vor allen Dingen deshalb nicht, weil gerade die Kommunalpolitik in einem immer größeren Ausmaß Bedeutung für den einzelnen gewinnt, ob dies nun in der gesamten Stadt der Fall ist, im Wohnbezirk oder in einem noch kleineren Bereich. Sie nimmt auch deswegen diese Haltung nicht ein, weil es sehr viele Menschen, aus welchen Gründen immer, am Wahltag vorgezogen haben, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen.

Das war auch der Grund, warum der Herr Bürgermeister anläßlich seiner Wiederwahl im vergangenen Jahr eine große Diskussionsphase innerhalb der Sozialistischen Partei, aber auch mit jenen, denen das Wohl unserer Stadt am Herzen liegt und die unserer Gemeinschaft nicht angehören, angekündigt hat.

Es ist sehr erfreulich, daß sich Tausende Menschen in unserer Stadt an dieser Diskussion beteiligt haben, deren Ergebnisse von einem sehr hohen Engagement vieler Bürger unserer Stadt zeigen und heute vom Bürgermeister dem Gemeinderat vorgelegt worden sind.

Als Sprecher der sozialistischen Fraktion möchte ich hier eindeutig feststellen, daß sich die Sozialisten im Wiener Gemeinderat vollinhaltlich zu den Vorschlägen des Herrn Bürgermeisters bekennen. Diese Vorschläge, bei deren Erarbeitung auch die sozialistischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher sehr intensiv mitgearbeitet haben, sind keine Änderung des Programmes der Wiener, mit dem wir die Wahlwerbung im vergangenen Jahr bestritten haben, sondern eine Ergänzung, die wir aus jenen Wünschen und Anregungen ableiten, die uns während dieser Diskussionsphase zugekommen sind.

Meine Damen und Herren! Diese Diskussionsphase war keine Arbeitspause. Vielmehr haben die amtsführenden Stadträte, egal, ob sie weiterhin in ihrer Funktion verblieben sind oder nicht, mit sehr großer Initiative und Entschiedenheit an der Be-

wältigung der Aufgaben, die uns gestellt sind, gearbeitet.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Sozialisten wird immer die Sicherung der Vollbeschäftigung sein. Bei uns gibt es keine Debatte darüber, wie es etwa ein früherer Handelsminister der Österreichischen Volkspartei geäußert hat, daß es auf ein paar tausend Arbeitslose mehr oder weniger nicht ankomme. Für uns kann es auch keine Debatte darüber geben, ob wir den jungen Menschen, denen wir auf Grund der Chancengleichheit nach ihren Fähigkeiten eine gesicherte Schulbildung ermöglichen, auch Arbeitsplätze bereitstellen können. Für uns ist es wichtig, daß jeder den ihm zustehenden Platz im sozialen Gefüge unserer Republik erhält.

Aus diesem Grunde haben wir in den letzten Jahren im Rahmen unserer Budgets bewußt große Beträge investiert, um die Sicherung der Vollbeschäftigung in unserer Stadt zu gewährleisten. Ich stehe nicht an anzuerkennen, daß diese Bestrebungen der Stadt von seiten der Arbeitgeber, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, ebenso anerkannt worden sind wie von seiten der Arbeitnehmer, die durch die Kammer für Arbeiter und Angestellte vertreten werden, bei der dies als Selbstverständlichkeit erscheint. Daß uns die sozialistische Bundesregierung bei dieser unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik unterstützt hat, sei hier nur am Rande erwähnt.

Wenn wir, meine Damen und Herren, zu den Schwerpunkten kommen, die der Herr Bürgermeister heute in seiner Erklärung hervorgehoben hat, so verdient die Wohnungsfrage zweifellos ein großes Interesse. Es kann aber andererseits doch nicht bestritten werden, daß gerade in dieser Hinsicht die sozialistische Gemeindepolitik in Wien mit ihren vielfältigen Förderungsmaßnahmen als unbestritten zu betrachten ist, und daß der Stadterneuerung ein besonderes Augenmerk zugewendet werden muß und auch zugewendet werden wird, kann jeder erkennen, der versucht, unsere Assanierungsgebiete zu durchwandern und die erfreulichen Fortschritte zu erkennen, die dort bereits verzeichnet werden können.

Dabei spielt aber auch die Frage der Bodenbeschaffung eine entscheidende Rolle. Ich komme nicht umhin, gerade auf diesem Gebiet auf die zwiespältige Haltung der Österreichischen Volkspartei hinzuweisen. Auf der einen Seite verweist die Österreichische Volkspartei auf angebliche Grundstücksskandale und Grundstücksspekulationen, auf der anderen Seite ist sie aber offenbar nicht bereit, den notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen die Zustimmung zu geben, die den notwendigen Grund und Boden für die Allgemeinheit sichern sollen. Die Wiener ÖVP und die Vertreter der Österreichischen Volkspartei hier in diesem Hause wären gut beraten, ihrem Einfluß bei ihren Parteifreunden im Parlament Geltung zu verschaffen, damit Maßnahmen gesetzt werden können, die der Wiener Bevölkerung Wohnungen und den dafür notwendigen Grund und Boden sichern. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch beim Schwerpunkt Gesundheit und Sozia-

les glaube ich, daß es kaum ein Gebiet gibt, auf dem in den letzten Jahren so viel für die Wienerinnen und Wiener geschehen ist. Die Sozialdienste sind ständig erweitert oder ausgebaut worden, und wir freuen uns, daß gerade in Verbindung mit den sozialpolitischen Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung auf diesem Gebiet Verbesserungen erreicht werden konnten, die in Europa zweifellos als führend zu betrachten sind.

Ein besonderes Problem für uns alle bildet der Verkehr; das hat der Herr Bürgermeister in seiner Erklärung heute sehr eindeutig hervorgestrichen. Es geht um den Widerstreit zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr, um den Widerstreit von Einzelinteressen und Interessen der Allgemeinheit. Wir wollen versuchen, diesen Widerstreit zu entspannen, zu Lösungen zu kommen, die beiden Partnern gerecht werden. Mit der Schaffung eines integrierten Verkehrsressorts glauben wir, daß Lösungsmöglichkeiten erleichtert werden.

Nun zu den Freizeitaktivitäten. Es ist die Schaffung eines Ressorts Umwelt und Freizeit vorgesehen, und gerade diesem Ressort wird im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zukommen. Wir glauben, daß in der Zusammenfassung möglicher Freizeitaktivitäten in einer Verwaltungsgruppe des Gemeinderates und in einer Geschäftsgruppe des Magistrats die Sicherheit und die Gewähr dafür gegeben ist, daß den Wienerinnen und Wienern Möglichkeiten geboten werden, die gewonnene zusätzliche Freizeit in günstiger Weise zu nützen.

Was nun die beabsichtigten Änderungen der Geschäftseinteilung betrifft, wird dem Gemeinderat ja ein entsprechender Entwurf zugehen. Ich würde empfehlen, diesen Entwurf dann eingehend zu studieren, damit es nicht so passiert, wie es heute dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Busek passiert ist. Er hat nämlich Magistratsabteilungen zitiert und sie Verwaltungsgruppen zugeordnet, bei denen sie seinerzeit nie gewesen sind. Ich kann mir das nur so erklären, daß er entweder nicht sorgfältig genug die Unterlagen erstellt hat oder daß sie ihm mit oder ohne Absicht in nicht richtiger Weise zur Verfügung gestellt worden sind.

Es hat, meine Damen und Herren, in diesem schönen Rathaus einmal eine Zeit gegeben, in der ein Lueger oder ein Dr. Weiskirchner residiert haben. Damals hat es vier Wahlkörper gegeben, die aber den wahren Willen der Bevölkerung nicht zum Ausdruck bringen konnten. Es gab damals auch keinen Anstoß und keinen Anlaß, eine bestehende Einteilung bei den Geschäften des Magistrats zu ändern oder im Sinne einer gesellschaftlichen Neuentwicklung neu zu fassen. Eine Geschäftseinteilung kann aber doch keinen Ewigkeitswert besitzen, zumal im Hinblick darauf, daß den Gemeinden immer wieder neue Aufgaben zukommen. Würde man sich an das konservative Denken klammern, das einmal in diesem Hause geherrscht hat, dann wäre es so, daß die Sozialisten dem Erkennen der Zeichen der Zeit nicht entsprechen würden.

Nun, meine Damen und Herren, zur Umbildung des Stadtsenates. Umbildungen des Stadtsenates erscheinen mir durchaus legal. Es werden Bundesregierungen umgebildet, es werden Landesregierungen umgebildet, es werden Stadtsenate nicht nur in Wien umgebildet, wenn sich die Notwendigkeit ergibt. Auch die ÖVP-Alleinregierung ist seinerzeit mehrfach umgebildet worden. Wenn die Frage nach dem Arbeitsbürgermeister gestellt wird und die Frage, warum der Bürgermeister kein Ressort übernimmt, so ist das heute bereits im Hinblick auf die bestehenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen beantwortet worden. Ich möchte aber darüber hinaus darauf hinweisen, daß Wien ja nicht nur eine Millionenstadt mit ihren vielfältigen Problemen ist, an deren Spitze ein verantwortlicher Bürgermeister steht, sondern auch ein Bundesland, an dessen Spitze der Landeshauptmann mit allen ihm nach der Verfassung zustehenden Rechten und auch Pflichten tätig ist.

In der ÖVP-Alleinregierung wurde beispielsweise der damalige Generalsekretär der ÖVP mit der Funktion eines Vizekanzlers betraut, ohne daß er ein Ressort ausgeübt hätte. Ohne jetzt einen Konnex zwischen der Tätigkeit des Wiener Bürgermeisters und Landeshauptmannes und von Mitgliedern der Bundesregierung herstellen zu wollen, möchte ich doch die Frage stellen, welche Tätigkeit außer jener des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei der damalige Vizekanzler innerhalb der Bundesregierung ausgeübt hat. Es ist auch, wenn ich daran erinnern darf, ein eigener Staatssekretär in die Bundesregierung berufen worden, der die einzige Aufgabe gehabt hat, die Leistungen der ÖVP-Alleinregierung der Öffentlichkeit gegenüber zu verkaufen. Daß er an dieser Aufgabe scheitern mußte und gescheitert ist, war für jeden politisch Denkenden, der die Entwicklung der Jahre 1966 bis 1970 gesehen hat, zu erkennen.

Nun auch ein Wort zu den von uns vorgeschlagenen und heute gewählten Stadträten. Die Österreichische Volkspartei hat einige dieser Stadträte mit großen Vorschußlorbeeren überhäuft. Wir freuen uns darüber, weil wir überzeugt sind, daß diese Stadträte ihre Funktion so ausüben werden, wie wir das erwarten.

Der Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Vizebürgermeister Dr. Busek, hat in einer Pressekonferenz am 6. Februar etwa zur Person des heute gewählten amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst gesagt: Er hat voll und ganz meinen Vertrauensvorschuß. Über den neuen Verkehrsstadtrat Heinz Nittel sagte Dr. Busek: Für ihn gilt das gleiche. Er hat bisher mit sehr viel Ernst, Engagement und Fleiß gearbeitet. Über die beiden anderen Stadträte Josef Veleta und Johann Hatzl möchte der Wiener ÖVP-Chef noch nicht den Stab brechen. Wenn ich diese Aussage betrachte und das heutige Abstimmungsverhalten der Österreichischen Volkspartei bei der Wahl der Stadträte und der amtsführenden Stadträte, dann stellt sich für mich die Frage: Entweder hat der Herr Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei seine Ansicht seit dem 6. Februar

geändert, oder es ist ihm nicht möglich gewesen, dieser seiner Ansicht innerhalb seiner Partei zum Durchbruch zu verhelfen. Mir erscheint dieser Sinneswandel vielleicht darin zu liegen, daß es der Österreichischen Volkspartei zweckmäßig erscheint, einem sozialistischen Stadtrat nicht die Stimme zu geben, weil es sonst schwierig wäre, bei Fortsetzung der Skandalisierungspolitik dann diese Stadträte entsprechenden Angriffen ihrerseits auszusetzen.

Damit komme ich auch im Hinblick auf die vorgerückte Stunde und im Hinblick darauf, daß in der Diskussion schon viele Aspekte zur Erklärung des Herrn Bürgermeisters geäußert worden sind, zum Ende. Die Wiener Sozialisten haben ihre Diskussionsphase, die über die Partei hinausgereicht hat, abgeschlossen. Wir Wiener Sozialisten und insbesondere jene, die in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen entsandt worden sind, haben die Kritik, zu der wir selbst aufgefordert haben, sehr ernst genommen. Der Ausfluß dieser Kritik liegt jetzt vor. An uns, meine Damen und Herren, am Wiener Gemeinderat wird es liegen, dieser Kritik Rechnung zu tragen. Die Sozialisten in diesem Hause sind dazu bereit! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner ist Herr GR. Ammann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Ammann: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Gestatten Sie, daß ich, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, noch ganz kurz einen Satz zum Herrn amtsführenden Stadtrat Mayr sage, der hier, wie ich glaube, mit gewissen Äußerungen vorsichtiger hätte agieren müssen.

Meine Damen und Herren! Als Mitglied einer Partei, deren Publikation im Wahlkampf, nämlich das „Extrablatt“, bereits dreißig Mal verurteilt wurde, und als Mitglied einer Partei, deren Innenminister es nicht schafft, die sehr nebulösen Vorgänge am Wahltag rund um den „Kurier“ aufzuklären, oder vielleicht auch nicht schaffen will, sollte man zuerst sehr stark in sich gehen, bevor man andere Leute angreift und zurückzupfeifen versucht. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn er zurückpfeift, meine Damen und Herren, sollte er zuerst bei seinem eigenen LandesparteiSekretär anfangen. (Amtsführender Stadtrat Nekula: Sie werfen jemandem Amtsmissbrauch vor, ist Ihnen das klar?) Ich habe nur gesagt, man soll vorsichtiger sein, wenn man einer Partei angehört, die gewisse Sachen nicht aufklären kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat Nekula — das sei hier mit aller Deutlichkeit festgestellt — hat sein Amt seit dem Jahre 1969 mit großem Fleiß, aber auch mit sichtbarem Erfolg für die gesamte Wiener Bevölkerung ausgefüllt. (Rufe bei der SPÖ: Jetzt auf einmal!) Er genießt das uneingeschränkte Vertrauen und wird es auch in Zukunft genießen.

Meine Damen und Herren! Das sagte vor knapp einem Jahr der gerade noch Landtagspräsident und knapp vor dem Bundesrat stehende und bald in der Wirtschaft ein Spitzenamt ausfüllende Präsident

Suttner. Heute scheint es, daß Herr Stadtrat Nekula nicht einmal mehr verkehrsfähig ist und keine Energie mehr hat. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

In der gleichen Sitzung, meine Damen und Herren, führte Frau Dr. Schaumayer wörtlich aus: „Nun könnte man vielleicht einwenden, es kommen ohnehin bald Wahlen, und die SPÖ wird schon von sich aus die Konsequenzen ziehen und im Herbst einen anderen Ressortchef für die Wiener Stadtwerke bestellen.“ Im Protokoll ist hier ein Zwischenruf der SPÖ vermerkt: „Das haben Sie aus dem Kaffeesud gelesen!“

Meine Damen und Herren! Ich wußte nicht, daß die Frau Kollegin Dr. Schaumayer im Kaffeesud so belesen ist. Die zweite Version ist, daß heute eine Kaffeesudlösung herausgekommen ist. Ich glaube aber sagen zu können, daß der Herr Bürgermeister sicher in den Kaffeesud von Jacobs Monarch hineingeschaut hat, wobei die Betonung nicht auf Jacob liegt, sondern mehr auf Monarch. (Amtsführender Stadtrat Schieder: Das ist eine angesehene Firma!) Ich habe auch nichts gegen die Firma gesagt!

Meine Damen und Herren! Heute wird ein weiterer Eingriff in die Wiener Stadtwerke vollzogen, der wie so oft die Hilflosigkeit der SPÖ-Fraktion zeigt, die betriebswirtschaftlichen Probleme zu durchschauen oder gar mit ihnen fertig zu werden. Dieser Ungeist weht ganz deutlich auch durch Gemeinderat Gawlik's Äußerungen, die er schon im Jahre 1968 zu den Stadtwerken gemacht hat. GR. Gawlik sagte nämlich im Jahre 1968 wörtlich: „Die Subventionierung der Wiener Stadtwerke durch die Höchstsverwaltung beeinträchtigt aber die Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien in anderen wichtigen Bereichen.“ Was heißt das, meine Damen und Herren? Daß die Verkehrspolitik der Wiener Stadtwerke laut Gawlik ein Fremdkörper in dieser Stadt ist — meistens merkt man es ja — und daß die Investitionen in den Kraftwerken die Stadt hindern, in anderen Bereichen Investitionen durchzuführen. Das ist die Bilanz dieses Ungeistes, von der Stadtrat Nekula leider nicht weggekommen ist.

Ich möchte jetzt nicht die zahlreichen betriebswirtschaftlichen Fakten aufzählen, die sich von 1969/70 bis heute verschlechtert haben, ich möchte nur feststellen, daß Herr Stadtrat Nekula nicht nur sehr viel Kenntnis bräuchte, die Bilanzen der Wiener Stadtwerke zu lesen, sondern vor allem Sachkenntnis und Tapferkeit. Aber vielleicht schwelgt er gerne in roten Zahlen. Sicher sind die Ziffern für Personal und Recht wenig schauerlich, und er wird dort ein weniger schauerliches Leben führen.

Aber auch die strategische Führung ist nichts anderes gewesen als Ankündigungen ohne Substanz. Noch immer kein Verkehrskonzept, kein Finanzmodell, obwohl es Stadtrat Nekula angekündigt hat; er kündigte Prioritäten in den Beförderungsleistungen an und ein Beschleunigungsprogramm. Dann wurde — hier ist Stadtrat Nekula unschuldig — sehr viel Zeit durch die unglückselige Idee des Herrn Bürgermeisters mit dem Hybridfahrzeug verloren, dem S/U-Bahn-Zwitter, der die Planungen monatelang zurückgeworfen hat. Man

kann streiten darüber, ob das Wort „schwachsinnig“ in das Vokabular eines Herrn Bürgermeisters gehört, aber für diesen Einfall gebührt dieser Ausdruck. (Beifall bei der ÖVP.) Auch die Vorortelinie wurde immer abgetan: Keine Frequenz. Es wurde ein Einheitsfahrtschein von 6 Schilling vorgeschlagen. Auch keine Vorschläge. Schließlich das Aushungern der Stadtbahn mit allen traurigen und bedenklichen Konsequenzen, die ja bekannt sind. Ich will jetzt gar nicht in die Energiepolitik einsteigen und in die noch immer nicht sanierte Situation beim Gasrohrnetz. Es gibt noch immer keinen Fünf-Jahres-Investitionsplan für die Wiener Stadtwerke, es gibt kein EDV-Konzept, und in vier Monaten Denkpause ist es noch immer nicht gelungen, zu prüfen, ob die Verkehrsbetriebe aus den Wiener Stadtwerken herausgenommen werden können oder nicht. Es gibt auch nach wie vor kein Sanierungskonzept.

Ich möchte mich aber recht herzlich bedanken, denn ein Jahr nach unserem Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Nekula wurde jetzt endlich die Zustimmung gegeben. Vorher mußte aber Bürgermeister Gratz vier Monate nachdenken, ob das richtig ist, und er befand unseren Antrag für richtig, sonst würde heute dieses Changement nicht vor sich gehen. So intensiv, daß uns Hören und Sehen verging, sind seine Leistungen nicht gewesen, es gab in den neun Jahren nicht viel zu hören und zu sehen. Was wir verloren haben, war nicht das Hören und das Sehen, sondern das Vertrauen, und heute ist uns die SPÖ anscheinend auf diesem Weg gefolgt.

Meine Damen und Herren! Der Kaffeesud, der vorhin angezogen wurde, brachte schon damals die angekündigte Ablöse und bringt jetzt dankenswerterweise und positiverweise, wie ich betonen möchte, ein integriertes Verkehrskonzept. Ich glaube, daß die Verkehrssituation dieser Stadt dieses integrierte Verkehrskonzept braucht. Leider aber — das wird auch in der „Rathaus-Korrespondenz“ zugegeben — bringt es auch ein desintegriertes Energieressort, weil die Heizbetriebe noch immer nicht in die Wiener Stadtwerke und in den Energieverbund einbezogen wurden. Ich frage nicht mehr, warum nicht, ich habe schon so oft gefragt, eine befriedigende Antwort konnte aber nie gegeben werden.

Dieses integrierte Verkehrs- und desintegrierte Energie- und Bestattungsressort hat dank Nekula, der im Gawlik'schen Ungeist die Wiener Stadtwerke führte, innerhalb kürzester Zeit ganz große Probleme angehäuft, die es jetzt im Interesse Wiens rasch zu beseitigen gilt. Verkehrskonzept, Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs, Verkehrsverbund, U-Bahn-Planung, S-Bahn-Planung, Ausbau des S-Bahn-Netzes, Bundesstraßenkonzept, Garagenkonzept, Park-and-Ride-Konzept, Gasrohrnetz, Umsetzung des Energiekonzeptes, Energieversorgung und eine optimale Energiekoordination usw.

Meine Damen und Herren! Der Journalist Günther Allinger hat Nekula wörtlich übersetzt: „Es rollt nichts.“

Ich weiß nicht, was Nittel auf Deutsch heißt. Ich möchte aber dem neuen Verkehrsstadtrat ein

griechisches Sprichwort mitgeben, angesichts der Fülle dieses Ressorts: „Wer hinter mehreren Hasen herläuft, fängt keinen.“

Und auf Stadtrat Nekula abgewandelt: „Wer nie hinter einem Hasen nachgerollt ist, darf sich nicht wundern, nie einen Hasen gefangen zu haben.“

Und in der Fischer-Sprache — ich habe gehört, Verkehrsstadtrat Nittel ist ein Fischer —: „Besser ein Gründling auf dem Tisch, als im See viele große Fische.“

Bis jetzt haben wir immer nur vom Herrn Bürgermeister, vom Herrn Finanzstadtrat, aber auch vom gewesenen Verkehrsstadtrat die vielen großen Fische geschildert bekommen, die ganz tief in einem See gewartet haben, gefangen zu werden. Leider sind sie noch immer im See. Aber bitte, keine trüben Hybridfahrzeuge herausholen, keine U-Bahn-Zwitzer herausholen, bitte keine Kaulquappen von Zulassungsscheinen als Netzkarten. Ich glaube, diese Gags und diese Seifenblasen haben wir schon genug präsentiert bekommen.

Meine Damen und Herren! Die Verkehrs- und Energiesituation in unserer Stadt wartet schon lange auf Ihre Taten. Die vernünftigen Einfälle hat die Wiener ÖVP laufend geliefert. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie werden auch in Zukunft geliefert werden. Und Sie haben laufend, leider immer mit Verspätung, bewiesen, daß die ÖVP-Vorschläge gut sind, sonst würden Sie sie nicht ununterbrochen erfüllen. Die letzte Erfüllung ist endlich der Beginn einer Vorortelinie und der baldige Spatenstich der U 3. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Schieder: Kollege Ammann! Fischer-Grundsatz 3: Nicht im Trüben fischen!)

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Erklärung des Herrn Bürgermeisters ist beendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu dem Verlangen der GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz auf dringliche Behandlung des Antrages, betreffend Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs. 6 der Stadtverfassung, eine Kontrolle der Vergabe und Durchführung des Planungsauftrages für die Betriebsorganisation des neuen AKH vorzunehmen.

Zur Begründung seines Verlangens auf dringliche Behandlung des Antrages erteile ich Herrn GR. Dr. Hirnschall das Wort, wobei ich bemerke, daß gemäß § 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung seine Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

GR. Dr. Hirnschall: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst daran erinnern, daß ich schon anlässlich der Budgetdebatte den Versuch unternommen habe, etwas Transparenz in den Komplex der Vergabe des Planungsauftrages für die Betriebsorganisation des neuen Allgemeinen Krankenhauses zu bringen.

Ich habe damals im Dezember schon die Frage aufgeworfen, wieso ein derartiger Großauftrag mit einer Kostensumme von annähernd 200 Millionen Schilling ohne öffentliche Ausschreibung vergeben

werden konnte, und ich habe gebeten, den Gemeinderat darüber zu informieren, wer hier was leistet und in welcher Weise die Angemessenheit des Honorars dieser Arbeitsgemeinschaft, die von der Aktiengesellschaft zur Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses, AKPE genannt, überprüft werden wird.

Wir haben damals, wie so oft üblich in diesem Hause, keine Antwort auf diese in der Budgetdebatte aufgeworfene Frage bekommen.

Der Herr Stadtrat Professor Stacher hat sich für unzuständig erklärt, was zweifellos formal richtig ist, und er hat auf die Verantwortung oben des Vorstandes der AKPE verwiesen.

Der Herr Finanzstadtrat, der zuständig gewesen wäre, ist auf diese Frage nicht eingegangen.

Nun hat dieser Fragenkomplex in den letzten Tagen, wie Sie alle wissen, eine erhöhte Aktualität erlangt. In einem Bericht über die Einschau im Gesundheitsministerium hat der Rechnungshof eine Parallelität aufgezeigt, die zu denken gibt: Auch dort wurde ohne öffentliche Ausschreibung einer Arbeitsgemeinschaft ein Auftrag für die Erstellung einer Kostenrechnung erteilt, der mehr als 100 Millionen Schilling Umfang hat.

Die maßgeblichen Persönlichkeiten, die in den Genuß dieses Millionenauftrages des Gesundheitsministeriums gekommen sind, sind dieselben, die auch beim Allgemeinen Krankenhaus zum Zug gekommen sind.

Nach den Feststellungen, die der Rechnungshof hinsichtlich dieser Arbeitsgemeinschaft getroffen hat, müssen die geforderten Honorare dort, im Bereich des Gesundheitsministeriums, als weit überhöht und unangemessen angesehen werden. Es besteht daher nach unserer Auffassung ausreichender Grund zur Annahme, daß sich im Hinblick auf diese erwähnte Personenidentität und die unterlassene Ausschreibung ähnliche Unzukömmlichkeiten wie beim Gesundheitsressort auch im Bereich der Organisationsplanung für das neue Allgemeine Krankenhaus abgespielt haben können.

Nach unserer Auffassung ist es daher kein unbilliges Verlangen, sondern eine naheliegende Überlegung, unser Kontrollorgan, das Kontrollamt der Stadt Wien, zu ersuchen, alle diese Vorgänge einer Sonderprüfung zu unterziehen.

Der § 73 Abs. 6 der Stadtverfassung bietet die rechtliche Basis für unseren Antrag, den wir Ihnen im Hinblick auf die aufgezeigten Umstände zu einer dringlichen Behandlung empfehlen.

Wir stellen daher den dringlichen Antrag, der folgenden Tenor hat:

Das Kontrollamt der Stadt Wien wird gemäß § 73 Abs. 6 ersucht, die Umstände der Vergabe des Planungsauftrages für die Organisation des neuen AKH durch die AKPE sowie die von den Firmen bisher erbrachten Leistungen und die Angemessenheit der dafür geforderten Honorare einer Kontrolle zu unterziehen.

Meine Damen und Herren! Abschließend darf ich

vielleicht noch ganz kurz Stellung nehmen zu einer APA-Aussendung, die gestern vom Vorstand der Allgemeinen Krankenhaus-Errichtungsgesellschaft erfolgt ist zu meiner Ankündigung, heute diesen dringlichen Antrag zu stellen. Es ist hier von seiten des Vorstandes der AKPE in Abrede gestellt worden, daß es sich um 200 Millionen Schilling handeln soll (der Vorsitzende gibt ein Summersignal), es handle sich vielmehr nur um 146 Millionen Schilling inklusive Betriebskosten.

Dazu darf ich sagen, daß ja noch ein Folgeauftrag vorliegt.

Vorsitzender GR. Pöder (den Redner unterbrechend: Herr GR. Dr. Hirnschall, die Redezeit ist abgelaufen!

GR. Dr. Hirnschall (fortsetzend): Ich komme schon zum Schluß und darf Sie also im Hinblick darauf, daß die Stellungnahme meiner Meinung nach unsere Überlegungen in keiner Weise entkräften kann, die dazu geführt haben, daß wir diesen dringlichen Antrag stellen, bitten, unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzender GR. Pöder: Als Kontraredner hat sich Herr GR. Dinhof zum Wort gemeldet. Seine Redezeit ist ebenfalls mit fünf Minuten begrenzt. Ich erteile ihm das Wort.

GR. Dinhof: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, daß nicht ein 200-Millionen-Auftrag hinausgegangen ist, sondern es ist ein Teilauftrag in der Höhe von 122 Millionen gegeben worden. (GR. Dr. Hirnschall: Plus Mehrwertsteuer! Plus Mehrwertsteuer.)

Ich möchte grundsätzlich zu den Ausführungen meines Vorredners folgendermaßen Stellung nehmen:

Der Herr Bürgermeister hat den amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft beauftragt, sich mit dem zweiten Partner der AKPE ins Einvernehmen zu setzen, dem Finanzministerium, und mit dem zweiten Partner — das ist so üblich, wenn man zu zweit in einer Arbeitsgemeinschaft ist — zu besprechen, ob und in welcher Form eine Kontrolle über diesen Auftrag durchgeführt werden kann oder durchgeführt werden muß.

Es gibt hier einvernehmlich zwischen dem Finanzminister und dem Finanzstadtrat die Auffassung, daß selbstverständlich jederzeit für jede Maßnahme in einem Bereich, der dem Bund oder der Stadt Wien nahesteht, eine Kontrollmöglichkeit gegeben sein muß. Der Herr Bürgermeister hat dem Herrn Kontrollamtsdirektor den Auftrag gegeben, daß er diese Beauftragung der Arbeitsgemeinschaft überprüft. Das heißt, vom Kontrollamt wird jedenfalls dieser Komplex, der hier angeschnitten wurde, überprüft.

Ich möchte aber doch noch vorweg einige Informationen geben, denn ich glaube, daß Behauptungen wie Verschleuderung von Steuergeldern und ähnliche nicht im luftleeren Raum stehen bleiben sollten.

Würden die Kosten für diesen Auftrag nach dem Honorartarif für Leistungen der Betriebs- und

Organisationsberater — dieser Tarif ist mit der Bundeswirtschaftskammer abgesprochen und abgeglichen worden — berechnet, dann würden sie 216 Millionen Schilling plus Reisespesen betragen. Ich nehme nicht an, daß die 200 Millionen Schilling nach diesem Tarif errechnet wurden. Tatsache ist, daß der Auftrag, der nach dem Honorartarif 216 Millionen Schilling ausmachen könnte, 122 Millionen inklusive Reisespesen und aller anderen Spesen ausmacht.

Wenn also in Presseaussendungen davon gesprochen wird, daß hier die Gefahr der Verschleuderung von Steuergeldern besteht, dann glaube ich auf Grund der eben geschilderten Tatsache, daß die Kosten bei Anwendung des offiziellen Honorartarifes wesentlich höher gewesen wären, sagen zu können, daß von einer Verschleuderung von Steuergeldern keine Rede sein kann.

Es ist ferner jedem bekannt, daß die Krankenhausmaterie und alles, was damit im Zusammenhang steht, sehr kompliziert ist. Daher wurde eine Reihe von Firmen, die sich mit diesen Fragen, zum Beispiel mit Betriebsberatung, beschäftigen, überprüft, ob sie die Möglichkeit haben, auf Grund ihrer Größe überhaupt einen solchen Auftrag durchzuführen. Letzten Endes sind sieben Firmen in einer beschränkten Ausschreibung eingeladen worden — das ist etwas, das selbstverständlich der Geschäftsleitung der AKPE zusteht, denn die will ja in entsprechender Vorsicht die Richtigen beauftragen, das heißt jene, die imstande sind, einen solchen Auftrag durchzuführen —, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Das ist auch geschehen. Von diesen sieben Firmen hat die „Arbeitsgemeinschaft Büroplanung“ den Auftrag bekommen, da sie der Billigstbieter war. Auch damit ist wieder bewiesen, daß hier sehr vorsichtig vorgegangen wurde.

Auf Grund der Beauftragung durch den Herrn Bürgermeister wird das befugte Organ, das Kontrollamt, diesen Komplex überprüfen und das Ergebnis dem Kontrollausschuß, der dafür zuständig ist, und den entsprechenden Gemeinderatskörperschaften vorlegen. (Der Vorsitzende gibt ein Summersignal.) Aus diesem Grund erscheint die Dringlichkeit nicht gegeben.

Die sozialistische Fraktion wird der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, daß eine sachliche Diskussion nach einer ordentlichen Überprüfung das Beste für all diese Angelegenheiten auch in Zukunft ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Wir kommen nun zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrages. Ich bitte jene Damen und Herren, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu erheben. — Das ist die Minderheit. Ich danke. Ich weise diesen Antrag dem Kontrollausschuß zur Behandlung zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung des Gemeinderates erschöpft.

Die Sitzung ist geschlossen.

Es folgt nun eine Sitzung des Wiener Landtages. (Schluß um 16.15 Uhr.)